

2021



Sicherheitsbericht



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN



**HÜTCHENSPIEL BEENDET,
EINBRUCH VERHINDERT.**

und deintag?

**BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.**

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,**

das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Polizei ist, das zeigen Umfragen jedes Jahr aufs Neue, ungebrochen hoch. Dieses Vertrauen ist für uns Grundlage unserer Arbeit und ein entscheidender Faktor: Wir sind angewiesen auf die generelle Bereitschaft der Bevölkerung, unsere Entscheidungen und Maßnahmen zu akzeptieren. Und Grundlage dafür ist Vertrauen. Es entsteht aus der Überzeugung, dass die Polizei zum Wohl und im Sinne der Bürgerinnen und Bürger handelt und einen fairen und respektvollen Umgang mit ihnen pflegt.

Dass wir uns diesem Vertrauen und unserer besonderen Rolle bewusst sind, möchten wir Ihnen auch in diesem Jahr wieder mit dem Sicherheitsbericht 2021 verdeutlichen und Ihnen auf den folgenden Seiten tiefe Einblicke in die polizeiliche Arbeit des vergangenen Jahres gewähren. Neben der allgemeinen, objektiven Sicherheitslage im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen betrachten wir erneut die Verkehrssicherheitsarbeit, den Bereich der Prävention, aber auch unsere Technik und Ausstattung. Darüber hinaus stellen wir unsere Sicherheitspartnerschaften und deren Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger vor.

Mit dem Sicherheitsbericht 2021 wollen wir polizeiliches Handeln nicht nur in Statistiken und Zahlen darstellen, sondern dieses transparent, verständlich und anschaulich machen. Wir werfen einen intensiven Blick auf die Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahraum, die sich insbesondere im vergangenen Jahr im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen weiterentwickelt hat und inzwischen von vielfältigen Partnerschaften und



Kooperationen lebt. Im Verkehrsbereich betrachten wir – vor dem Hintergrund der Klimakrise – neue Mobilitätsformen und deren Auswirkungen auf die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei. Zunehmender Radverkehr, aber auch die vermehrte Nutzung von E-Scootern und Pedelecs erfordern ein Umdenken und neue Konzepte, um die Sicherheit dieser immer größer werdenden Gruppe der Verkehrsteilnehmenden zu gewährleisten und sie für die Gefahren im Straßenverkehr zu sensibilisieren.

Weiterhin widmen wir uns dem „Superwahljahr 2021“: Unser besonderes Augenmerk galt dem Schutz und der Stärkung der Menschen, die sich – zu einem großen Teil ehrenamtlich – für unsere Demokratie engagieren. Wir gehen auf die Entwicklung der Straftaten in diesem Bereich ein und zeigen auf, wie sich Politikerinnen und Politiker vor Anfeindungen oder gar Angriffen – insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie – schützen können. Die Pandemie, die uns nun schon im zweiten Jahr begleitet und insbesondere zum Jahresende zu einer Welle des

Protests gegen die Schutzmaßnahmen geführt hat, bleibt in diesem Druckwerk ebenfalls nicht unerwähnt.

Der Sicherheitsbericht 2021 soll unsere Arbeit nicht nur transparent machen, sondern erneut auch den gegenseitigen Austausch zwischen Kommunen, Medien und Polizei fördern. Deswegen thematisieren wir auch in diesem Jahr wieder die Arbeit der Polizei in Ihrer Region und stellen die Besonderheiten der jeweiligen Inspektionen vor – seien es besondere Einsätze, bemerkenswerte Aktionen oder unsere Techniken.

Abschließend bleibt uns nur, Ihnen eine spannende Lektüre und interessante Einblicke in unsere Arbeit zu wünschen, deren Ziel es immer war und ist, für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen – darauf können Sie sich verlassen.

Gwendolin von der Osten
**Gwendolin von der Osten,
Präsidentin der Polizeidirektion
Göttingen**

Inhaltsverzeichnis

Der Behördenstab	Polizeiarbeit – so vielfältig wie die Gesellschaft	6
Fachaufsicht und Partner	Personal in Zahlen	7
	Der Behördenstab	8
	Ein Jahr im Amt	9
	Die Abteilung 1: Einsatz, Logistik, Kriminalitätsbekämpfung	10
	Die Abteilung 2: Recht, Wirtschaft und Liegenschaften	11
	Nachwuchs für einen vielfältigen Beruf	12
	Nach drei Jahren fit für den Job	13
	Die Polizei in der digitalen Arbeitswelt	14
Einsatzmanagement	Modernes Notruf- und Einsatzmanagement	16
Wir sind da und helfen	Social Media	17
	Community Policing	18-21
	Die Verfügungseinheiten der Polizeidirektion Göttingen	22-23
	Hunde im Dienst der Polizei	24-25
Kriminalitätsbekämpfung	Kriminalitätsentwicklung in der Polizeidirektion Göttingen	28-31
Wir ermitteln und klären auf	Hasskriminalität	32-33
	Polizei im Wahljahr 2021 & Corona-Protest	34-35
	Häusliche Gewalt	36-37
	Bekämpfung von Kinderpornografie	38
	Cybercrime	39
	Zentrale Kriminalinspektion	40-42
Verkehrssicherheitsarbeit	Verkehrslagebild	44-45
Sicher auf der Straße unterwegs	Neue Mobilität und Radverkehr	46-47
	Schwertransporte: 500 Tonnen, neun Kilometer, vier Stunden	48
Im Portrait	Vorwort	50
Die Polizeiinspektion	Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden im Überblick	51
Hameln-Pyrmont/Holzminden	Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	52-53
im Überblick	Social Media in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	54
	Die Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	55
	Kriminalitätsentwicklung in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	56-57
	Cybercrime	58
	Verkehrslagebild der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	59-60
	Mobilität der Zukunft – Rad	61
	Unsere Arbeit 2021	62-66
	Prävention in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden	67
	Sicherheitspartnerschaften	68
Prävention in der PD	Prävention: Häusliche Gewalt	70-71
Wir klären auf und beraten	Präventionspuppenbühne: Lena und Lilly möchten wieder in die Schule	72
Technik & Ausstattung	Klimafreundlicher Fuhrpark und moderne Einsatzmittel	74-75
Auf alle Lagen vorbereitet	Schlusswort der Polizeipräsidentin	77
	Impressionen	78
	Impressum	79



Der Behördenstab
Fachaufsicht und Partner

Polizeiarbeit – so vielfältig wie die Gesellschaft

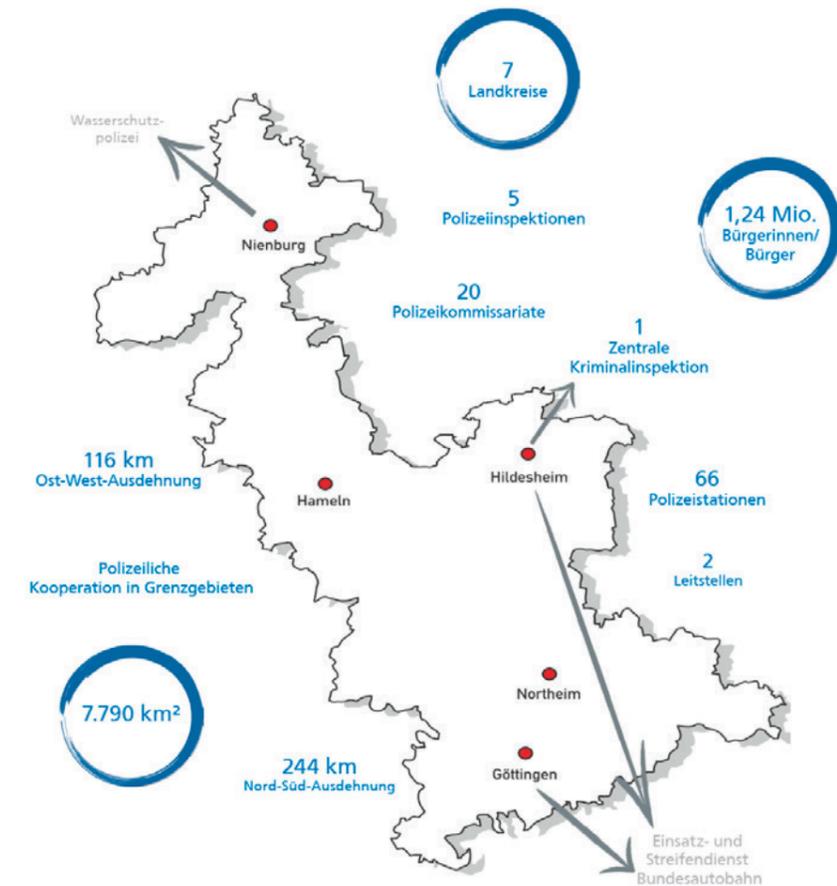
Die Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sind täglich für mehr als 1,2 Millionen Menschen im Einsatz

Hann. Münden im Süden, Hoya im Norden, Uchte im Westen und Walkenried im Osten – die Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sorgen auf einer Fläche von fast 7.800 Quadratkilometern für die Sicherheit von mehr als 1,2 Millionen Menschen.

Der Zuständigkeitsbereich umfasst dabei sieben Landkreise sowie eine kreisfreie Stadt, auf die sich fünf Polizeiinspektionen, eine zentrale Kriminalinspektion, 20 Polizeikommissariate und 66 Polizeistationen verteilen. Sitz der Direktion ist Göttingen im Süden Niedersachsens.

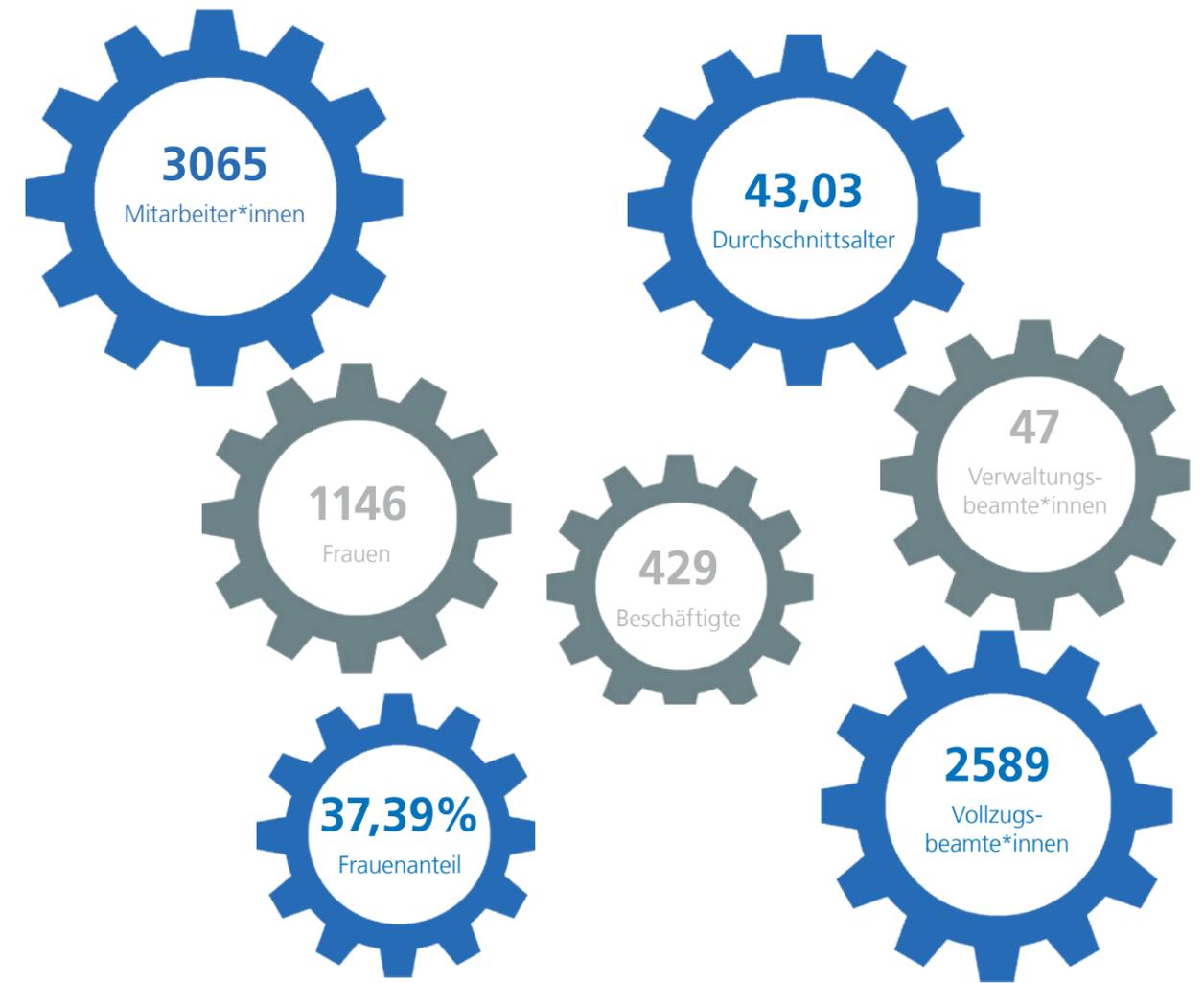
Zur Polizeidirektion Göttingen gehört auch die Wasserschutzpolizei in Nienburg. Sie ist für die Sicherheit auf der Weser, der Aller, der Hamme und dem Dümmer See verantwortlich und betreut etwa 380 Kilometer Wasserstrecke. Für die Bundesautobahnen, die durch den Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen verlaufen – die A7 und die A38 –, sind die Beamtinnen und Beamten der Autobahnpolizei verantwortlich. Sie sind mit Hildesheim und Göttingen mit gleich zwei Standorten vertreten.

In der Zentralen Kriminalinspektion werden schwere Kriminalitätsphänomene unter anderem Organisierte Kriminalität, Bandenkriminalität und Korruption, bearbeitet.



Die Aufgaben der Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen sind so vielfältig wie die Bürgerinnen und Bürger, für die sie tätig sind: Neben der Gefahrenabwehr, der Aufklärung von Straftaten sowie der Verkehrssicherheitsarbeit bildet die Prävention einen wichtigen Schwerpunkt polizeilicher Arbeit. Aufgrund der flächendeckenden Vertei-

lung der Dienststellen und dem „Rund-um-die-Uhr“-Dienst an 27 Standorten ist diese Aufgabenbewältigung möglich. Rechnersich betreut eine Polizeivollzugsbeamtin/ein Polizeivollzugsbeamter 511 Bürgerinnen und Bürger. Die nächste Dienststelle ist nicht weiter als 20 Kilometer entfernt, ein Einsatzort wird in maximal 20 Minuten erreicht.



Personal in Zahlen

Externe Fachleute bringen ihr Wissen in die Arbeit der Polizei ein

Nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie hat die Gesellschaft angefangen, sich zu verändern. Eine rasant fortschreitende Digitalisierung, neue Lebens- und Arbeitsmodelle, multikulturelles Zusammenleben und eine intensive Vernetzung in allen Lebensbereichen haben mitunter direkte Auswirkungen auf die Polizei und ihre Arbeit.

Um auf diese Herausforderungen angemessen reagieren zu können, setzt die Polizei schon seit vielen Jahren nicht nur auf die eigene Expertise, sondern auch

auf das Wissen und die Erfahrung von externen Fachleuten.

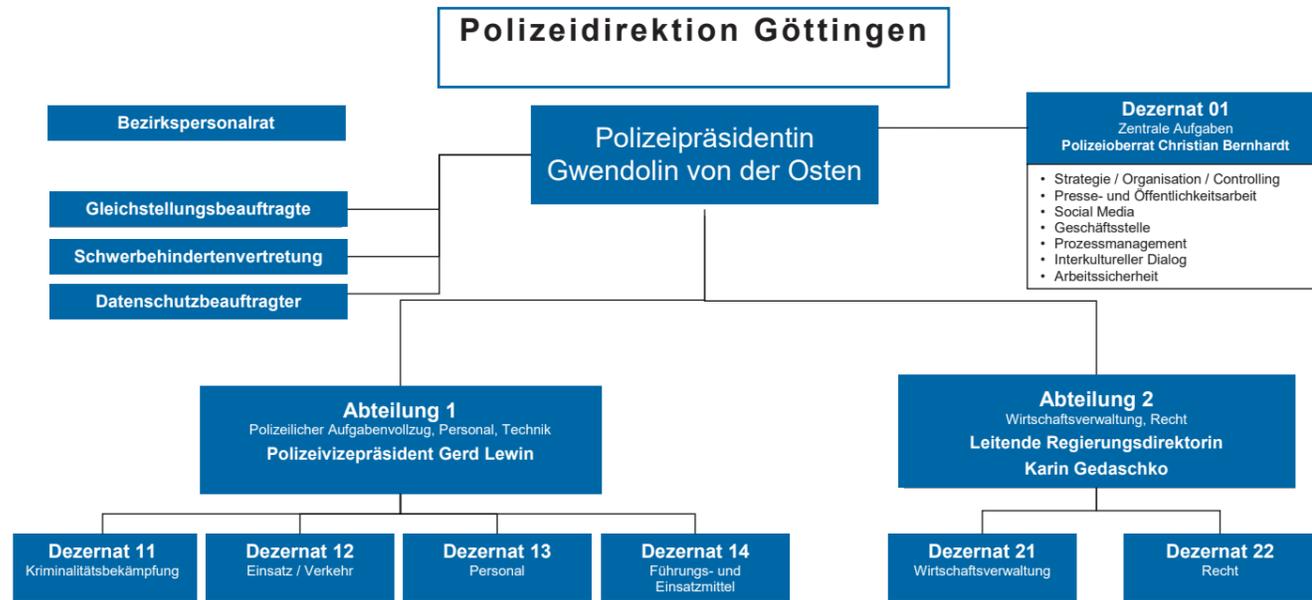
In der Polizeidirektion Göttingen sind neben den 2589 Vollzugsbeamtinnen und -beamten sowie 47 Verwaltungsbeamtinnen und -beamten 429 Tarifbeschäftigte tätig. Letztere kommen unter anderem aus den Bereichen der Rechtswissenschaften, der Medien- und Kommunikationswissenschaften, der Sozial- und Kulturpädagogik, dem Gesundheitsmanagement, der Informatik, der interkulturellen Kompetenz,

dem Prozessmanagement und der Sozialwissenschaften in die Behörde und sind nicht nur im Stab der Polizeidirektion, sondern auch in den Inspektionen mit den unterschiedlichsten Aufgaben betraut – von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Bekämpfung von Cyberkriminalität.

Von den 3065 Mitarbeitenden in der Polizeidirektion Göttingen sind 1146 Frauen – also 37,39 Prozent – tätig. Im Vergleich: Im Jahr 2020 waren es noch 35,5 Prozent Frauen.

2.375	ausgelöste Alarmer	1.482	Such- und Fahndungsmaßnahmen bei Vermissten und Verschwundenen	687	Haftbefehle
2.917	Hilfeleistungen für hilflose Personen und bei Suizidversuchen	2.481	Beseitigungen von Gefahrenstellen im öffentlichen Bereich	7.475	Ordnungswidrigkeiten
6.907	Streits und Ruhestörungen	80.156	erfasste Straftaten	2.341	Todesursachenermittlungen
1.411	erkennungsdienstliche Behandlungen	3.937	Fundsachen	29.821	bearbeitete Verkehrsunfälle
		616	Brandermittlungen	46.829	Verkehrsordnungswidrigkeiten/Geschwindigkeit

Aufgaben in Zahlen 2021



Der Behördenstab

Der Stab der Polizeidirektion Göttingen ist das Bindeglied zwischen dem Niedersächsischen Innenministerium und den Polizeiinspektionen

Bindeglied, Fachaufsicht, Partner – der Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen, die im Jahr 2004 im Zuge der Neuorganisation der Niedersächsischen Polizei gegründet wurde, ist verantwortlich für einen reibungslosen Ablauf der Polizeiarbeit in den nachgeordneten Dienststellen. Darüber hinaus erfüllt er jedoch noch weitere wesentliche Funktionen.

Welche Aufgaben hat der Behördenstab?

Der Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen unterstützt die nachgeordneten Inspektionen und wirkt an der Aufgabenwahrnehmung mit. Zentrale Aufgabe ist die Bearbeitung von Themenfeldern, die alle nachgeordneten Dienststellen betreffen oder von behördenübergreifender Bedeutung sind. Weiterhin stellt er das Bindeglied zwischen seinen nachgeordneten Organisationseinheiten und dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres

und Sport dar: Ministerielle Erlasse etwa werden auf die Inspektionen übertragen und als Verfügungen umgesetzt. Weiterhin berät der Stab die Kommunen in seinem Zuständigkeitsbereich bei der Wahrnehmung ihrer gesetzlich übertragenen Aufgaben. In einigen Bereichen, etwa im Wafferecht, hat er sogar die Fachaufsicht.

Wer arbeitet im Behördenstab?

An der Spitze der Polizeidirektion Göttingen steht seit Februar 2021 Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten – die erste Frau in diesem Amt in der Behörde. Ihr zur Seite stehen Polizeivizepräsident Gerd Lewin als Leiter der Abteilung 1 und die Leitende Regierungsdirektorin Karin Gedaschko als Leiterin der Abteilung 2. Die beiden Abteilungen sind in sechs Dezernate aufgeteilt, in denen 282 Mitarbeitende tätig sind. Ein weiteres Dezernat ist der Polizeipräsidentin direkt angegliedert: Das Dezernat 01 – Zentrale Aufgaben – befasst

sich mit der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Strategie, Controlling und Organisation, dem Interkulturellen Dialog, der Arbeitssicherheit sowie den Sozialen Medien. Direkt angegliedert sind der Präsidentin zudem die Gleichstellungsbeauftragte, die Schwerbehindertenvertretung und der Datenschutzbeauftragte. Im engen Austausch steht sie zudem mit dem Bezirkspersonalrat.

Personal im Behördenstab

282 Mitarbeitende (davon 149 Mitarbeitende mit Stabsaufgaben)

171 Vollzugsbeamtinnen und -beamte

26 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte

85 Beschäftigte

Ein Jahr im Amt

Gwendolin von der Osten ist seit Februar 2021 Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Im Interview blickt sie auf ihr erstes Jahr zurück

Sie sind aus dem Niedersächsischen Innenministerium in eine Flächenbehörde gekommen. Was war für Sie die größte Umstellung?

Der größte Unterschied ist, dass ich hier eine ganz andere Rolle inne habe. War ich im Ministerium mehr beratend tätig, so ist es in meiner jetzigen Funktion vielmehr so, dass ich auf gute Beratung angewiesen bin. Ich bin sehr zufrieden damit, dass ich hier eine hohe Fachkompetenz und ein vertrauensvolles Miteinander angetroffen habe.

Sie sind die erste Frau an der Spitze der Polizeidirektion Göttingen. Führen Frauen anders als Männer?

Nein, jede Führungskraft hat ihren eigenen Führungsstil. Frauen werden bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, die nicht immer stimmen. Problematisch wird es, wenn durchsetzungsstarke Frauen als „anstrengend“, durchsetzungsstarke Männer jedoch als starke Persönlichkeiten wahrgenommen werden. Viel wichtiger ist eine gesunde vielfältige Mischung und dass wir wegkommen von stereotypen Zuschreibungen. In Führungspositionen müssen sich alle wiederfinden. Daher ist es wichtig, dass wir mehr Frauen in herausgehobenen Positionen haben, die als Vorbilder dienen und ihre Erfahrungen und Sichtweisen einbringen.

Die Polizeipräsidentin

Gwendolin von der Osten ist seit Februar 2021 Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen. Zuvor war sie Leiterin des Referats für Einsatz und Verkehr im Niedersächsischen Innenministerium. Die Volljuristin ist Jahrgang 1971 und seit 2003 bei der Polizei. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder und lebt in Hannover.



wird sich weiter verändern. Gerade im urbanen Raum nimmt die Fahrraddichte zu – dies ist natürlich erfreulich, bringt aber auch besondere Risiken mit sich. Besonders die E-Motorisierung bringt Geschwindigkeiten auf die Straße, die mit hohen Verkehrsunfallrisiken einhergehen. Dem treten wir mit gesteuerten Kontrollmaßnahmen, aber auch mit Präventionskampagnen entgegen.

Was hat Sie in Ihrem ersten Jahr überrascht?

Ich habe nicht damit gerechnet, dass mir die Umstellung so leicht fällt. Tatsächlich bin ich überrascht, wie reibungslos diese große Behörde zusammenarbeitet.

Wie fällt Ihr Gesamtfazit aus?

Mein Fazit ist: Ich bin begeistert von der motivierten und engagierten Leistung der Kolleginnen und Kollegen. Die Pandemie hat unsere Arbeitswelt verändert, aber sie nicht nachhaltig beeinträchtigt. Zusammenfassend kann ich schlicht sagen: Hier wird gute Arbeit geleistet.

Welche Herausforderungen sehen Sie – auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise – für Ihr zweites Jahr?

Die Kriminalität hat sich zunehmend in den digitalen Raum verschoben, Corona hat wie ein Katalysator gewirkt. Die größte Herausforderung für die Polizei ist nun, diese neuen Kriminalitätsformen nachhaltig zu bekämpfen. Dafür braucht es nicht nur ein hohes Maß an Know-How, sondern auch die entsprechende technische Ausstattung. Daneben stellen wir eine zunehmende Polarisierung innerhalb der Gesellschaft fest, die sich häufig in der Wut Einzelner bis hin zu einer Radikalisierung ganzer Gruppen äußert. Die Polizei muss sich als friedensstiftend und als demokratisch legitimes Gewaltmonopol zeigen.

Häusliche Gewalt und neue Mobilitätsformen gehören zu Ihren Schwerpunkten. Was konnten Sie hier bereits anschieben?

Das sind längst nicht alle Schwerpunktthemen, die wir in der Polizeidirektion identifiziert haben. Dennoch habe ich zusätzlich diese beiden Themen mehr in den polizeilichen Fokus bringen können. Das Thema „Häusliche Gewalt“ – besser finde ich den Begriff der „Gewalt im sozialen Nahraum“ – wurde nach meiner Ansicht zu lange als „Familientragödie“ oder „Ehedrama“ eingeordnet. Die Folgen dieser oft massiv gewalttätigen Straftaten sind schwerwiegend. Wir haben in der Polizeidirektion erstens für die Thematik sensibilisiert und zweitens einen Schwerpunkt auf eine bessere Vernetzung aller Akteure gesetzt. Dabei geht es vor allem um ein strukturiertes Gefährdungsmanagement, an dem alle thematisch befassten Stellen beteiligt sind. Wir müssen uns bei jeder schweren Straftat fragen: Haben wir alles getan, um das zu verhindern? Die Mobilität hat sich verändert und sie



Abteilung 1

Von Einsatz und Verkehr bis hin zu Führungs- und Einsatzmitteln

In der Abteilung 1 der Polizeidirektion Göttingen werden neben dem polizeilichen Aufgabenvollzug auch Personal und Technik organisiert und verwaltet. Sie wird geleitet von Polizeivizepräsident Gerd Lewin, der seit dem Jahr 2019 in Göttingen im Amt und ständiger Vertreter von Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten ist. Ein Großteil der Mitarbeitenden im Stab der Polizeidirektion Göttingen ist in der Abteilung 1 tätig, der vier Dezernate unterstellt sind.

Kriminalitätsbekämpfung

Das Dezernat 11 bewegt alle Themenfelder der Kriminalitätsbekämpfung und übt die zentrale Dienst- und Fachaufsicht des Zentralen Kriminaldienstes aus. Zum Dezernat 11 gehört auch Niedersachsens dienstälteste Präventionspuppenbühne: Sie ist seit 1978 fester Bestandteil der polizeilichen Kriminal- und Verkehrsprävention und gleich an zwei Standorten – in Göttingen und Hildesheim – vertreten.

Einsatz und Verkehr

Im Dezernat 12 werden die Themen Einsatz und Verkehr bearbeitet. Das Dezernat hat zudem eine Sonderstellung: Neben der originären Stabsarbeit werden hier operative Aufgaben wahrgenommen. So sind die Mitarbeitenden bei Großereignissen, wie Terror, Geiselnahmen oder Katastrophen aller Art gefordert. Dem Dezernat 12 sind zudem die Lage- und Führungszentralen „Weser“ in Göttingen und „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland in Hameln sowie das Diensthundführerwesen zugeordnet.

Personal, Aus- und Fortbildung

Im Dezernat 13 geht es neben den klassischen Personalangelegenheiten auch um die Aus- und Fortbildung sowie die Nachwuchsgewinnung. Darüber hinaus befindet sich hier die Beschwerdestelle der Polizeidirektion Göttingen, an die sich auch die Bürgerinnen und Bürger wenden können.

Führungs- und Einsatzmittel

Moderne Technik und aktuelle Einsatzmittel – darum kümmern sich die Mitarbeitenden im Dezernat 14. Die IT-Sicherheit, die Kriminaltechnik sowie Informations- und Kommunikationstechnik sind weitere Themen des Dezernats.

Der Vizepräsident

Gerd Lewin, Jahrgang 1960, ist seit 2019 Vizepräsident der Polizeidirektion Göttingen.

Zuvor war er in verschiedenen leitenden Funktionen, unter anderem in der Polizeidirektion Hannover und dem Niedersächsischen Innenministerium tätig. Gerd Lewin ist verheiratet, hat ein Kind und lebt in Hann. Münden.



Abteilung 2

Rechtsanliegenheiten und Bewirtschaftung von 110 Liegenschaften

Die Abteilung 2 gliedert sich in zwei Dezernate und wird von der Leitenden Regierungsdirektorin Karin Gedaschko geführt. Die Juristin, die seit vielen Jahren für die Polizei Niedersachsen tätig ist, ist seit 2019 in der Polizeidirektion Göttingen.

Rechtsstreitigkeiten und Beratung

Im Dezernat 22 werden alle rechtlichen Angelegenheiten der Polizeidirektion Göttingen bearbeitet. Aufgaben sind unter anderem das Führen und Betreiben von Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten und den ordentlichen Gerichten sowie die Beratung der Dezernate in allen Rechtsfragen des Aufgabenvollzugs. Auch die Bürgerinnen und Bürger können die Dienste des Rechtsdezernats in Anspruch nehmen: Auf Anfrage werden Apostillen und Beglaubigungen ausgestellt – im Jahr 2021 waren es ca. 1500.

Vereinsverbot gegen die Bandidos

Das Vereinsverbot gegen den Bandidos MC Federation West Central hat die Mitarbeitenden des Dezernats 22 im vergangenen Jahr über einen längeren

Leiterin Abteilung 2

Karin Gedaschko, Jahrgang 1961, ist seit dem Jahr 2019 Abteilungsleiterin 2 der Polizeidirektion Göttingen. Sie ist seit 1998 im Bereich der Polizei tätig, zuletzt als Leiterin des Rechtsdezernats der Polizeidirektion Hannover. Sie ist verheiratet, hat zwei Kinder und lebt in Göttingen, Buchholz und Wien.



Zeitraum hinweg beschäftigt. Das Bundesinnenministerium hatte aufgrund des Anfangsverdachts, dass Zweck und Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwiderliefen, ein Ermittlungsersuchen an die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz gestellt. Das Ministerium bat um Unterstützung mit Durchsuchungen, bei richterlichen Vernehmungen sowie Sicherstellungen und Beschlagnahmen von Beweismitteln.

Im Juli fanden dann im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hameln-Holzwinden/Pyrmont Durchsuchungen statt. Mit Erfolg: Die Maßnahmen erbrachten hinreichende Beweise, um den Verein am 12. Juli 2021 verbieten zu können.

Aktuell laufen noch Gerichtsverhandlungen hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Vereinsverbots. Nichtsdestotrotz war es ein wichtiger Schlag im Kampf gegen die organisierte Rockerkriminalität.

Liegenschaften und Budget

30 landeseigene und 80 angemietete Gebäude und Dienststellen werden von den Mitarbeitenden des Dezernats 21 verwaltet und betreut. Darüber hinaus obliegt dem Team die Hausverwaltung der Gebäude in der Groner Landstraße und der Robert-Bosch-Breite in Göttingen. Die Wirtschaftsverwaltung verantwortete 2021 ein Budget in Höhe von 11,74 Millionen Euro, das unter anderem für die Bewirtschaftung der Liegenschaften, die Unterhaltung des Fuhrparks und die Ausstattung der Operativkräfte eingesetzt wird.

Ein größeres Projekt, dass die Mitarbeitenden des Dezernats 21 im abgelaufenen Jahr beschäftigt hat, war der An- bzw. Umbau der Liegenschaft in der Robert-Bosch-Breite in Göttingen. Nach langer Planung und viel Vorlauf haben die Arbeiten im Frühjahr 2021 begonnen und werden bis zum Herbst 2022 dauern.

Nachwuchs für einen vielfältigen Beruf

2021 sind 450 junge Menschen in den Polizeiberuf gestartet

Dass die Polizei nach wie vor ein attraktiver Arbeitgeber ist, hat sich auch 2021 wieder gezeigt: Landesweit haben sich 4.600 Interessierte für ein Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen beworben. 450 von ihnen wurden zugelassen. Auf die Polizeidirektion Göttingen entfielen 598 Bewerbungen, von denen nun 56 auf den Polizeiberuf vorbereitet werden. Erstmals gab es 2021 einen Überhang an Frauen an der Polizeiakademie: Von den 450 Studierenden sind 232 weiblich.

In der Polizeidirektion Göttingen kümmert sich das Team „regionale Einstellung“ um die Nachwuchsgewinnung. Zentrale Aufgabe ist es, junge Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen, sie zu beraten und zu betreuen. Neben der Nachwuchsgewinnung auf Behördenebene gibt es auch in allen Polizeiinspektionen der Polizeidirektion Göttingen Mitarbeitende, die diese Aufgaben übernehmen. So können sich auch Jugendliche, die die Fachhochschulreife über die Fachoberschule anstreben, mit Fragen an die Teams in den Inspektionen und der Behörde wenden.

Interesse geweckt?

Weitere Informationen erhalten Interessierte bei Carmen Kauschke und Daniela Peters unter Telefon 0551/491-1314 oder per E-Mail an nachwuchswerbung@pd-goe.polizei.niedersachsen.de.



Erstmals mehr Frauen

450 Bewerberinnen und Bewerber wurden im Jahr 2021 an der Polizeiakademie Niedersachsen angenommen. Erstmals gab es damit einen Überhang an Frauen: 218 Studenten (48,44 Prozent) stehen 232 Studentinnen (51,56 Prozent) gegenüber.

Landesweit sind 4.600 Bewerbungen eingegangen, davon entfielen 598 auf die Polizeidirektion Göttingen.

Von den 450 Studierenden haben sich 56 für die Polizeidirektion Göttingen beworben: 23 Frauen, 33 Männer.

Für das Praktikum im Rahmen der Ausbildung an einer Fachoberschule haben sich für die Polizeidirektion Göttingen 107 Jugendliche beworben, mit 13 von ihnen wurden entsprechende Verträge abgeschlossen – fünf Mädchen, acht Jungen.

Nach drei Jahren fit für den Job

An drei Standorten wird der Polizeinachwuchs ausgebildet

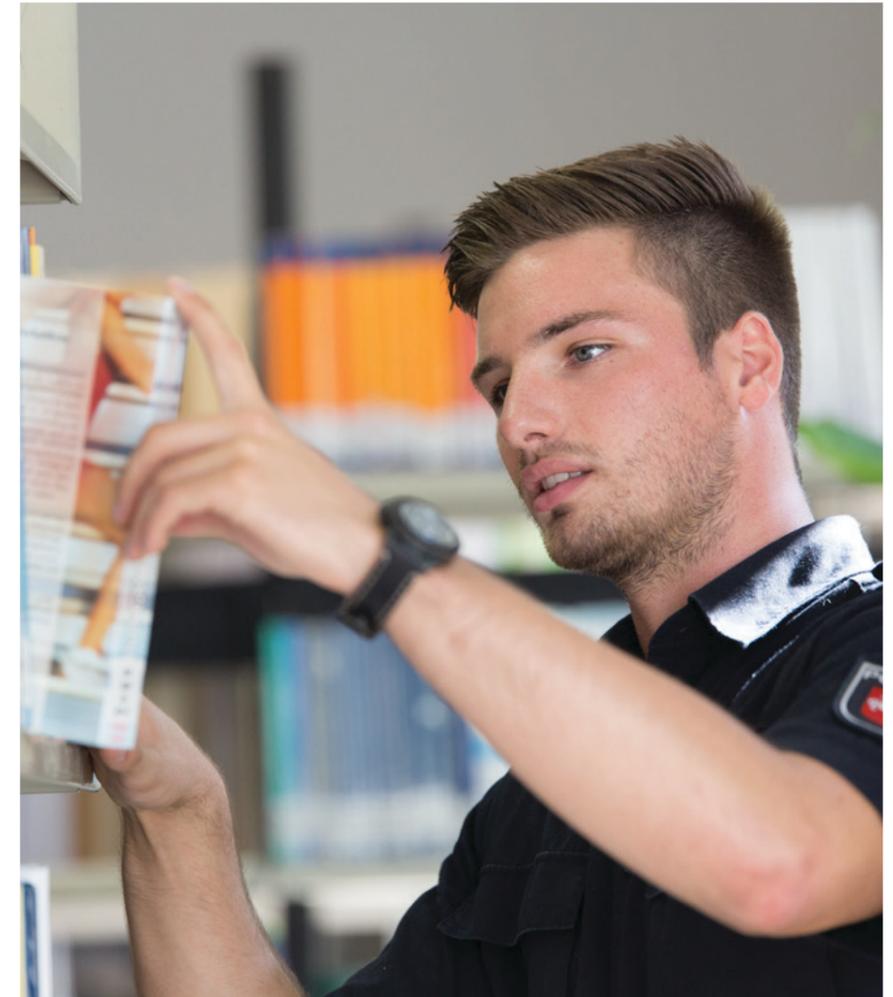
Die Karriere bei der Polizei Niedersachsen beginnt mit dem dreijährigen Bachelorstudium an der Polizeiakademie Niedersachsen, die an drei Standorten vertreten ist: Nienburg an der Weser, Hann. Münden im Süden und Oldenburg im Norden. Das Studium gliedert sich in drei Studienabschnitte: ein zwölfmonatiges Grundlagenstudium, ein sechsmonatiges Fachstudium sowie zwei dreimonatige berufspraktische Studienzeiten und ein zwölfmonatiges Ergänzungs-, Vertiefungs- und Schwerpunktstudium mit Bachelorarbeit.

Grundlagen, Praktika, Bachelorarbeit

Im ersten Studienabschnitt geht es um Grundlagen der Kriminalitätskontrolle, Einsatz und Verkehr, rechtliche Grundlagen, Kompetenzen für Studium und Beruf sowie praktische Grundlagen und allgemeine Fitness.

Im zweiten Studienabschnitt werden die erworbenen Kenntnisse vertieft und ein erstes Praktikum im Einsatz- und im ermittelnden Bereich absolviert. Auch die körperliche Fitness spielt in diesem Abschnitt eine Rolle: Sie wird weiterentwickelt, zudem werden sportartspezifische Schwerpunkte gesetzt. Im dritten Studienjahr liegt ein Schwerpunkt auch auf gesellschaftlichen Themen und Problemstellungen. Am Ende steht schließlich die Bachelorarbeit.

Das Studium an der Polizeiakademie ist damit sehr vielfältig und aufgrund des hohen Praxisanteils mit einem dualen Studium vergleichbar. Es beinhaltet auf der theoretischen Seite Inhalte aus den Rechts- und Sozialwissenschaften, Kriminalistik, der Kriminologie, dem



Verkehrsrecht sowie der Einsatz- und Organisationslehre. Auf der anderen Seite stehen die zwei dreimonatigen Praktika sowie die praktischen Inhalte an der Polizeiakademie.

Förderung von Spitzensport

Weil die körperliche Fitness im Polizeiberuf unerlässlich ist, werden im Studium Kraft und Ausdauer trainiert, aber auch Abwehr- und Zugriffstechniken sowie der Umgang mit polizeilichen Einsatzmitteln gelehrt. Den Studierenden stehen an den Standorten der Polizeiakademie Niedersachsen darüber hinaus vielfältige Sport- und Freizeiteinrichtungen zur Verfügung. Für Leistungssportlerinnen und -sportler hält die Akademie zudem ein besonderes Angebot vor: Ihr Studium kann auf fünf Jahre verlängert werden, damit genügend Zeit für den Leistungs-

sport bleibt. Überhaupt wird versucht, die Studierenden so gut wie möglich in ihren jeweiligen Lebenslagen zu unterstützen und eine hohe Flexibilität für jede Situation zu schaffen. Studierende mit Kindern können bei der Kinderbetreuung unterstützt werden, verlässliche Studienzeiten sollen eine gute Planbarkeit und Vereinbarkeit ermöglichen.

Im Anschluss an das Studium werden die Studierenden garantiert in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen und starten ihren Dienst in den allermeisten Fällen in der Bereitschaftspolizei oder dem Einsatz- und Streifen dienst. Anschließend können sie ihren Berufsweg je nach Interesse weiter einschlagen – bei der Wasserschutzpolizei, bei der Reiterstaffel, dem LKA oder den vielen anderen Möglichkeiten, die die Polizei Niedersachsen bietet.



Die Polizei in der digitalen Arbeitswelt

Die Corona-Pandemie hat das Arbeiten flexibilisiert – auch in der Polizei, die diese Entwicklung künftig vorantreiben will

Neue Arbeitswelt – so lautet der Titel eines Projekts der Polizeidirektion Göttingen, das im Jahr 2021 begonnen wurde und die Digitalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt auch in der Polizei über die Corona-Pandemie hinaus ermöglichen und einleiten soll.

Das Thema stand zwar schon länger auf der Agenda der Polizeidirektion Göttingen, hat aber mit Beginn der Pandemie nicht nur mehr Bedeutung, sondern auch mehr Tempo erhalten. Eine rasche Veränderung der Arbeitsabläufe wurde im Frühjahr 2020 nötig, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so gut es geht zu schützen.

So wurde innerhalb kürzester Zeit die tägliche Arbeit in Präsenz in den Bereichen, wo es möglich ist, ganz oder teilweise in mobiles Arbeiten verlagert. Präsenzveranstaltungen und Fortbil-

dungen wurden online abgehalten. Diese rasante Entwicklung hält bis heute an, bietet neben Chancen aber auch Risiken: So ist es mit mobiler Arbeit zwar besser möglich, Beruf und Familie zu vereinbaren, auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass Beruf und Privatleben zunehmend vermischt werden und die Work-Life-Balance in Schieflage gerät.

Voraussetzungen schaffen

Die Polizeidirektion hat sich mit der Einrichtung des Projekts „Neue Arbeitswelt“ dieser Thematik nun intensiv angenommen und will bis Dezember 2022 die organisatorischen, technischen, finanziellen, räumlichen und persönlichen Voraussetzungen für eine attraktive, innovative und zukunftsorientierte Form der Zusammenarbeit schaffen. Zudem will sie Einführungs- und Anpas-

sungsprozesse planen und begleiten. Ziel ist es unter anderem Akzeptanz für diese attraktive und zukunftsorientierte Zusammenarbeit zu schaffen.

Recherche und Ideenfindung

Ein großer Teil der Vorarbeit für die Projektbeteiligten besteht derzeit in der Recherche: Welche Ideen und Ansätze gibt es in anderen öffentlichen Verwaltungen, Unternehmen und in den Medien, die auch in der Polizeidirektion Göttingen eine neue Arbeitswelt ermöglichen? Welche Arbeiten fallen in den einzelnen Bereichen der Organisation an und können diese flexibilisiert werden?

Der nächste Schritt wird sein, die Voraussetzungen zu erheben, die geschaffen werden müssen, um die Ideen konkret umzusetzen.



Einsatzmanagement

Wir sind da und helfen



Modernes Notruf- und Einsatzmanagement

Alle zwei bis drei Minuten geht ein Notruf in den Leitstellen ein

Durchschnittlich alle zwei bis drei Minuten in 24 Stunden und 365 Tagen im Jahr gehen über die Notrufnummer 110 in den beiden Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen Notrufe ein. Sie werden von 87 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Schichtdienst tätig sind, professionell bearbeitet.

Das gesamte Notruf- und Einsatzmanagement der Polizeidirektion Göttingen wird in den zwei Lage- und Führungszentralen koordiniert. Die Leitstelle „Weser“ ist dabei für den südlichen und östlichen Teil des Direktionsbereichs zuständig, die Leitstelle „Süntel“ in der Kooperativen Regionalleitstelle Weserbergland für den nördlichen und westlichen Teil.

Die Leitstelle „Weser“ koordiniert alle Notrufe und Einsätze, die aus den Berei-

chen der Polizeiinspektionen Göttingen und Northeim kommen. Darüber hinaus stellt sie als Behördenleitstelle eine Kontaktstelle zu anderen Behörden dar, etwa bei größeren oder behördenübergreifenden Einsätzen. 44 Mitarbeitende sind hier tätig. Die Leitstelle „Süntel“ ist für Notrufe aus dem Bereich der Polizeiinspektionen Hameln-Pyrmont/Holzminden, Hildesheim und Nienburg/Schaumburg verantwortlich, die von 43 Mitarbeitenden bearbeitet werden.

154.000 Notrufe

Insgesamt erreichten die Leitstellen der Polizeidirektion Göttingen im vergangenen Jahr 154.000 Notrufe – 68.000 über die Leitstelle „Weser“ und 86.000 über die Leitstelle „Süntel“.

Die Beamtinnen und Beamten der Polizeidirektion Göttingen haben im ver-

gangenen Jahr 248.000 Einsätze bearbeitet. Nicht jeder Einsatz geht dabei auf einen Notruf über die Leitstelle zurück, sondern auch auf Meldungen auf einer Polizeiwache oder auf eigeninitiierte Feststellungen der Polizistinnen und Polizisten.

182.000 Stunden in Einsätzen

Letztere leisteten im vergangenen Jahr 182.800 Einsatzstunden im Rahmen besonderer Einsätze außerhalb der Alltagsarbeit. Das waren Versammlungen im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen (33.500 Einsatzstunden), die Bombenentschärfung im Januar 2021 in Göttingen (9.000 Einsatzstunden) sowie Demonstrationen der rechten und linken Szene in Northeim (2.500 Einsatzstunden).

Social Media

Die Polizei in den sozialen Netzwerken

Social Media hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Pfeiler der Unternehmens-, Alltags- und Krisenkommunikation auch in der Polizei entwickelt. Klassische Medienkanäle erreichen in Zeiten zunehmender Digitalisierung längst nicht mehr alle Menschen. Die Grundintention für die Nutzung der sozialen Medien ist insbesondere, Bürgerinnen und Bürger mit den eigenen Kanälen jederzeit möglichst umfassend zu erreichen und informieren zu können. Die Polizeidirektion Göttingen geht auf die geänderten Bedürfnisse der Bevölkerung ein und reagiert auf die sich weiterentwickelnden Rahmenbedingungen. Medienkanäle werden gesamtheitlich betrachtet, damit im besten Fall eine themen- und zeitgemäße Verknüpfung von klassischen und digitalen Medien erreicht werden kann.

Kontakt & Infos

Wir freuen uns, mit Ihnen via Facebook, Twitter und Instagram in Kontakt zu treten und ins Gespräch zu kommen.

Ihre Ansprechpartnerin für weitere Fragen und Informationen rund um das Thema Soziale Medien in der Polizeidirektion Göttingen



Nicole Kappei
Social Media Managerin

0551 491 1032
pressestelle@pd-goe.polizei.niedersachsen.de



Auf allen Seiten der Polizeidirektion Göttingen werden aktuelle und allgemeine Informationen sowie Einblicke in den vielfältigen und oftmals spannenden Arbeitsalltag gegeben:

- Pressemitteilungen
- Berichte über aktuelle Einsätze
- Wichtige allgemeine Informationen
- Infos zu Schwerpunkten der Arbeit
- Präventionstipps
- Kriminalitätsphänomene
- Aktuelle Stellenangebote
- Nachwuchswerbung
- Veranstaltungen

Facebook Seiten in der Übersicht:

Polizei Göttingen
www.facebook.com/polizeidirektion.goettingen

Polizei Weserbergland
www.facebook.com/Polizei.hameln

Polizei Northeim
www.facebook.com/polizei.northeim

Polizei Hildesheim
www.facebook.com/polizei.hildesheim

Polizei Nienburg/Schaumburg
www.facebook.com/polizei.nienburg.schaumburg

Twitter Seiten in der Übersicht:

Polizeiinspektion Göttingen
https://twitter.com/Polizei_GOE
https://twitter.com/Polizei_OHA

Polizeiinspektion Northeim
https://twitter.com/Polizei_NOM

Polizeiinspektion Hildesheim
https://twitter.com/Polizei_HI

Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden
https://twitter.com/Polizei_HM
https://twitter.com/Polizei_HOL

Polizeiinspektion Nienburg/Schaumburg
https://twitter.com/Polizei_NBG
https://twitter.com/Polizei_BadN
https://twitter.com/Polizei_RI
https://twitter.com/Polizei_STH
https://twitter.com/Polizei_BBG

Instagram Seiten in der Übersicht:

Darüber hinaus gibt es in der Polizeidirektion aktuell sechs Kolleginnen und Kollegen, die als Community Policer für die Polizeidirektion auf **Instagram** über ihre tägliche Arbeit berichten. Die Infos zu den Kanälen folgen auf den Seiten 18-21.

Community Policing

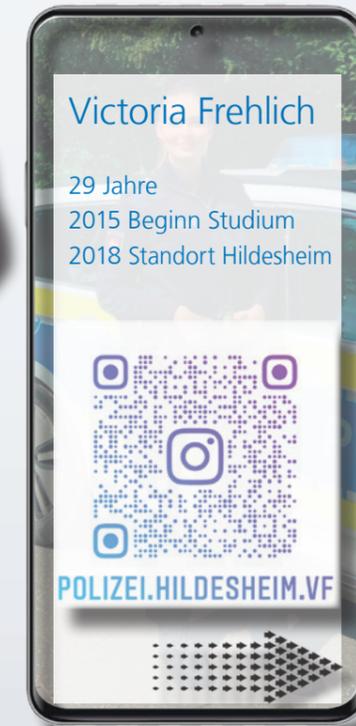
Digital auf Streife mit unseren
Kolleginnen & Kollegen



Durch meine Arbeit als Community Policerin möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern einen umfassenden Einblick in den beruflichen Alltag als Polizistin geben. Ich übe meinen Job aus Leidenschaft und Überzeugung aus und möchte besonders verdeutlichen, dass hinter der Uniform auch immer ein Mensch steckt.



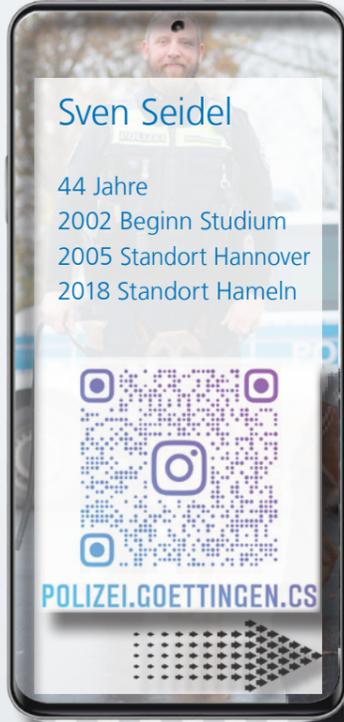
Nachrichten wie: „Vielen Dank, dass du das hier machst. Tolle Einblicke! Und hast mir Mut gemacht mich auch endlich zu bewerben!“ sind unter anderem der Grund für meine Aktivität auf Instagram. Ich freue mich auf diesem Wege evtl. sogar zukünftige Kolleginnen und Kollegen gewinnen zu können.



Ich bin davon überzeugt, dass in der heutigen Zeit die mediale Darstellung des Polizeiberufes essentiell für den Rückhalt und das Verständnis in der Bevölkerung ist und wir uns eben nicht mehr nur auf die üblichen Medienkanäle beschränken können.

Community Policing

Digital auf Streife mit unseren
Kolleginnen & Kollegen



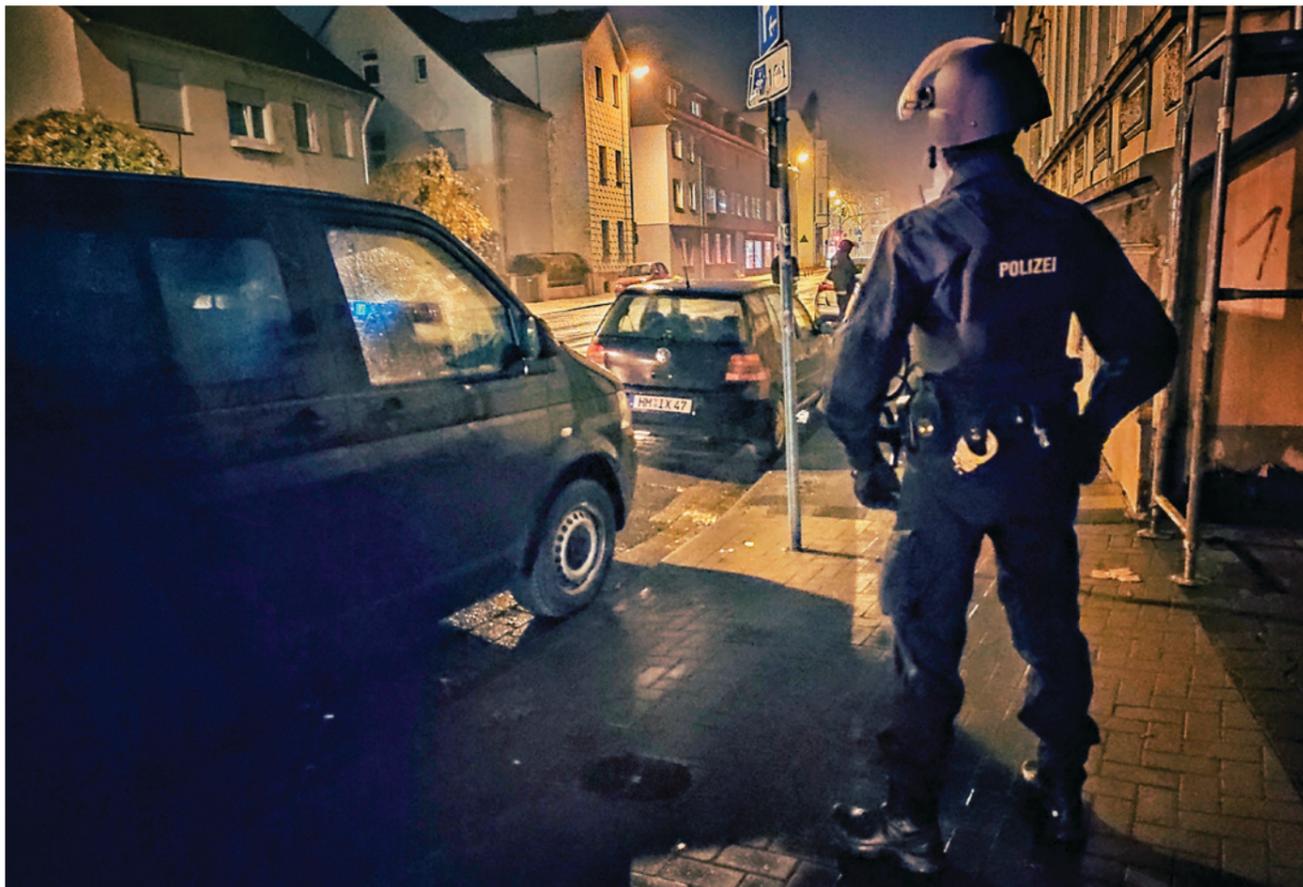
Ich freue mich, über die sozialen Medien Einblicke in meine Arbeit als Diensthundführer geben zu können. Übrigens haben mein Diensthund Cash und ich seit Ende 2021 noch eine weitere Aufgabe. Wir begleiten Chief auf dem Weg, Diensthund zu werden. Es bleibt also auch in Zukunft spannend und abwechslungsreich.



Das größtenteils positive Feedback, dass ich aus meiner kleinen Instacommunity bekomme, bestätigt mich darin, dass es wichtig ist, transparente Einblicke in meine Arbeit zu geben. Negative Aspekte wie #hatespeech beschäftigen mich natürlich immer mehr, aber auch dem stelle ich mich als Polizeibeamter.



Nachwuchsgewinnung, Prävention und Interaktion: Mit einer hohen Reichweite habe ich die Möglichkeit, mit vielen Menschen in Kontakt und Austausch zu treten. Für mich stellen die sozialen Medien einen wichtigen Bestandteil der modernen Polizei dar.



Die Verfügungseinheiten der Polizeidirektion Göttingen Mehr Präsenz und Entlastung für den Einsatz- und Streifendienst

Insbesondere zur Erhöhung der Präsenz und der Interventionsfähigkeit der Polizei Niedersachsen wurde im Rahmen der Strategischen Organisationsanpassung die standardisierte, landesweit harmonisierte Stärkung der Verfügungseinheiten beschlossen. Hierbei wurde das Ziel festgelegt, dass die regionalen Polizeidirektionen die Verfügungseinheiten in den Polizeiinspektionen sukzessive mit einer Mindeststärke von 1/15 (15 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten und eine Führungskraft) bis zum 1. April 2021 ausstatten.

Diese Vorgabe wurde in der Polizeidirektion Göttingen entsprechend umgesetzt. Die Polizeiinspektionen haben die Verfügungseinheiten personell verstärkt. Die Aufgabenschwerpunkte der Verfü-

gungseinheiten wurden dabei zum Teil erweitert und werden aktuell wie folgt definiert:

- Präsenzdienst
- Bewältigung besonderer inspektionsinterner und -übergreifender Einsatzlagen
- Durchführung operativer Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung
- Wahrnehmung von Aufgaben der spezialisierten Verkehrssicherheitsarbeit, insbesondere im Bereich der Hauptunfallursachen
- Bewältigung sonstiger Schwerpunktaufgaben nach Lagebeurteilung der Polizeiinspektionen.

Unter anderem durch Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit Verkehrssicherheitswochen, Streifen zur Bekämpfung des Tageswohnungs-

einbruchs und Wohnungseinbruchsdiebstahls, der Bewältigung von Versammlungen, Wahrnehmung von Sondereinsätzen, wie Corona-Kontrollmaßnahmen, sowie regelmäßigen und verlässlichen Präsenzstreifen der Verfügungseinheiten, wird die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum erhöht, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung gestärkt und nicht zuletzt eine spürbare Entlastung der Ermittlungs- sowie Einsatz- und Streifendienste erzielt.

Ergänzend können die Kräfte der Verfügungseinheiten, zur Erhöhung der Interventionsfähigkeit, anlassbezogen zu Eingreifkomponenten zusammengezogen und beispielsweise bei unvorhersehbaren Einsätzen mit eskalierender Lageentwicklung, bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen sowie bei kurzfris-

tigen Kontroll-, Durchsuchungs- und/oder Fahndungsmaßnahmen mit erhöhtem Gefährdungspotential, als Notzugriffs- und Erstinterventionsteams eingesetzt werden.

Ausstattung

Zur Gewährleistung einer sichtbaren Präsenz auch durch den Einsatz und das Vorhalten von Eingriffskräften mit einem robusten Erscheinungsbild, sind die Verfügungseinheiten, insbesondere auch für Sondereinsätze, etwa bei Versammlungen wie folgt ausgestattet:

- Einsatzanzug, Einsatzhelm, Stiefel, Körperschutzausstattung (KSA), Teleskopierbarer Einsatzstock (TES) einschließlich Holster, Flammenschutzhaube, Einmal-Handfessel (Kunststoff)
- zweifarbige Außentragehülle (Taktische Weste) für den ballistischen Schutz. Zur besseren Erkenn- und Sichtbarkeit während der Präsenzmaßnahmen stehen die Warnjacken/-westen oder Wetterschutzjacken in signalgelb zur Verfügung.

Für den Einsatz bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen ist die folgenden Zusatzausstattung vorhanden:

- MP 5 (Maschinenpistole)
- SK-4 Plattenträger mit Tourniquet (eine besondere Schutzweste vor Muni-



tion mit großem Kaliber, wie Kalaschnikow)

- ballistischer Schutzhelm
- Weiterhin stehen den Verfügungseinheiten Nachtsichtgeräte, Ferngläser, Wärmebildgeräte sowie Equipment zur Öffnung von Türen und Fenstern zur Verfügung. Zur Wahrnehmung der Aufgaben der spezialisierten Verkehrs-

sicherheitsarbeit sind die Einsatzkräfte mit TeleCash-Geräten, mobilen Alkoholvortestgeräten, Technik für die spezialisierte Verkehrsüberwachung oder Geschwindigkeitsmessgeräte (Handlasermessgeräte, stationäres Geschwindigkeitsmessgerät, GoPro-Kamera mit Zubehör zur Feststellung von Ablenkungsverstößen und Auslesetechnik zur Auswertung des digitalen Kontrollgerätes) sowie Geräte zur Absicherung von eingerichteten Kontrollstellen ausgestattet.

Darüber hinaus sind auf die Standorte der Verfügungseinheiten der Polizeidirektion Göttingen für die spezialisierte und technische Verkehrsüberwachung weitere verschiedene Geräte verteilt und können im Bedarfsfall, etwa bei größeren Kontrollen, eingesetzt werden. Dazu gehören Strommessungen zur Feststellung von Manipulationen am digitalen Kontrollgerät, Achslastwaagen, Rollenprüfstände, Schallpegelmessgeräte, automatisierte-Kennzeichen-Lese-Systeme, eine Grundausstattung zur Dokumentenüberprüfung sowie Beleuchtungsmittel für Kontrollstellen.



Hunde im Dienst der Polizei

Spezialhunde helfen auf vielfältige Weise, Einsätze zu meistern

Der Hund als Hilfsmittel in polizeilichen Einsatzlagen hat sich längst etabliert. Die Kenntnis über die Vielfältigkeit der Einsatzmöglichkeiten ist den meisten Polizeibeamtinnen und -beamten bekannt und den Mitarbeitenden in den Fachkommissariaten eine große Hilfe im Einsatz.

RSH, RSH/BNSH und RSH-SaP – diese Abkürzungen beschreiben den Rauschgiftspürhund, die Zusatzausbildung Banknotenspürhund und den Rauschgiftspürhund zur Suche an Personen. SSH und SSH/BL stehen für den Sprengstoffspürhund und den Zusatz für „besondere Lagen“.

Einsätze 2021

2825 Einsätze für die Schutzhunde

452 Einsätze für die Rauschgiftspürhunde

55 Einsätze für die Banknotenspürhunde (1 Einsatz mit Suche an Personen)

120 Einsätze für die Sprengstoffhunde (1 Einsatz in besonderer Lage)

36 Einsätze für die Leichenspürhunde (4 Einsätze im Wasser)

31 Einsätze für die Brandmittelspürhunde

523 geschlossene Einsätze

11 Festnahmen

238 Mal wurden Hund und Diensthundführer/in aus der Freizeit alarmiert



LSH und LSH/W sind die Leichenspürhunde und die Qualifikation für die Wassersuche.

BSH ist der Brandmittelspürhund, FH und FHI stehen für Fährtenhund und Fährtenhund mit Individualgeruch (aktuell nicht in der PD Göttingen), PSH ist der Personenspürhund (zentral in der PD Lüneburg).

Herausragend war ein Einsatz eines Banknotenspürhunds, bei dem 600.000 Euro sichergestellt werden konnten. Aber auch bei allen anderen Einsätzen waren die Spezialhunde eine große Hilfe und führten zum Auffinden von Substanzen oder Gegenständen. In den Aufzählungen wird der Schutzhund (SH) oft nicht genannt. Dabei sind alle Diensthunde, mit Ausnahme der RSH-SaP und der PSH, ausgebildete Schutzhunde. Sie helfen nicht nur bei der Bewältigung von Einsätzen, sondern schützen auch die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten.

Die Schutzhunde der PD Göttingen kommen auch in anderen Bundesländern zum Einsatz. Am 28. und 29. August 2021 unterstützten Diensthund-

führende der Polizeidirektion Göttingen zusammen mit weiteren Diensthundführern aus Niedersachsen das Land Berlin anlässlich mehrerer angemeldeter Groß-Versammlungen und Aufzüge der sogenannten „Querdenker“ sowie Kritikerinnen und Kritiker der Corona-Maßnahmen. Die Diensthundführer hatten mit ihren Schutzhunden den Auftrag das Reichstagsgebäude zu schützen. An diesem Wochenende jährte sich zudem die versuchte Besetzung der Treppen vor dem Reichstagsgebäude durch „Querdenker“, Kritiker der Corona-Maßnahmen und auch Angehörigen der sogenannten „Reichsbürger“-Szene im Jahr 2020. Eine erneute öffentlichkeitswirksame Besetzung galt es hier durch starke Präsenz und Absperrmaßnahmen zu verhindern. Auch an der ursprünglich geplanten Aufzugs-Strecke an der Straße des 17. Juni nahmen die Diensthundführer starke Posten- und Streifen-tätigkeit an neuralgischen Sperrpunkten und Örtlichkeiten wie dem Sowjetischen Ehrenmal wahr.

Bereits vier Wochen später, am 26. September 2021, wurde erneut einem Unterstützungsversuchen des Landes Berlin

anlässlich der Wahl zum Deutschen Bundestag entsprochen. Zusammen mit Diensthundführern aus anderen Bundesländern waren Objektschutzmaßnahmen im Regierungsviertel durchzuführen. Die Diensthundführer der Polizeidirektion Göttingen waren hier zum Schutz des Bundeskanzleramtes eingesetzt und hatten unter ande-

rem eine ungehinderte und störungsfreie An- und Abfahrt der ehemaligen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zu gewährleisten.

Die Spezialhunde haben im vergangenen Jahr 90,8 Kilogramm Marihuana, 1,8 Kilogramm Heroin, 3,2 Kilogramm Kokain, Haschisch, Ecstasy und mehr als fünf Kilogramm Amphetamine ge-

funden. Daneben entdeckten sie 1,2 Millionen Euro Bargeld, 14 Waffen und diverse chemische Substanzen. Die Leichenspürhunde schlugen sieben Mal an, die Brandmittelspürhunde 29 Mal. Der Einsatz von Diensthunden ist und bleibt eine große und unverzichtbare Unterstützung des polizeilichen Alltagsgeschehens.

Ein Erfahrungsbericht

Dass ein Schutzhund nicht nur bei der Bewältigung von Einsätzen hilft, sondern auch die Einsatzkräfte schützt, zeigt der nachfolgende Erfahrungsbericht exemplarisch:

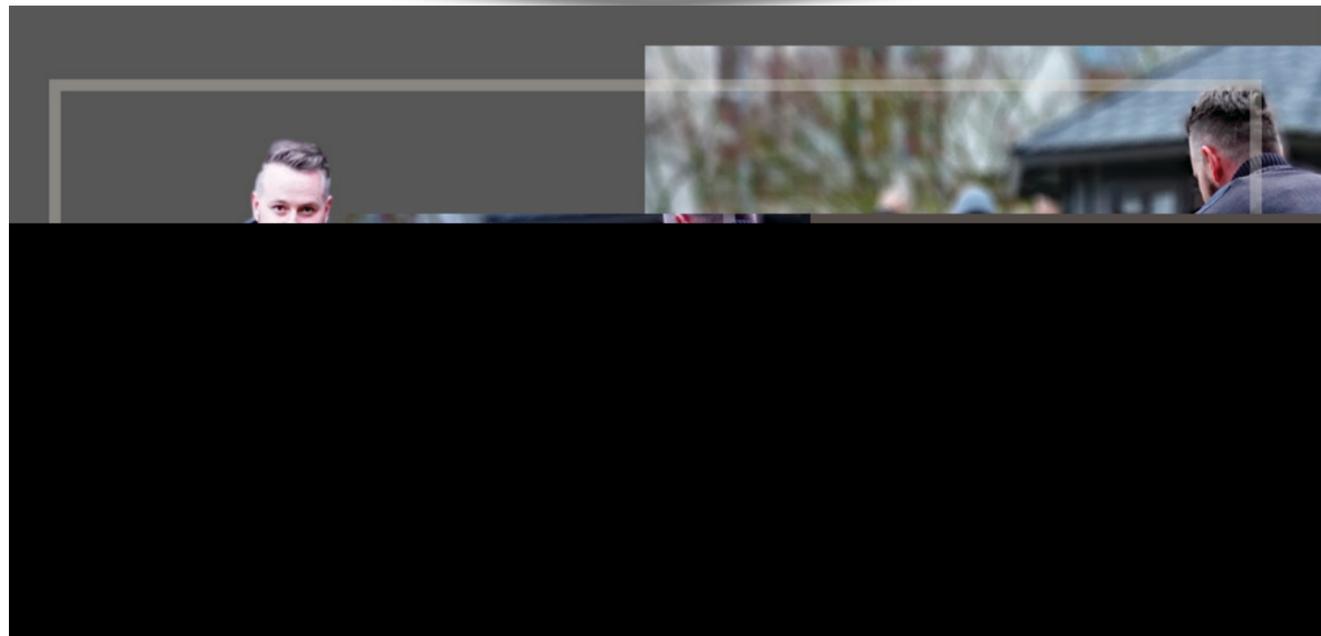
„Ich drohte mehrmals laut und deutlich den Einsatz meines Diensthundes an. In Folge nahm ich Bewegung in der Küche wahr. Dort befand sich gegenüber der Tür zu dem Raum ein offener Kühlschrank. Hinter den geöffneten Türen erhob sich eine männliche Person mit erhobenen Händen. In einer seiner Hände hielt die Person eine Taschenlampe, die er anschließend auf dem Kühlschrank abstellte. Ich forderte die Person auf, sich langsam mit erhobenen Hän-

den in unsere Richtung zu begeben. Dieser Aufforderung kam die Person nach. In dem Raum angekommen, wies ich die Person an, sich auf den Bauch zu legen und die Arme hinter dem Rücken zu verschränken. Ich teilte mit, dass mein Kollege ihm nun Handfesseln anlegt und er festgenommen ist. Die Person äußerte „...Ich mache nichts...“ und ließ sich widerstandslos festnehmen.“

Nachdem die Person fixiert und gesichert auf dem Boden lag, suchte ich mit meinem Diensthund die Küche und ein angrenzendes Badezimmer ab. Im Anschluss suchten wir im Objekt nach weiteren möglichen Tätern. Im Obergeschoss drohte ich meinem Diensthund erneut an und setzte ihn zur weiteren Absuche ein. Aufgrund der Unübersichtlichkeit und der verschach-

telten Räume des Gebäudes leinte ich meinen Hund an, der vom Flur aus geradeaus durch einen kleinen Vorraum in ein Badezimmer führte. Dort stoppte er abrupt und unmittelbar nach Betreten des Badezimmers ab, orientierte sich nach links und begann zu bellen. Links hinter der geöffneten Tür eines kleinen Schanks hockte eine weitere Person. Sie wurde ebenfalls widerstandslos festgenommen.“

Durch den Einsatz der Diensthunde wurden Personen aufgespürt und festgenommen. Die Beamten waren vom kritischen Erstkontakt nicht betroffen und konnten die Personen abgesichert und kontrolliert festnehmen. Auch ist zu vermuten, dass durch Diensthunde Fluchtversuche oder aggressive Handlungen unterblieben.





**DEALER HOCHGENOMMEN,
ENTENFAMILIE GERETTET.**

und deintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE



Kriminalitätsbekämpfung

Wir ermitteln und klären auf

**Straftaten und Aufklärungsquote
(Polizeidirektion Göttingen)**



Kriminalitätsentwicklung

Zahl der Straftaten sinkt, Aufklärungsquote steigt auf Allzeithoch

Die Betrachtung der Entwicklung von Straftaten insgesamt oder besonderen Phänomenen kann als eine Säule der zukünftigen strategischen Aufstellung und Schwerpunktbildung der Polizei dienen. Es ermöglicht unter anderem, personelle und materielle Ressourcen gerade in Zeiten der Pandemie gezielt und effektiv einzusetzen, um für die Bürgerinnen und Bürger im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen weiterhin ein hohes Niveau an Sicherheit bieten zu können.

Im Vergleich zum Berichtsjahr 2020 ist die **Anzahl der Straftaten** im Zuständigkeitsbereich der PD Göttingen im Jahr 2021 nochmals leicht um 4,12 Prozent (-2.858 auf 66.496 Taten) auf den niedrigsten Wert der vergangenen zehn Jahre gesunken. Es wurde dabei gegen 30.608 **Tatverdächtige** ermittelt, rund 75 Prozent davon waren Männer. Die **Gesamtaufklärungsquote** konnte auf bereits hohem Niveau nochmals leicht auf 66,93 Prozent gesteigert werden. Dies ist gleichbedeutend mit der höchsten Aufklärungsquote seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen. Das erzielte Ergebnis liegt rund 3 Prozentpunkte über dem Landesdurchschnitt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeidirektion Göttingen haben damit erneut maßgeblich zum guten Ergebnis des Landes Niedersachsen beigetragen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich die Beschränkungen der Corona-Pandemie auch im Jahr 2021 erheblich auf die Entwicklung der Straftaten ausgewirkt haben.

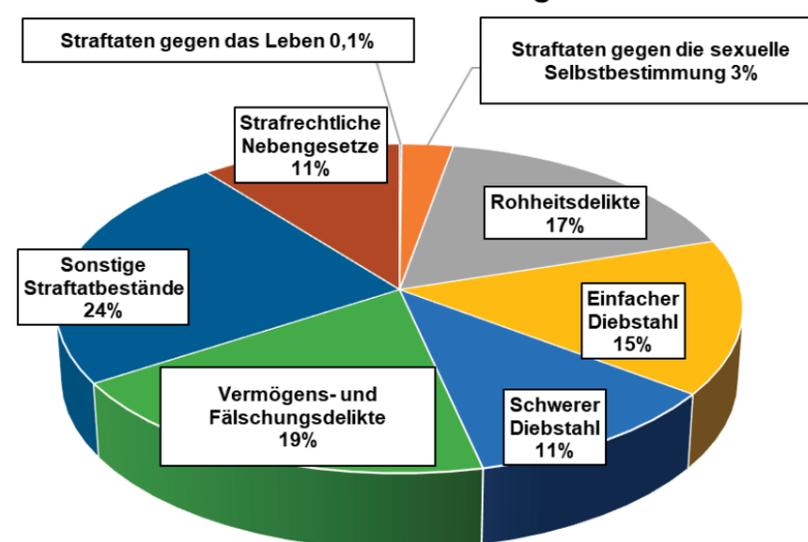
Tötungsdelikte

Straftaten gegen das Leben sind im

Jahr 2021 überraschend deutlich um +10,0 Prozent (+7 auf 77 Delikte) angestiegen. Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote auf 92,21 Prozent (+2,21 Prozentpunkte) gesteigert werden.

Dabei sind Taten, die als **Mord** klassifiziert wurden, um fast ein Drittel (-30,8 Prozent, -4 Taten) auf noch 9 Delikte zurückgegangen, von denen 8 Taten glücklicherweise im Versuchsstadium verblieben. Alle Morddelikte, inklusive der Versuche, wurden aufgeklärt.

Polizeidirektion Göttingen



Die Anzahl der **Totschlagsdelikte** ist hingegen um +83,33 Prozent (+25 auf 55 Taten) deutlich angestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Ermittlungen gegen die Betreiber zweier Seniorenresidenzen im Raum Hildesheim zurückzuführen. Dort sollen Beschränkungen und Hygienevorschriften im Kontext der Corona-Pandemie mit der Folge missachtet worden sein, dass mindestens 43 Bewohnerinnen und Bewohner an oder mit Corona verstorben sind. Von den 55 Totschlagsdelikten konnten 54 Taten aufgeklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 98,2 Prozent (+4,9 Prozentpunkte).

Sexualstraftaten

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind im vergangenen Jahr deutlich um +35,71 Prozent (+471 Taten) auf 1.790 Delikte angestiegen. Gleichzeitig konnte auch die Aufklärungsquote dieser Deliktsgruppe auf 92,1 Prozent gesteigert werden.

Geprägt ist die Entwicklung der Sexualstraftaten insbesondere durch den anhaltenden Anstieg der belastenden und ermittlungintensiven Verfahren im Kontext der Bekämpfung von **Kinder- und Jugendpornografie**. Die Fallzahlen haben sich im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von +89 Prozent (+364 Taten) nahezu verdoppelt. 81 Prozent der Fälle (626 Taten) wurden unter Nutzung des Internets begangen. Nach einer händischen Recherche wurden über



300 dieser Verfahren durch Hinweise des NCMEC (National Centre for missing and exploited children) generiert, richteten sich also gegen Nutzerinnen und Nutzer aus unserem Zuständigkeitsbereich, die sich auf nordamerikanischen Servern kinderpornografisches Bild- und Videomaterial heruntergeladen oder dort angeboten haben. Nach Einschätzung des LKA Niedersachsen wird sich die Anzahl der vom NCMEC gemeldeten Taten weiter erhöhen. Ein Grund für diese Entwicklung könnte auch in den Beschränkungen der Corona-Pandemie zu suchen sein, weil offenbar dadurch die „Nachfrage“ gestiegen ist, sich über den heimischen Rechner kinderpornografisches Material zu beschaffen. Die Kriminellen, die schutzlose Kinder auf abscheulichste Art und Weise missbrauchen, um damit Geld zu verdienen, nutzen die ge-

stiege „Nachfrage“ entsprechend aus. Die aufwendige und zeitintensive Auswertung von Daten, Bildern und Videos führt häufig dazu, dass zusätzlich weitere Kriminelle aus der Anonymität des Internets gerissen werden, was perspektivisch zu einem weiteren Anstieg der Straftaten führen dürfte.

Rohheitsdelikte

Die sogenannten Rohheitsdelikte sind 2021 deutlich um +275 auf 11.452 (+2,5%) angestiegen. Das ist nahezu ausschließlich auf den Anstieg der **Bedrohungssachverhalte** um +596 (+32,9%) auf 2.409 Taten zurückzuführen. 198 Delikte wurden dabei unter Nutzung des Internets begangen. Die Vermutung liegt nahe, dass sich auch an dieser Stelle die (Langzeit-)Folgen der Corona-Pandemie ausgewirkt haben könnten. Ein weiterer Aspekt könnte eine gestiegene Bereitschaft der Geschädigten sein, solche Sachverhalte zur Anzeige zu bringen.

Gleichzeitig sind die **Körperverletzungsdelikte**, also die mögliche physische Eskalation nach einer verbalen Bedrohung, um -321 Taten (-4,3%) auf noch 7.190 Delikte erfreulich deutlich zurückgegangen.

Diebstahlsdelikte

Unter anderem aufgrund der anhaltenden Beschränkungen der Pandemie, hielt auch die rückläufige Entwicklung

Gesundheitszeugnisse



der Diebstahlsdelikte an. Im Berichtszeitraum wurden 17.612 Diebstähle begangen, und damit fast 2.000 weniger (-10,0 Prozent), als noch im Jahr 2020. Dabei sind sogenannte „**einfache Diebstähle**“ um -4,4 Prozent (-465 auf 10.118 Taten) zurückgegangen. Die Aufklärungsquote dieser Delikte ist um -3,72 Prozentpunkte auf 43,96 Prozent zurückgegangen. Auffälliger ist der erfreulich deutliche Rückgang der **Diebstahlsdelikte unter erschwerenden Umständen**. Einbruchdiebstähle sind um -1.500 auf 7.494 Straftaten und damit auf den niedrigsten Stand seit Bestehen der Polizeidirektion Göttingen zurückgegangen. Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote auf 26,14 Prozent (+1,45 Prozentpunkte) auf den höchsten Wert seit Bestehen der PD Göttingen gesteigert werden. Ein Teil dieses Deliktsfeldes beinhaltet auch die Straftaten des **Wohnungseinbruchs und Tageswohnungseinbruchs**, die bei einem erneuten Rückgang um -36,96 Prozent (-431 Taten) erstmals im „nur“ dreistelligen Bereich begangen worden sind. Die Aufklärungsquote konnte um +5,62 Prozentpunkte auf 26,80 Prozent gesteigert werden.



zent bzw. -403 auf noch 12.875 Taten zurückgegangen. Die Aufklärungsquote erreichte mit 75,22 Prozent nahezu exakt das Niveau des Vorjahres. Insbesondere Taten des **Waren- und Warenkreditbetrugs** (Verkauf von Waren, über die der Verkäufer nicht verfügt bzw. Ankauf von Waren, ohne das Geld zu bezahlen) sind um 9,9 Prozent (-424 auf 3.848 Taten) rückläufig. Von diesen Taten wurden immerhin 59 Prozent (2.266 Delikte) unter Nutzung des Internets begangen.

Tatmittel Internet

Delikte, die unter Nutzung des Internets begangen wurden, sind im Jahr 2021 deutlich um 10,4 Prozent angestiegen. Im Wesentlichen ist der Anstieg auf die Entwicklung der Delikte im Kontext der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie zurückzuführen. Die Aufklärungsquote konnte zeitgleich auf 86,5 Prozent (+0,5 Prozentpunkte) gesteigert werden. Diese Entwicklung zeigt, dass die vermeintliche Anonymität des Internets keine Sicherheit vor strafrechtlicher Verfolgung bietet. Mit einem Anstieg der Fallzahlen ist leider auch der entstandene Vermögensschaden um ein Drittel angestiegen.

Falsche Gesundheitszeugnisse

Ein weiterer Fallzahlenanstieg lässt sich ebenfalls auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückführen: Aufgrund der Einschränkungen zum

Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist die Nachfrage nach Gesundheitszeugnissen gestiegen, die zum Beispiel vom Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung oder vermeintlich von der Impfung befreien. Das Ausstellen falscher Atteste ist genauso strafbar, wie das (Ver-)Fälschen und der Gebrauch gegenüber Behörden und Versicherungen. Insbesondere auf Demonstrationen von Gegnerinnen und Gegnern der Corona-Maßnahmen wurden diese ge- oder verfälschten Atteste verwendet und bei entsprechenden Kontrollen aufgefunden. Straftaten rund um das Verfälschen von Impfnachweisen sind im vergangenen Jahr ebenfalls in den Fokus der polizeilichen Ermittlungen, aber auch der medialen Berichterstattung getreten. Aufgrund der bislang noch uneinheitlichen Erfassung ist hierzu für das vergangene Jahr keine valide Aussage möglich. Nach einer händischen Auswertung ist aktuell von einer Anzahl von Strafverfahren im niedrigen dreistelligen Bereich im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen auszugehen.

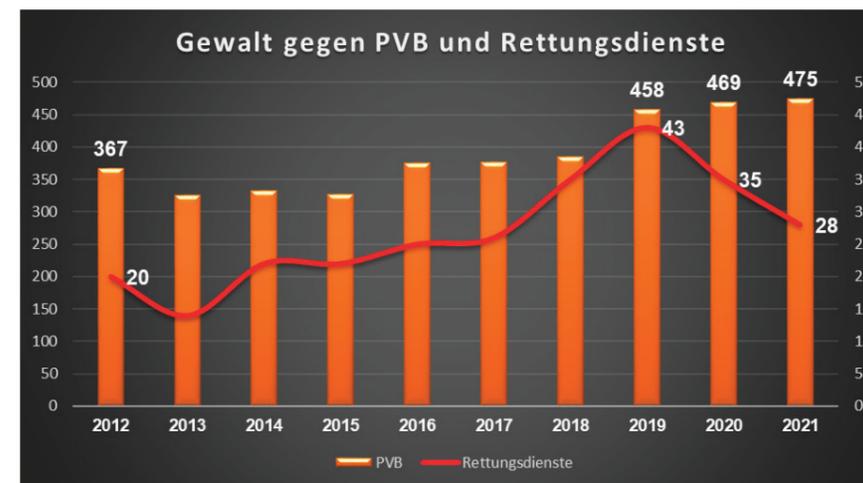
Subventionsbetrug

Während Straftaten des Subventionsbetrugs im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen in den vergangenen Jahren keine signifikante Rolle gespielt haben, ist die Anzahl dieser Delikte im Kontext der Corona-Pandemie signifikant um rund 70 Prozent

angestiegen. Es ist davon auszugehen, dass der ganz überwiegende Anteil der Taten auf betrügerisches Erlangen von Corona-Überbrückungshilfen zurückzuführen ist. Der entstandene Schaden belief sich im Jahr 2021 auf über 1,4 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln.

Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte

Der Schutz von Leib und Leben bleibt – insbesondere in der weiter andauernden Corona-Pandemie – die wichtigste Aufgabe der Polizei. Hierzu zählt vor dem Hintergrund einer sich in den letzten Jahren abzeichnenden steigenden Gewaltgeneigntheit der von polizeilichen Maßnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern auch der Schutz von Leib und Leben der Kolleginnen und Kollegen, die ihren täglichen Dienst zum Schutz ihrer Mitmenschen versehen. Trotzdem werden Vollzugsbeamtinnen und -beamte nach wie vor Opfer von Gewaltdelikten. Diese Taten sind trotz eines nur leichten Anstiegs um 6 Fälle oder 1,3% erneut auf dem höchsten Niveau im Langzeitvergleich. Von den Delikten wurde in 246 Fällen Widerstand gegen Maßnahmen geleistet, in 175 Fällen wurden Beamtinnen und Beamte tätlich angegriffen. Aufgrund der Gewalteinwirkung Dritter wurden im Jahr 2021 insgesamt 97 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte verletzt und konnten an insgesamt 170 Tagen ihren Dienst nicht versehen.



Sie standen damit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Zuständigkeitsbereich nicht zur Verfügung. Gewaltausbrüche gegen die Polizei, wie sie bei den sogenannten „Spaziergängen“ von Corona-Leugnerinnen und -Leugnern in anderen Bundesländern zu beobachten waren, sind im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen nicht berichtet worden. Bemerkenswert ist dabei, dass bei den Maßnahmen, die zu einem Gewaltdelikt geführt haben, nicht etwa die Festnahme (81 Fällen) der Auslöser war, sondern die „schlichte“ Sachverhaltsklärung bzw. Identitätsfeststellung mit 105 Fällen. Bedeutet: Einige Bürgerinnen und Bürger sind immer weniger gewillt, auch rechtmäßige polizeiliche Maßnahmen zu dulden, sondern vielmehr diese Anlässe zu nutzen, um Gewalt eskalieren zu lassen. Rettungskräfte hingegen sind im Vergleich zum Vorjahr glücklicherweise

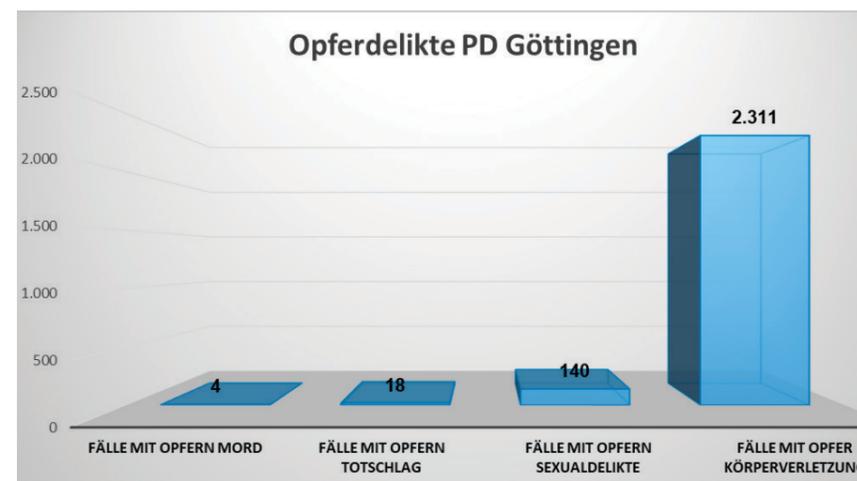
wieder etwas seltener als Opfer einer Straftat erfasst worden.

Häusliche Gewalt

Erstmals im Berichtsjahr 2021 werden Fälle im Kontext Häuslicher Gewalt in Niedersachsen auf der Grundlage einer neuen bundeseinheitlichen Definition betrachtet. Für das Berichtsjahr 2021 wurden im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen 3.857 Delikte im Kontext „Häuslicher Gewalt“ erhoben. Dabei wurden 87 Prozent der Fälle (3.354 Taten) als sogenannte **Opferdelikte** klassifiziert. Von 4 als „Mord“ eingestuftem Sachverhalten wurde eine Tat vollendet. Von 18 Sachverhalten, in denen wegen „Totschlags“ ermittelt wurde, wurden 6 Taten vollendet. Die Straftaten wurden gegen insgesamt 3.565 Opfer begangen. Der ganz überwiegende Anteil der Opfer war weiblich. Weitergehende Betrachtungen, Zahlen zu Tatverdächtigen und Vergleiche zu zurückliegenden Jahren sind derzeit aufgrund der geänderten Datengrundlage nicht möglich.

Fazit

Den Herausforderungen im Kontext der Corona-Pandemie haben sich die Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen auch im Jahr 2021 gestellt, damit Straftäterinnen und Straftäter entdeckt und der Justiz zugeführt werden und die Bürgerinnen und Bürger im Zuständigkeitsbereich weiter sicher und gesund leben können.



Hasskriminalität

Wegen steigender Fallzahlen: Staat sorgt für mehr Schutz von Politikern im Netz

Nicht nur Politikerinnen und Politiker, sondern auch ehrenamtlich Engagierte sowie Staatsbedienstete werden in zunehmendem Maße belästigt, bedroht und sogar körperlich angegriffen. Oftmals haben diese Taten einen politischen Hintergrund. Die Entwicklung der politisch motivierten Straftaten in Niedersachsen unterstreicht diesen Trend: Die Anzahl ist in diesem Bereich von 189 (2019) auf 218 (2020) gestiegen, für 2021 wird von einem weiteren Anstieg ausgegangen. Es besteht Grund zu der Annahme, dass diese Taten nur einen kleinen Teil der tatsächlichen Delikte darstellen und viele nicht angezeigt werden.

Kurz gesagt: Gewalt und Aggressionen gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger nehmen zu. Die Straftaten reichen von Beleidigungen, Hasspostings und Bedrohungen bis hin zu schwerwiegenden physischen Eingriffen wie Körperverletzungen oder (versuchten) Tötungsdelikten. Im Ergebnis kann das zu Rücktritten führen, oder aber auch dazu, dass Ämter gar nicht erst angetreten werden. Einschüchterungen und Hassbotschaften dringen häufig aus der Anonymität der sozialen Medien ins Privatleben von Ehren- und Hauptamtlichen. Die Sozialen Medien sind deswegen inzwischen auch kritisch zu sehen.

Um gerade Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger zu schützen, wurden unterschiedliche Maßnahmen auf den Weg gebracht. So sind bei der Staatsanwaltschaft Göttingen und dem Landeskriminalamt Niedersachsen Zen-



tralstellen zur Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet eingerichtet worden. Von hier sollen Personen, die Hass und Hetze im Netz verbreiten und andere Menschen bedrohen, effektiv verfolgt werden.

Das BKA richtet zudem eine neue „Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet“ ein, die seit Februar 2022 auch Hinweise auf Hass und Hetze im Internet gebündelt entgegennimmt und mit den Polizeien und der Justiz der Länder sicherstellt, dass die Täter strafrechtlich verfolgt werden. Hintergrund ist eine Gesetzesänderung: Telemediendienste müssen strafbare Inhalte nicht nur löschen, sondern seit dem 1. Februar 2022 dem BKA melden. Diese Maßnahme basiert auf dem Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität, das im April 2021 in Kraft trat. Täterinnen und Tätern soll so der Schutz der Anonymität genommen werden.

Seit September 2021 sind auch die sogenannten Feindeslisten strafbar. Weiterhin verbessert der neue Straftatbestand „Verhetzende Beleidigung“ (§192a StGB) den Schutz vor Herabwürdigung aufgrund nationaler, rassistischer,

religiöser oder ethnischer Herkunft, der Weltanschauung, Behinderung oder sexuellen Orientierung. Mit dem Aktionstag zur Bekämpfung von Hasspostings ging die Polizei am 1. Dezember 2021 gegen strafbare Posts vor. Insgesamt wurden bundesweit 90 polizeiliche Maßnahmen – etwa Wohnungsdurchsuchungen und Vernehmungen – umgesetzt.

Anlaufstellen & Infos

- **Meldestelle** für Hetze im Netz „respect!“ auf der Homepage des Bundeskriminalamtes
- **Polizeiliche Kriminalprävention** der Länder und des Bundes (ProPK)
- **„Zivile Helden“:** Mit interaktiven Szenarien und anderen Elementen zur Wissensvermittlung und Wissensverfestigung wird auf der Website „www.zivile-helden.de“ spielerisch und informativ das Bewusstsein für Zivilcourage, insbesondere bei der jugendlichen Zielgruppe, geschärft.



Raum für Erfahrungen: Veranstaltungsreihe soll Menschen des öffentlichen Lebens stärken und Austausch ermöglichen

Steigende Fallzahlen im Bereich der Straftaten gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie die anhaltende Pandemie und die daraus resultierenden Veränderungen im gesellschaftlichen Klima waren im Superwahljahr 2021 Anlass für die Polizeidirektion Göttingen, Politikerinnen und Politiker, kommunale Verwaltungsspitzen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Justiz im Rahmen einer Online-Veranstaltung zu sensibilisieren und zu signalisieren: Wir stehen Ihnen zur Seite.

Ziel war es, die Teilnehmenden auf potenzielle Gefahren aufmerksam zu machen, ihnen Handlungsempfehlungen zu geben, wie sie sich schützen können und ihnen aufzuzeigen, was sie unternehmen können, sollten sie Opfer einer Straftat geworden sein.

Darüber hinaus wurde auch direkt Betroffenen Raum gegeben, zu schildern, mit welchen Anfeindungen sie es im beruflichen Alltag als Vertreter/-in des

Staates zu tun haben und was es mit dem Menschen hinter dem Amt macht, wenn man angefeindet, beleidigt oder gar mit dem Tod bedroht wird.

Die Online-Veranstaltung fand im Mai und Juni in allen fünf Polizeinspektionen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen statt. Im Mittelpunkt stand dabei ein umfangreicher Lagevortrag des jeweiligen Staatsschutzkommissariates, der die Teilnehmenden über aktuelle Entwicklungen informierte und dafür sensibilisierte, mit welchen Phänomenen in der jeweiligen Region zu rechnen ist. Weiteres Thema waren die Zentralstellen zur Bekämpfung der Hasskriminalität beim Landeskriminalamt Niedersachsen und der Hasskriminalität im Internet bei der Staatsanwaltschaft Göttingen.

Abschließend wurden den Teilnehmenden Präventionstipps an die Hand gegeben, wie sie sich grundsätzlich schützen können und wie sie vorgehen sollten, wenn sie Opfer geworden sind.

Die Botschaft lautete: Beleidigungen, Nötigungen und Bedrohungen sind nicht „Teil des Jobs“.

„Werden Taten nicht hinnehmen“

Gwendolin von der Osten, Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen, freute sich, dass viele Personen des öffentlichen Lebens der Einladung gefolgt sind. Das zeige, wie aktuell das Thema ist und welche Bedeutung es für die Betroffenen auf allen politischen Ebenen hat. Die Polizei nehme das Thema nicht nur deshalb sehr ernst: „Wir als Polizei verurteilen Straftaten gegen Menschen, die sich für unser Gemeinwohl engagieren, auf Schärfste und werden diese Taten nicht hinnehmen. Denn sie führen dazu, dass sich für die Demokratie engagierte Menschen aus dem öffentlichen Diskurs zurückziehen und ein wichtiger Pfeiler unserer Demokratie darunter leidet – die Meinungsfreiheit, und damit auch die Demokratie selbst“, ist Gwendolin von der Osten überzeugt.



Polizei im Wahljahr 2021 & Corona-Protest

„Spaziergänge“ gegen Pandemie-Maßnahmen beschäftigen die Einsatzkräfte im gesamten Zuständigkeitsbereich zunehmend

Bereits im Sommer 2020 bildeten sich parallel zu den Maßnahmen der Bundesregierung und den Landesregierungen zur Eindämmung der Pandemie bundesweite Protestformen, deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich aus einer äußerst heterogenen Mischung zusammensetzen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bewertet das Teilnehmerfeld an Corona-Protesten in seinem Kern jedoch als demokratisch.

Neben dem überwiegend bürgerlichen Protest, der sich insbesondere zum Ende des Jahres 2021 hin gesteigert hat, weisen insbesondere Corona-Leugnerinnen und -Leugner sowie Querdenke-

rinnen und Querdenker zum Teil Züge verfassungsfeindlichen Denkens auf. Sie sind darüber hinaus besonders anschlussfähig für das Gedankengut von Rechtsextremen und Reichsbürgerinnen und -bürgern und vermischen sich sowohl inhaltlich als auch personell zunehmend mit diesen.

Allgemein ist festzustellen, dass von bestimmten Gruppierungen und Einzelpersonen innerhalb der Anti-Corona-Bewegung sowohl in entsprechenden Chats als auch bei den daraus organisierten Demonstrationen wiederholt Aussagen getätigt werden, die dazu geeignet sind, den Staat zu delegitimieren.

Anfang 2021 hat BKA-Chef Holger Münch vor zunehmenden Anfeindungen durch Corona-Leugnerinnen und -Leugner unter anderem gegen Politikerinnen und Politiker gewarnt, die während der Pandemie in den Medien besonders präsent sind.

Im Wahljahr 2021, als die Kommunalparlamente und der Bundestag neu gewählt wurden – stellte die potentielle Bedrohung von und die damit einhergehende mögliche Einflussnahme auf Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen. Zur Stärkung des Sicherheitsverhaltens und des

Sicherheitsgefühls fanden im Mai und Juni 2021 im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen Veranstaltungen unter dem Motto: „Stark für die Demokratie – Sicherheit von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Personen des öffentlichen Lebens“ statt.

Sachbeschädigung und Diebstahl

Im Vorfeld der Wahlen kam es im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen zu Sachbeschädigungen an Wahlplakaten verschiedener Parteien und Einzelpersonen. Auch mit dem Diebstahl von Wahlplakaten versuchten die Täterinnen und Täter, Einfluss auf die Wahlen auszuüben. Die genannten Delikte verdeutlichen beispielhaft die Möglichkeiten eines subtilen Einwirkens auf demokratische Entscheidungsprozesse.

Die seit Beginn der Pandemie auftretenden Einschüchterungsversuche gegen Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger sowie Personen, die im Zusammenhang mit der Coronapandemie öffentlich Stellung nehmen oder allgemein medial im Fokus stehen, gestalten sich ganz unterschiedlich. Die

Einschüchterungen erfolgen teils im Internet sowie in Form von Drohbrieffen, teils aber auch durch Demonstrationen vor privaten Wohnhäusern von Politikerinnen und Politikern. Die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen in diesem Jahr erfordert staatliche Anstrengungen auch durch die Polizei, um die Sicherheit dieses Personenkreises und den Schutz unserer Demokratie zu gewährleisten.

Radikalisierung im Netz

Eine zentrale Rolle nicht nur bei der Organisation von Corona-Protesten, sondern auch bei der Radikalisierung der Szene spielen soziale Netzwerke und Messengerdienste, insbesondere Telegram. Zum Teil wird in den Chats zur Bekämpfung der demokratischen Grundordnung und zur Anwendung von Gewalt aufgerufen.

Diese Aussagen verdeutlichen, dass es vielen Sammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern nicht um die Corona-Maßnahmen an sich geht, sondern um die Verunglimpfung des Staates und der Demokratie. Die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, sieht in der Abschaltung des Messengerdienstes

Telegram die Ultima Ratio zur Unterbindung solch eines Verhaltens.

Corona-„Spaziergänge“

Die zum Ende des Jahres 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 zunehmend kleinteilige Durchführung von als Versammlungen einzuordnende Spaziergängen durch Corona-Kritikerinnen und -Kritiker erschwert die Arbeit der Sicherheitsbehörden. In der Regel werden die Zusammenkünfte bei den zuständigen Ämtern nicht als Versammlungen angezeigt. Daher sind die Örtlichkeiten und Zeiten der Corona-Demos im Vorfeld schwer feststellbar.

Bei der Verwendung des Begriffs „Spaziergang“ handelt es sich um eine kommunikative Strategie: Es soll der Eindruck erweckt werden, dass es sich noch nicht einmal um einen politischen Protest handelt, sondern um eine spontane, friedvolle, eher unpolitische und im Grunde bürgerliche Freizeitaktivität. Das ist eine strategische Verharmlosung, insbesondere von radikalen Kräften, mit der man einen bürgerlichen Anschein erwecken will, um in der Mitte der Gesellschaft Anschluss zu finden.



Häusliche Gewalt

Steigende Fallzahlen: Besonderer Fokus liegt auf Prävention

Die Zahl der Straftaten im Bereich der häuslichen Gewalt steigt im Bereich der Polizeidirektion Göttingen seit Jahren kontinuierlich an und hatte im Jahr 2020 mit mehr als 3.300 Fällen den höchsten Wert im Zehn-Jahres-Vergleich erreicht. Da sich diese Tendenz auch für das Jahr 2021 abzeichnete, nahm Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten die Entwicklung zum Anlass, die konsequente Bekämpfung der Gewalt im sozialen Nahraum zum Schwerpunktthema auf allen Ebenen ihres Zuständigkeitsbereichs zu erklären.

Ihre Beweggründe und die Notwendigkeit, Opfern häuslicher Gewalt mit allen polizeilichen Mitteln zur Seite zu stehen, hat Gwendolin von der Osten in einer Videobotschaft an die Mitarbeitenden ihrer Behörde übermittelt und auch die Öffentlichkeit in einem persönlichen Facebook-Beitrag zur Haltung der Polizeidirektion Göttingen angesprochen.

Die Polizei nimmt traditionell eine besondere Rolle in der Bekämpfung häuslicher Gewalt ein. Sie ist oftmals die erste Instanz zur Beendigung der Gewalt, wenn in einem Konflikt keine andere Lösung als der Notruf möglich erscheint. Leider müssen die Einsatzkräfte feststellen, dass es häufig bereits vorangegangene Konflikte gegeben hat, auch mit Gewalt, die nicht angezeigt wurden. Dieses Dunkelfeld zu erhellen und alle – Opfer und Unbeteiligte – auf die ständige Erreichbarkeit der Polizei und vieler anderer Hilfsorganisationen hinzuweisen, bleibt ein wichtiges Anliegen. Der polizeiliche Anteil zur Verhütung und Bekämpfung häuslicher Gewalt ist keine bloße Strafverfolgung,



sondern vielmehr die Aufgabe des Rechtsstaates, Opfern zu einem selbstbestimmten Leben ohne Gewalt und ohne Ängste zu verhelfen. Dies braucht professionelles, opferorientiertes und konsequentes Handeln der Polizei und begleitende Unterstützung durch Beratungs- und Interventionsstellen. Damit stellt sich die Polizeidirektion Göttingen der Aufgabe zur Kooperation und Vernetzung.

Häusliche Gewalt hat viele Formen und passiert überwiegend zwischen Menschen, die familiär, in einer Ehe, einer Lebenspartnerschaft oder in anderen intimen Beziehungen zueinanderstehen oder standen. Sie umfasst alle Formen physischer, sexueller und psychischer Gewalt und kommt in allen Bildungs- und Einkommensschichten, in allen Altersgruppen, Nationalitäten und Kulturen vor.

Gewalt als Lösungsmuster

Gewalt im sozialen Nahraum betrifft dabei nicht nur die direkt Betroffenen – auch Kinder erleben und erleiden diese familiäre Gewaltform als Muster zur Konfliktlösung in Partnerschaften und werden als Erwachsene nicht selten

selbst Opfer oder gar Täter/-in. Vor diesem Hintergrund macht Gwendolin von der Osten ganz deutlich: „Häusliche Gewalt ist keine Privatsache, die Eskalationsspiralen sind keine Ehedramen und kein ‚Frauenthema‘. Häusliche Gewalt ist eine schwere Kriminalitätsform, die es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen gilt.“

Bedeutung digitaler Angebote

Ein wichtiges Angebot, das zudem die Bedeutung digitaler Angebote der Polizei zeigt, ist die Online-Wache. Sie wurde im Zuge der Corona-Pandemie mit weit mehr als 100 Anzeigen intensiv genutzt. Diese Art, sich als Opfer unbemerkt von den Gewaltausübenden an die Polizei zu wenden, hilft auch, dass große Dunkelfeld der Gewalt aufzudecken.

In der Polizeidirektion Göttingen sind daneben weitere Schritte in Planung, um Opfer vor eskalierender Gewalt zu schützen. Ziel ist es, weitere Schutzkonzepte zu entwickeln. Die dazu erforderlichen Instrumente stehen bereit und werden zukünftig als Hochrisikomanagement angewendet werden.

Häusliche Gewalt erkennen, einschätzen und verhindern

In Erinnerung an zwei Frauen, die durch tragische Umstände brutal durch ihre Ex-Partner getötet wurden und stellvertretend für alle weiteren Opfer häuslicher Gewalt sowie vor dem Hintergrund der Ratifizierung der sogenannten Istanbul-Konvention, hat sich die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden des Themas Häusliche Gewalt angenommen und ein Hochrisikomanagement in Kooperation mit den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden erarbeitet.

Ein Querschnitt aus verschiedenen Organisationseinheiten Einsatz und Ermittlungen, angegliedert an das Fachkommissariat 1 im Zentralen Kriminalermittlungsdienst, wird die Umsetzung in den Dienststellen verantwortlich begleiten und die Kooperation mit den Partnerinstitutionen im Netzwerk zur Bekämpfung und Verhinderung der häuslichen Gewalt als Koordinierungsstelle unterstützen.

Die konzeptionellen Vorbereitungen wurden bereits im Herbst 2019 aufgenommen und sollten im März 2020 mit einer öffentlichkeitswirksamen Unterzeichnung der Kooperationsvereinbar-

ung in die Umsetzungsphase münden. Durch die Corona-Pandemie musste die Veranstaltung ausfallen und konnte erst am 6. Oktober 2021 nachgeholt werden. Das dies trotz Einschränkungen möglich wurde, ist insbesondere der Leiterin der Kompetenzgruppe in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden, Kriminaloberkommissarin Patrizia Vukobradovic, in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten der Landkreise Hameln-Pyrmont und Holzminden zu verdanken.

Kooperation unterzeichnet

Dem Anlass entsprechend fanden sich Vertretungen der bislang 36 Kooperationspartnerinnen und -partner im Grohnder Fährhaus an der Weser ein. Hier wurden die Entwicklung und Erarbeitung der Inhalte einer gemeinsamen interdisziplinären Kooperation und die Umsetzung eines Hochrisikomanagements vorgestellt, begleitet durch einleitende Worte des Leiters der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden, Matthias Kinzel, und des Landrats Hameln-Pyrmont, Dirk Adomat.

Erkennen, einschätzen, entschärfen – mit dieser Kernbotschaft führte der Gastreferent der Polizeidirektion Braunschweig, Polizeihauptkommissar Frank Hellwig, den Ablauf des Hochrisikomanagements auf den Punkt und teilte

seine Erfahrungen in der mittlerweile dreijährigen Umsetzung für die Region Braunschweig mit. Sein Appell für ein gemeinsames unermüdliches Eintreten aller Institutionen zum Schutz der Opfer von häuslicher Gewalt erreichte die Anwesenden und ermutigte sie in ihrem Vorhaben.

In ihrem Schlusswort sagte Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden und den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden ihre volle Unterstützung zu und würdigte das gemeinsame Engagement ausdrücklich. Die Verhinderung eskalierender Gewalt durch frühzeitiges Erkennen von Risikofaktoren und der Schutz von Opfern nach dem Erleben häuslicher Gewalt sei ihr eine Herzensangelegenheit. Gwendolin von der Osten bestätigte ausdrücklich, dass sie den Auftakt in Grohnde zum Anlass nehmen wird, die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Hochrisikomanagement in allen Inspektionen ihres Zuständigkeitsbereiches installieren zu wollen.

Der mit der Veranstaltung eingerichteten Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt für die Region Hameln-Pyrmont-Holzminden wünschte sie viel Erfolg in der Umsetzung ihrer gesteckten Ziele.



Bekämpfung von Kinderpornografie

Polizei passt Ermittlungsarbeit an neue Voraussetzungen an

Die Zahl von Ermittlungsverfahren im Bereich der Kinderpornografie ist stetig steigend. Damit verbunden ist ein stark aufwachsendes Volumen auszuwertender digitaler Asservate. Maßgeblich verantwortlich für diesen Trend sind die Meldungen des US-amerikanischen Zentrums für vermisste und ausgebeutete Kinder (NCMEC) an das BKA. Das NCMEC scannt die Datenbestände amerikanischer Internetanbieter und Serviceprovider auf Dateien mit kinderpornografischen Inhalten. Aufgrund einer Rechtsänderung wird künftig mit einer weiteren Zunahme von Provider-Meldungen zu rechnen sein.



Optimierte Bearbeitung

Eine Expertengruppe unter der Leitung des LKA Niedersachsen hat hierzu umfassend die Bearbeitungsstrukturen in diesem Deliktsbereich in der Landespolizei untersucht, mit dem Ziel Handlungsempfehlungen für eine optimierte Bearbeitung weiterzugeben. Denn trotz des hohen Anstiegs der Fallzahlen soll es weiterhin möglich bleiben, mittels professioneller Ermittlungsarbeit diesen abscheulichen Delikten wirksam entgegenzutreten zu können. Im Fokus steht hier insbesondere der Schutz der schwächsten Gruppe, die der minderjährigen Opfer.

Oberste Priorität bei Bekanntwerden von Missbrauchsfällen ist das Unterbinden weiterer Tatbegehungen sowie das Herausholen der Täterinnen und Täter aus ihrer Anonymität.

Die Polizeidirektion Göttingen hat in der Bearbeitung von Delikten in diesem Bereich einen besonderen Schwerpunkt

erkannt und entsprechende Anpassungen in der Bearbeitung vorgenommen. In einem ersten Schritt wurde Mitte des Jahres 2021 die vorhandene Fachkompetenz in den Polizeiinspektionen in ständigen Ermittlungsgruppen gebündelt, sodass die hochkomplexen Sachverhalte ausschließlich dort bearbeitet werden. Eine wichtige Rolle spielen hier die Datenverarbeitungsgruppen (DVG) der Polizei, die die sichergestellten Daten auswertbar aufbereiten.

Im Rahmen der Auswertung sichergestellter pornografischer Dateien unterstützt die Polizeidirektion Göttingen darüber hinaus aktiv die Erprobung der zur Verfügung stehenden Softwaremodule und die Fortentwicklung dieser IT-Lösungen des Landeskriminalamtes im Rahmen der Pilotierung.

Künstliche Intelligenz

Mit Hilfe eingesetzter künstlicher Intelligenz (KI) soll es künftig möglich sein, schneller pornografische Dateien unter

den sichergestellten Speichermedien sichtbar zu machen und zeitnah auf reale Missbrauchsfälle reagieren zu können.

Die Expertengruppe des LKA stellte in ihrer Untersuchung weiterhin fest, dass neben einer guten Ermittlungsarbeit der Polizei auch die enge Zusammenarbeit mit externen Institutionen eine wesentliche Rolle für den Schutz der minderjährigen Opfer spielt.

Mittels fester Ansprechpersonen aufseiten der Polizeiinspektionen und externer Institutionen sowie der Einrichtung sogenannter sicherer „Meldeketten“ wurden weitergehende Regelungen und Möglichkeiten geschaffen, Hinweise an die verantwortlichen Stellen weiterzugeben. Hiermit wird es möglich sein, Informationen zu bündeln, in einer Gefahrenbewertung zusammenfließen zu lassen und Sofortmaßnahmen, wie die vorsorgliche Herausnahme des Kindes aus dem gefährlichen Umfeld, umzusetzen.

Cybercrime

Cyber-Resilienz ist eine große Aufgabe von Unternehmen

Die Digitalisierung und der damit einhergehende Anstieg an Cyber-Kriminalität stellen hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit in der Wirtschaft. Die Gefahren für Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität betrieblicher IT-Infrastruktur, Unternehmensdaten und Geschäftsprozesse steigen zunehmend. Damit wächst das Risiko, hohe materielle Schäden bis hin zur Existenzbedrohung zu erleiden.

Die vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KfN) und dem L3S-Forschungszentrum der Leibniz Universität Hannover im Forschungsprojekt „Cyberangriffe gegen Unternehmen“ festgestellten Befunde sind alarmierend; so zum Beispiel, dass etwa zwei Fünftel der befragten Unternehmen in den letzten zwölf Monaten auf mindestens einen Cyberangriff reagieren mussten. Auch wenn Cyber-Kriminelle vorwiegend dort angreifen, wo es sich aus ihrer Sicht finanziell lohnt, und damit zielgerichtet wirtschaftlich starke Unternehmen, kritische Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen in den Fokus nehmen, ist auch der Mittelstand erheblich betroffen.

Insbesondere Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Freiberufler/-innen verfügen nicht durchgängig über ein hinreichend ausgeprägtes Risikobewusstsein, die erforderliche Umsetzungskraft und IT-Fähigkeiten, um sich effektiv gegen Cyber-Angriffe zu schützen.

Datenverschlüsselungen mittels Ransomware und DDoS-Attacken stellen derzeit die größten Cyber-Bedrohungen für Unternehmen dar. Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen waren im Jahr 2021 von der



Arztpraxis über Handwerksbetriebe, mittelständische Produktionsunternehmen bis hin zu weltweit agierende Konzernen von Cyber-Attacken betroffen. Ein zur Abwehr notwendiges, ganzheitliches IT-Sicherheits- und Risikomanagement, das die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Angriffs minimiert, ist eine komplexe und andauernde Aufgabe. Sie erfordert neben Fachexpertise auch technische und organisatorische Ressourcen und verursacht damit Kosten. Selbst wenn individuell angepasste Schutzmaßnahmen keine 100-prozentige Sicherheit bieten

und auch Unternehmen mit einer ausgeprägten Cyber-Resilienz schadensträchtige Cyber-Attacken erleiden, ist ein bedarfsgerechtes IT-Sicherheitsmanagement Selbstverpflichtung und „Chefsache“. Die polizeiliche Aufgabe – auf Ebene einer Flächenpolizeibehörde – besteht neben der Repression durch strafrechtliche Ermittlungen bei Cyber-Kriminalität in der Prävention und damit Vorbeugung vor Cyber-Angriffen durch vorrangig (verhaltensorientierte) Information und Vermittlung allgemeiner Cyber-Sicherheitsempfehlungen im Bedarfsfall.

Weitere Infos

Allianz für Cybersicherheit:

www.allianz-fuer-cybersicherheit.de/

Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI):

www.bsi.bund.de

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie - Mittelstand

– Digital:

www.mittelstand-digital.de

Deutschland sicher im Netz (DsiN)

(Schirmherrschaft Bundesministeri-

um des Innern, für Bau und Heimat):
www.sicher-im-netz.de

Digitalagentur Niedersachsen:

www.digitalagentur-niedersachsen.de

Zentrale Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) für die niedersächsische

Wirtschaft des LKA Niedersachsen:
www.zac-niedersachsen.de

Bundeskriminalamt (BKA):

https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/Cybercrime/cybercrime_node.html



Zentrale Kriminalinspektion

Chat-Auswertung bringt Ermittler auf die Spur von Drogenhändlern

Die Zentrale Kriminalinspektion (ZKI) der Polizeidirektion Göttingen hat im Zuge eines umfangreichen Ermittlungsverfahrens im Spätsommer 2021 im Landkreis Hameln-Pyrmont zwei Indoor-Plantagen entdeckt. Auf die Spur sind die Ermittlerinnen und Ermittler bei der Auswertung von Chats gekommen.

Die ZKI führte unter der Sachleitung der Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung krimineller Clanstrukturen in Hildesheim seit Anfang des Jahres 2021 ein Verfahren wegen des Verdachts des bandenmäßigen Handels mit Betäubungsmitteln (insbesondere Marihuana) in nicht geringer Menge gegen insgesamt acht aus dem Kosovo

und Albanien stammende Beschuldigte.

Der Einstieg in die umfangreichen hiesigen Ermittlungen wurde durch die Auswertung entschlüsselter Kryptohandy-Kommunikation möglich.

Diese Chats begründeten den Verdacht, dass die Beschuldigten im Frühjahr 2020 illegal Betäubungsmittel im Kilobereich von Belgien aus nach Deutschland eingeführt und veräußert haben, und darüber hinaus auch eigene Indoor-Plantagen im Bereich Hameln betrieben haben.

Das Chat-Auswerteergebnis konnte in den darauffolgenden Monaten zunächst einmal durch eine enge Zusammenarbeit mit der belgischen Polizei in

Lanaken/Maasmechelen untermauert werden. So ergaben gemeinsame Ermittlungen, dass ein 36-jähriger Beschuldigter mindestens seit Dezember 2019 in Maasmechelen/Belgien ein Haus angemietet hatte, in dem eine Indoor-Plantage zur Aufzucht von Marihuana-Pflanzen untergebracht war – und die im April 2020 zu einer Ernte von mehr als 28 Kilogramm Marihuana geführt hatte.

Intensive operative Maßnahmen führten darüber hinaus – passend zu der genannten Chat-Auswertung – zur Ermittlung der beiden Indoor-Plantagen im Landkreis Hameln-Pyrmont. Auf der Grundlage dieses Ermittlungs-

ergebnisses erließ das Amtsgericht Hildesheim in der letzten Augustwoche 2021 auf Antrag der Staatsanwaltschaft Hildesheim zwölf Durchsuchungsbeschlüsse für Objekte im Bereich Hameln-Pyrmont, die kurz darauf in einer konzertierten Aktion umgesetzt wurden. Ferner ergingen sieben Haftbefehle, von denen drei im Rahmen der Durchsuchungen vollstreckt werden konnten.

Bei den Durchsuchungen wurden dann erwartungsgemäß die beiden Indoor-Plantagen aufgefunden: Eine professionell eingerichtete Indoor-Plantage mit mindestens 500 Pflanzen befand sich dabei in einem leerstehenden Einfamilienhaus in Bad Pyrmont. Eine weitere abgeerntete, professionell betriebene Indoorplantage wurde in einem ebenfalls leerstehenden Haus

in Hessisch Oldendorf gefunden. Die polizeiliche Observation des Objekts scheint den Beschuldigten im Vorfeld aufgefallen zu sein – sie versuchten in einer nächtlichen Aktion mehr als 800 Cannabispflanzen zu entsorgen. Diese konnten durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralen Kriminalinspektion jedoch bereits im Vorfeld auf-

gefunden und sichergestellt werden. Bei der Durchsuchung der weiteren Objekte wurden etwa 1,5 Kilogramm Marihuana aufgefunden. Aufgrund erlassener Vermögensarreste wurden darüber hinaus mehr als 75.000 Euro Bargeld sowie drei neuwertige Fahrzeuge im Schätzwert von mehr als 42.000 Euro sichergestellt.



Die damalige Leiterin Ermittlungen der ZKI, Polizeirätin Dilek Baydak-Stadelmann, weist darauf hin, dass dieser Schlag gegen die Clan-Kriminalität letztlich die Folge der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit der Zentralen Kriminalinspektion mit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Hildesheim sowie mit den Drogenfahnderinnen und -fahndern der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden gewesen ist.



Zentrale Kriminalinspektion

Ermittler vereiteln weltweite Cyberattacken auf Unternehmen

Ein weltweit operierendes niedersächsisches Unternehmen ist im vergangenen Jahr Opfer eines Hackerangriffs geworden. Von einer Minute auf die andere war die Arbeit lahmgelegt. Kein Computer, kein Telefon, kein Fax, keine Produktion. Nichts funktionierte. Alles war verschlüsselt. Die Ermittlerinnen und Ermittler der Zentralen Kriminalinspektion der Polizeidirektion Göttingen konnten dem Unternehmen jedoch helfen.

Die „Angreifer“ hatten sich in die Firmen-IT geschlichen, das Unternehmen ausgespäht und später alles verschlüsselt. Über einen E-Mail-Anhang hatten sich die Täter Zugriff verschafft und sich über Monate in der Systemwelt „umgeschaut“, die Ransomware platziert und final an weltweiten Standorten hunderte Server verschlüsselt. Sie hinterließen ein Erpresserschreiben, auf das das Unternehmen nicht reagierte.

Einem amerikanischen Cybersecurity-Unternehmen gelang es unter ande-

rem, mithilfe einer Malware-Analyse die Daten des Unternehmens wiederherzustellen. Die Erpressungsversuche der Täter liefen ins Leere, weil das Unternehmen die Nerven behielt, keine Zahlungen leistete und sich mit der Polizei in Verbindung setzte.

Was folgte waren Kryptowährungsermittlungen, Serverbeschlagnahmen, Auswertungen sowie Datenabgleiche mit nationalen und internationalen Behörden, unter anderem mit dem FBI. Die gute bundesweite und internationale Vernetzung hat sich ausgezahlt. Zahlreiche Unternehmen, die aus den beschlagnahmten Serverdaten ermittelt werden konnten, wurden über das Bundeskriminalamt und dessen internationale Kontakte mit einer von den Ermittlerinnen und Ermittlern gesteuerten Warnmeldung erreicht. Diese sind oder waren Ziel dieser Hackergruppierung. Dieses Gefahrensignal brachte präventive Erfolge, so dass Unternehmen fina-

len Verschlüsselungen entgegenwirken konnten.

Das Verfahren fand einen erfreulichen Abschluss insofern, als dass ein kanadisches Unternehmen sich ausdrücklich für die in Deutschland geführten Ermittlungen bedankte, denn die Täter bewegten sich bereits in der Firmen-IT des Unternehmens und bereiteten ihre Tat vor. Dank der in der ZKI Göttingen geführten Ermittlungen und der Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt und weiteren internationalen Polizeibehörden konnte die Verschlüsselung der IT rechtzeitig verhindert und Schaden abgewendet werden.

Der Dank der kanadischen Firma wurde vom BKA direkt an die Ermittler der ZKI Göttingen weitergegeben, was neben der Freude über die Anerkennung des Ermittlungserfolgs auch die Motivation für derartige Ermittlungen aufs Neue beflügelte. Der Fall zeigt nicht zuletzt: Die eigene IT-Sicherheit sollte allen Unternehmen am Herzen liegen.



Verkehrssicherheitsarbeit

Sicher auf der Straße unterwegs

Verkehrslagebild

Polizeidirektion Göttingen reagiert mit vielfältigen Maßnahmen auf eine sich wandelnde Mobilität und neue Trends auf der Straße

Sicherheit im Straßenverkehr ist ein Grundbedürfnis des Menschen und wichtiges Merkmal individueller Lebensqualität. Daher hat die Verkehrssicherheitsarbeit in der Polizeidirektion Göttingen einen hohen Stellenwert.

Die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei orientiert sich unter anderem am Weißbuch der Europäischen Union und der darin postulierten „Vision Zero“ – also dem langfristigen Ziel, die Zahl der tödlich Verletzten und Schwerverletzten im Straßenverkehr bis zum Jahr 2050 auf Null zu reduzieren.

Eine Herausforderung hierbei ist unter anderem die äußerst dynamische gesellschaftliche Entwicklung, insbesondere im Bereich der Fortbewegung, die durch neue Mobilitätsformen, wie beispielsweise E-mobility, zunehmende Digitalisierung und gegenseitige Vernetzung (connecting mobility) sowie hohe individuelle Ansprüche beeinflusst wird.

Dieser Entwicklung begegnet die Polizei Niedersachsen mit der Fachstrategie Verkehr. Die Zielsetzung: Mehr Verkehrssicherheit in Niedersachsen. Das Modell der Fachstrategie Verkehr beruht auf zwei Säulen: der operativen Schwerpunktsetzung und der Organisationsanalyse.

Umweltrends im Blick

In der operativen Schwerpunktsetzung wurden sechs relevante Umweltrends mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit identifiziert. Hierbei handelt es sich um neue Mobilitätsformen, gewerblichen Güter- und Personenverkehr, altersspezifische Risikogruppen, Radverkehr, risikobehaftetes Verhalten und Automotive IT.

Diesen Umweltrends wurden und werden konkrete strategische Zielsetzungen und operationalisierte Maßnahmen der Verkehrssicherheitsarbeit zugeordnet. Die Organisationsüberprüfung behandelt ergänzend die Themen

Verkehrsunfallprävention, Verkehrsüberwachung und die Verkehrsunfallaufnahme und -bearbeitung.

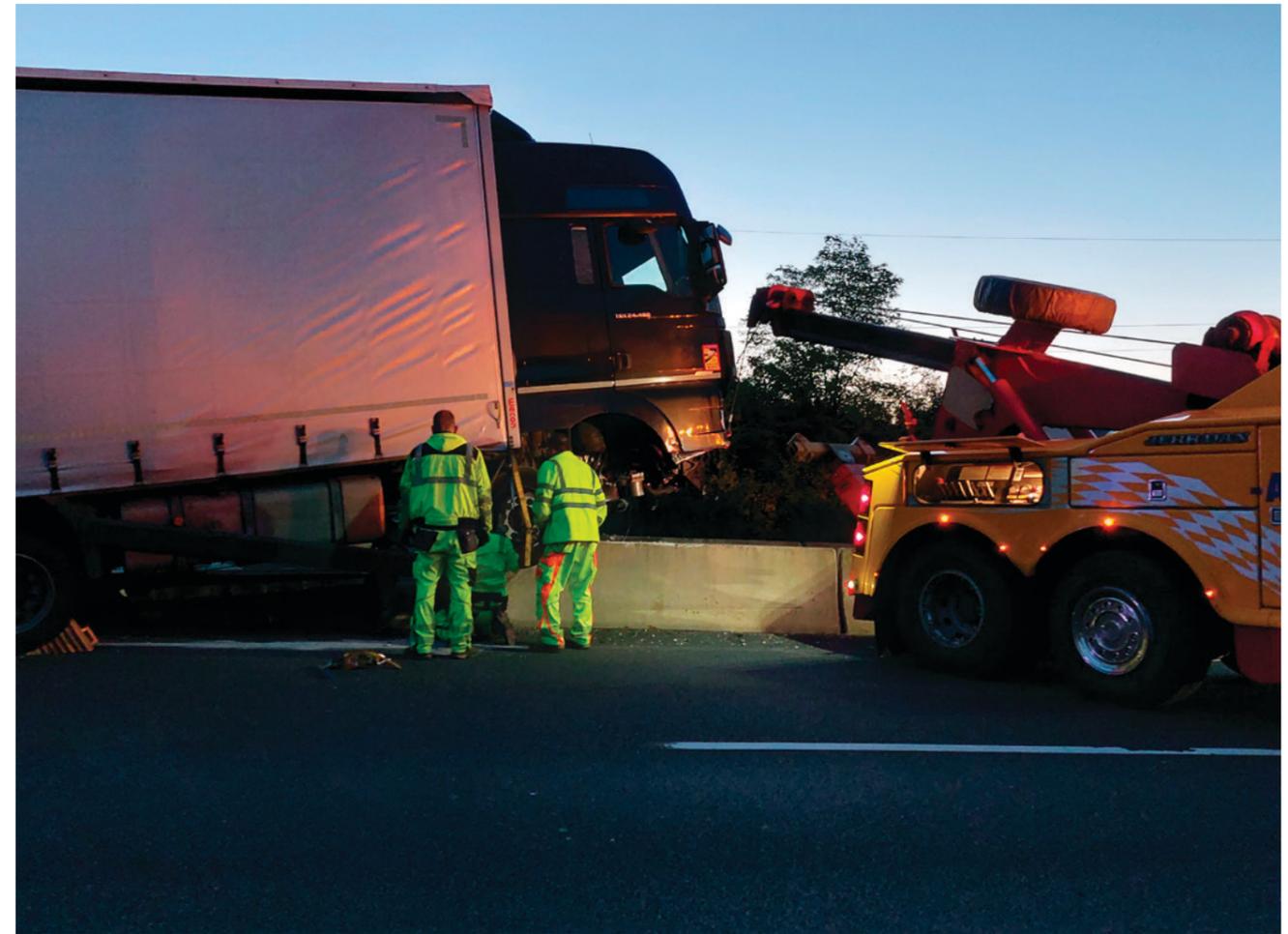
Die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit ist, analog zur Zielsetzung „Vision Zero“, primär darauf fokussiert, Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten oder gar Todesopfern zu verhindern. Dabei spielt das Gesamtvolumen des Straßenverkehrs eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Weniger schwere Unfälle

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen kam es auch im Jahr 2021 zu einer Verringerung des Verkehrsaufkommens. Unter anderem diese Abnahme führte letztlich zu einer positiven Entwicklung der Verkehrsunfallzahlen, wobei insbesondere die Verkehrsunfälle mit schweren Folgen (703) und die Anzahl der getöteten Verkehrsteilnehmenden (49) einen Tiefststand im mehrjährigen Vergleich erreicht haben bzw. auf einem niedrigen Niveau stagnieren.

Um diese erfreuliche Entwicklung von polizeilicher Seite auch weiterhin unterstützen zu können, sind die Maßnahmen der Fachstrategie Verkehr darauf ausgerichtet, die Menschen für die Gefahren im Straßenverkehr zu sensibilisieren sowie die Eigenverantwortung und die gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern. Vor diesem Hintergrund richtet die Polizei in ihrer Verkehrssicherheitsarbeit insbesondere einen Fokus auf nach Alter und Verkehrsbeteiligungsart ausgewählte Zielgruppen.

Hierbei handelt es sich beispielsweise um Fahrrad- und Motorradfahrende, Seniorinnen und Senioren, „schwächere“ Verkehrsteilnehmende, wie Kinder



Verkehrsunfallstatistik 2021

29.859 Verkehrsunfälle gesamt
1.109 davon mit Fahrradbeteiligung
77 davon mit Beteiligung Elektrokleinstfahrzeug

702 schwerwiegende Verkehrsunfälle
108 davon mit Fahrradbeteiligung
25 davon mit Pedelec-beteiligung
7 davon mit Beteiligung Elektrokleinstfahrzeug

49 getötete Personen
769 schwerverletzte Personen
944 unfallbeteiligte Kinder und Jugendliche

961 unfallbeteiligte Motorradfahrende
391 Unfälle mit Unfallursache Alkohol
104 Unfälle mit Unfallursache Drogen oder Medikamente

Verkehrsverstöße und Ahndungen

2.719 Verstöße im Zusammenhang mit Alkohol und Drogen
46.829 Geschwindigkeitsüberschreitungen
8.275 Ablenkung durch elektronische Geräte
9.916 Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes
26.412 Transaktionen/Telecash

oder Fußgängerinnen und Fußgänger, sowie Fahrenanfängerinnen und -anfänger. Die Hauptunfallursachen als besonders unfallträchtige Verhaltensweisen werden ergänzend in Vorträgen thematisiert.

Zudem gehören auch sogenannte Elektrokleinstfahrzeuge mittlerweile zum allgemeinen Stadtbild und finden umfassende Beachtung in der polizeilichen Präventionsarbeit. Der Radverkehr mit dem durch einen Elektromotor unterstützten Antrieb (Pedelecs) nimmt dabei als derzeitiger Megatrend mit hohem Wachstumspotential einen immer größer werdenden Stellenwert ein.

Im Bereich des gewerblichen Güterkraft- und Personenverkehrs erfolgt ferner eine spezialisierte Überwachung durch die besonders ausgebildeten Beamtinnen und Beamte der Regionalen Kontrollgruppe (RKG). Zusätzlich steht

die spezialisierte Kontrollgruppe Krad (SKG Krad) für die Überwachung des motorisierten Zweiradverkehrs als Ausrufeinheit der Polizeidirektion Göttingen zur Verfügung.

Hauptunfallursachen

Die Hauptunfallursachen waren auch 2021 wieder überhöhte sowie nicht angepasste Geschwindigkeit, falsches Überholen, Alkohol- und Drogenbeeinflussung im Straßenverkehr, Ablenkung durch mobile Endgeräte sowie Vorfahrt, Vorrang und Abstand. Im Mittelpunkt der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen stehen neben diesen Verstößen aber auch die Überprüfung der Gurtpflicht. Das Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes kann bei einem Verkehrsunfall tödliche Folgen haben. Ein angelegter Sicherheitsgurt und auch der getragene Fahrradhelm retten Leben.

Prävention

Die Polizei greift in ihrer Präventionsarbeit, neben einer Vielzahl bewährter Konzepte auch hochaktuelle Themen wie technische Entwicklungen im Automobil-, Lkw- und Radverkehrsbereich sowie bei anderen Fortbewegungsmitteln der „future mobility“ auf und arbeitet dabei regelmäßig mit unterschiedlichen Netzwerkpartnerinnen und -partnern, wie Behörden, Verbänden oder der Landesverkehrswacht, zusammen. Zudem können, auf Grundlage örtlicher Verkehrsunfallanalysen, gezielt Schwerpunkte auf bestimmte besonders belastete Bereiche gesetzt werden. Ein Beispiel dafür ist die landesweite Kampagne „Mein Tempo... Mein Leben!“, die im Kontext „überhöhte und nicht angepasste Geschwindigkeit“ auf die Gefahr von Baumunfällen, gerade auf Landstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften, hinweist.

Neue Mobilität und Radverkehr

Digital, elektrisch und automatisiert auf den Straßen unterwegs

Der Verkehr von morgen ist elektrifiziert, digitalisiert und automatisiert – und begeistert immer mehr Menschen. Auch die Polizei hat die Entwicklungen genauestens im Blick.

Die Mobilität spielt in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben in fast allen Lebensbereichen eine entscheidende Rolle. Mobilität bedeutet für uns, überhaupt erst am gesellschaftlichen Leben partizipieren zu können, da bei fast allen Lebensentscheidungen die Erreichbarkeit von Orten eine große Rolle spielt. Der moderne Mensch ist immer unterwegs, ob beruflich oder privat, ob mit Fahrrad, Auto, Zug oder Flugzeug. Mobilität bedeutet dabei aber mehr als nur Verkehr und die Überwindung von Raum und Zeit. Sie wird mit geistiger Freiheit und mit Flexibilität verbunden und erfordert, unter anderem im Hinblick auf alternative Antriebsarten und dem bereits fortgeschrittenen Prozess „weg vom Verbrennungsmotor, hin zu weniger CO₂-Emissionen sowie mehr Sicherheit und Komfort“ auch eine hohe Bereitschaft zur Veränderung.

Die Elektromobilität mit ihren innovativen Technologien eröffnet der Gesellschaft dabei zum Beispiel neue Möglichkeiten, sich effizienter und klimabewusster fortzubewegen. Elektrofahrzeuge verfügen bereits jetzt über diverse Assistenzsysteme wie beispielsweise Antiblockiersysteme (ABS) oder elektronische Spurhalteassistenten (Stabilitätsprogramm-ESP); zudem werden Fahrzeuge auch immer „intelligenter“ und kommunizieren untereinander und auch mit ihrer Umwelt. So können beispielsweise Fahrbahnbegrenzungen sowie auch Rotlichter von Signalanlagen automatisch erkannt und entsprechende Reaktionen des Fahrzeugs automatisch eingeleitet werden. Das mag für manche Verkehrsteilnehmende noch

befremdlich klingen, ist aber bereits Realität.

Der Fortschritt birgt aber auch einige Risiken, die sich aus der Vernetzung von Fahrzeugtechnik und Internetschnittstellen ergeben. Cybersicherheit, Datensammlungen von Fahrzeugherstellern, unter anderem zu Standortdaten, aber auch Sicherheitslücken bei Ladekarten für E-Tankstellen sind Probleme, mit denen sich die Sicherheitsbehörden zukünftig auseinandersetzen müssen. Gleichmaßen sind Möglichkeiten der Auswertung und Nutzung von digitalen Fahrzeugdaten für die polizeiliche Unfallrekonstruktion oder für operative Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung vorhanden und erleichtern die Ermittlungsarbeit immens.

Neue Mobilitätsformen werden zukünftig, insbesondere in den innerstädtischen Gebieten, die bereits vorhandene Vielfalt bereichern, eine noch nie dagewesene Durchmischung von Verkehrsbeteiligungsarten zur Folge haben und auch zwangsläufig zu einer deutlichen Veränderung der Unfallszenarien beitragen. Auf diese Veränderungen des gesellschaftlichen Mobilitätsverhal-



tens und die damit verbundenen Folgen muss sich die Polizei intensiv vorbereiten, um auch weiterhin eine effektive und effiziente Verkehrssicherheitsarbeit gewährleisten zu können.

In Niedersachsen wird die beschriebene Entwicklung polizeilich mit der Fachstrategie Verkehr, die auf zwei Säulen basiert, begleitet. Die 1. Säule ist die operative Schwerpunktsetzung mit sechs identifizierten Umwelttrends.

In der 2. Säule beschäftigt sich die Polizei mit der Verkehrsunfallprävention, der Verkehrsüberwachung und der Unfallaufnahme. Sie nutzt dabei ihre vorhandenen Analysemöglichkeiten, um sich frühzeitig auf Entwicklungen einstellen zu können. Dabei liegt der Fokus zudem auch auf einer vorausschauenden Aus- und Fortbildung, um flexibel und qualifiziert auf mögliche Veränderungen reagieren zu können und dadurch insgesamt den berechtigten Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf eine sichere, umweltverträgliche und sozialadäquate Gewährleistung der Mobilitätsbedürfnisse bestmöglich erfüllen zu können. Dieser Anspruch ist Leitgedanke und wesentlicher Maßstab für die Polizeiarbeit und findet umfassende Berücksichtigung in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit.



lichen Verkehrssicherheitsarbeit.

Fahrradmobilität

Der Radverkehr bedeutet für die Menschen mehr Lebensqualität in den Städten und Gemeinden. Darüber hinaus spart Radverkehr Energie, Platz, entlastet von Lärm und Abgasen, fördert die Gesundheit und bietet beste Voraussetzungen für eine nachhaltige städtebauliche und verkehrstechnische Entwicklung.

Mit dem Fahrrad oder Pedelec zur Arbeit, zur Schule oder zur Ausbildungsstätte, für die Freizeit oder den Urlaub: Das Fahrrad ist in Deutschland ein „Megatrend“, der durch die Corona-Pandemie eine weitere Steigerung erfahren hat. Das Fortbewegungsmittel ist für die alltägliche Mobilität unverzichtbar und wird von immer mehr Menschen, vor allem bei Distanzen von bis zu 15 Kilometern, intensiv genutzt. Vor diesem Hintergrund ist es das gesellschaftliche und politische Ziel, den Radverkehr im Fahrradland Niedersachsen noch weiter voranzubringen. Aus diesem Grund wurde im März 2021 das Fahrradmobilitätskonzept „Radverkehr neu denken“ veröffentlicht.

Die Förderung des Radverkehrs wird in

diesem Zusammenhang den Anteil der mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege vermutlich auf 20 Prozent im Jahr 2025 steigern. Dazu sollen in den kommenden Jahren knapp 50 Maßnahmen in sieben unterschiedlichen Handlungsfeldern umgesetzt werden. Diese sollen die Akzeptanz des Radverkehrs noch weiter verbessern, den bereits hohen Radverkehrsanteil weiter steigern, die Fahrradinfrastruktur optimieren und die Verkehrssicherheit erhöhen.

Der steigende Anteil des Radverkehrs am Verkehrsaufkommen, insbesondere die verstärkte Nutzung von Pedelecs, und die damit einhergehende Möglichkeit, höhere Geschwindigkeiten zu fahren, steigert jedoch auch das Risiko an einer Unfallbeteiligung mit schwerwiegenden Folgen. Der Radverkehr war aus diesem Grund in den Jahren 2020 und 2021 bereits Leitthema in der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit. Wie auch beim klassischen Kraftfahrzeugverkehr entwickelt die Polizei, auf Grundlage der polizeilichen Verkehrsunfallanalyse und gemeinsam mit anderen Trägern der Verkehrssicherheitsarbeit sowie begleitet durch zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit, Maßnahmen und

Methoden, um die Verkehrssicherheit, gerade auch des Radverkehrs, weiter positiv zu beeinflussen.

So wendet sich die Polizei im Rahmen der Präventionsarbeit etwa mit den Programmen „Fit mit dem Fahrrad“ oder „Fit mit dem Pedelec“ an die Zielgruppe der schwächeren Verkehrsteilnehmenden und somit auch an die Radfahrenden. Besonders betroffen sind Seniorinnen und Senioren, die in der Vergangenheit an schweren Unfällen mit Radbeteiligung besonders beteiligt gewesen sind.

Zudem wird in einer Vielzahl von Vorträgen auch auf das Phänomen „Toter Winkel“ hingewiesen, da es gerade aufgrund dessen immer wieder zu schwerwiegenden Unfällen zwischen abbiegenden Fahrzeugen und Radfahrenden kommt, die leider oftmals tödlich ausgehen.

Regelwidriges Fahrverhalten und Manipulationsmöglichkeiten zur Leistungssteigerung erhöhen zusätzlich das Unfallrisiko. Hier wird die Polizei zur Verhinderung negativer Entwicklungen auch weiterhin zielgerichtete Kontrollen durchführen und Verstößen konsequent begegnen.



500 Tonnen, neun Kilometer, vier Stunden

Schwertransporte werden oftmals von der Polizei begleitet. Sie erfordern zumeist viel Planung und Fingerspitzengefühl

Spediteure, deren Schwertransporte bestimmte Maße überschreiten, sind verpflichtet, die Polizei im Anhörungs- und Genehmigungsverfahren zu beteiligen. Diese Transporte werden entweder von der Polizei selbst oder von sogenannten Hilfspolizeibeamten (HiPo) begleitet. In der Polizeidirektion Göttingen wurden

von der Vollzugspolizei begleitet werden müssen – wie im Mai 2021, als das Dezernat 12 der Polizeidirektion eine Anmeldung eines Transports mit außergewöhnlichen Maßen erhielt und der am 2. Juni des Jahres von Emmenhausen nach Hardegsen begleitet wurde. Der Transport – es handelte sich dabei um einen

Transformator – hatte eine Länge von 52,5 Metern und ein Gesamtgewicht von 504 Tonnen. Die

Umladung des 343 Tonnen schweren Transformators erfolgte bereits am Vortag von der Schiene auf das Straßen-transportfahrzeug.

Vier Streifenwagenbesatzungen der Polizeiinspektionen Northeim und Göttingen sowie ein Motorrad der Johanner-Unfallhilfe brachten den Schwertransport schließlich sicher ans Ziel. Ein Ingenieur der DEKRA überprüfte

den Transport vor Abfahrt auf seine Betriebs- und Verkehrssicherheit und dokumentierte die Ergebnisse in einem Gutachten. Eine Abfahrtskontrolle bestätigte die Werte von ca. 21 Tonnen der jeweils 24 Achsen mit insgesamt 192 Rädern anhand der Achslastverwiegungen.

Am Abend startete der Transport schließlich zum Umspannwerk nach Hardegsen – neun Kilometer entfernt. Pünktlich verlegte eine Spezialfirma zum Schutz der Fahrbahn sowie zur Entlastung von Brücken Stahlplatten auf der Straße und montierte unter anderem Straßenschilder ab. Aufgrund der Ausmaße wurde jedes Abbiegemanöver zu Millimeterarbeit.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Spediteur, den Behörden und Dienststellen verlief beispielhaft. Zu größeren Verkehrsstörungen kam es auf der vierstündigen Fahrt nicht – der Transport erreichte sein Ziel ohne Zwischenfälle.



Pünktlich verlegte eine Spezialfirma zum Schutz der Fahrbahn sowie zur Entlastung von Brücken Stahlplatten auf der Straße und montierte unter anderem Straßenschilder ab.

im vergangenen Jahr 1068 dieser Großraum- und Schwertransporte begleitet. 852 der Transporte sind von Hilfspolizeibeamten begleitet worden – also nahezu 80 Prozent. Weiterhin wurden insgesamt 2.201 Anhörungen bearbeitet und in den 1.900 gefertigten Stellungnahmen Auflagen erteilt, um die Transporte sicher ans Ziel zu bringen. Es gibt allerdings auch Transporte, die



Im Portrait

Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden

Vorwort

Lassen Sie uns darüber reden!

So habe ich schon im letzten Jahr mein Vorwort begonnen und ich möchte meine Botschaft gern mit der gleichen Aufforderung erneuern!

Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesen Zeilen möchte ich Sie dafür begeistern, mit Ihrer Polizei in einen Dialog zu treten. Sie halten den Sicherheitsbericht der Polizeidirektion Göttingen in der Version für die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden in den Händen – vielleicht schauen Sie aber auch gerade in Ihr Smartphone, in Ihr Tablet, oder Sie sitzen vor einem PC und haben das Dokument online gelesen. Dabei ist es ganz egal, auf welchen Wegen Sie sich für unseren Sicherheitsbericht interessieren. Der erste Schritt zu unserem Dialog ist schon getan.



Der Bericht soll Ihnen einen Einblick in die umfangreichen Aufgaben Ihrer Polizei im Weserbergland geben und als Jahresbericht für das Jahr 2021 natürlich auch die wichtigsten Ereignisse, Tätigkeiten und Neuerungen abbilden. Wir werden Sie auch wieder mit den bekannten Kennzahlen zur allgemeinen Kriminalitätslage, zum Einsatzgeschehen sowie zum Unfalllagebild versorgen. Machen Sie sich selbst ein Bild davon, was wir gemeinsam erreicht haben und seien Sie kritisch. Wir werden in dem Bericht auch wieder viele Bilder meiner Kolleginnen und Kollegen zeigen. Sie sind es, die sich jeden Tag um unsere Sicherheit kümmern. Sie sind es auch, die sich in diesem weiteren Corona-Jahr besonders verantwortungsbewusst zeigen mussten, um das Virus nicht in die Organisation zu tragen und darüber hinaus für die Einhaltung der nicht immer beliebten Regeln zum Infektionsschutz durch aktive Kontrolltätigkeiten zu sorgen hatten. Auch ich wünsche mir natürlich, dass wir uns irgendwann wieder unseren originären

Tätigkeiten zuwenden können, weil wir die „Pandemie in den Griff bekommen“ haben. Gestatten Sie mir den Ausdruck: „Die Situation nervt – es wäre schön, wenn jetzt bald Schluss wäre!“ Ich darf aber auch versprechen, dass wir uns als Polizei den Herausforderungen stellen und durchhalten werden, so lange es notwendig ist.

Wenn Sie Fragen zu unserem Sicherheitsbericht haben, dann zögern Sie nicht, treten Sie mit uns in Kontakt – lassen Sie uns darüber reden. Wenn Sie uns Ihre Meinung zu dem Sicherheitsbericht zukommen lassen wollen, dann tun Sie das bitte. Wir freuen uns über jede Reaktion und werden Ihnen antworten – versprochen!

Eine Bitte habe ich noch, lassen Sie uns im Umgang bitte fair bleiben! Das wünsche ich mir nicht nur für die Kommunikation über das Internet in den Social-Media-Kanälen, sondern insbesondere auch für den Umgang auf der Straße. Das gilt nicht für die öffentliche Ausei-

nersetzung im Zusammenhang mit Corona, sondern auch für den bevorstehenden Wahlkampf zur Wahl des Niedersächsischen Landtages.

Abschließend möchte ich Ihnen versichern, dass wir auch in Zukunft als Garant für die Innere Sicherheit – gemeinsam mit unseren Kooperations- und Netzwerkpartnerinnen und -partnern aus den Kommunen und den beiden Landkreisen – 24/7 für Sie da sein werden, um für eine sichere Region Weserbergland zu sorgen.

Sie sehen das anders? Dann lassen Sie uns darüber reden!

Matthias Kinzel, Polizeidirektor, Leiter der Polizeiinspektion

Kontakt: pressestelle@pi-hm.polizei-niedersachsen.de

Die PI im Überblick

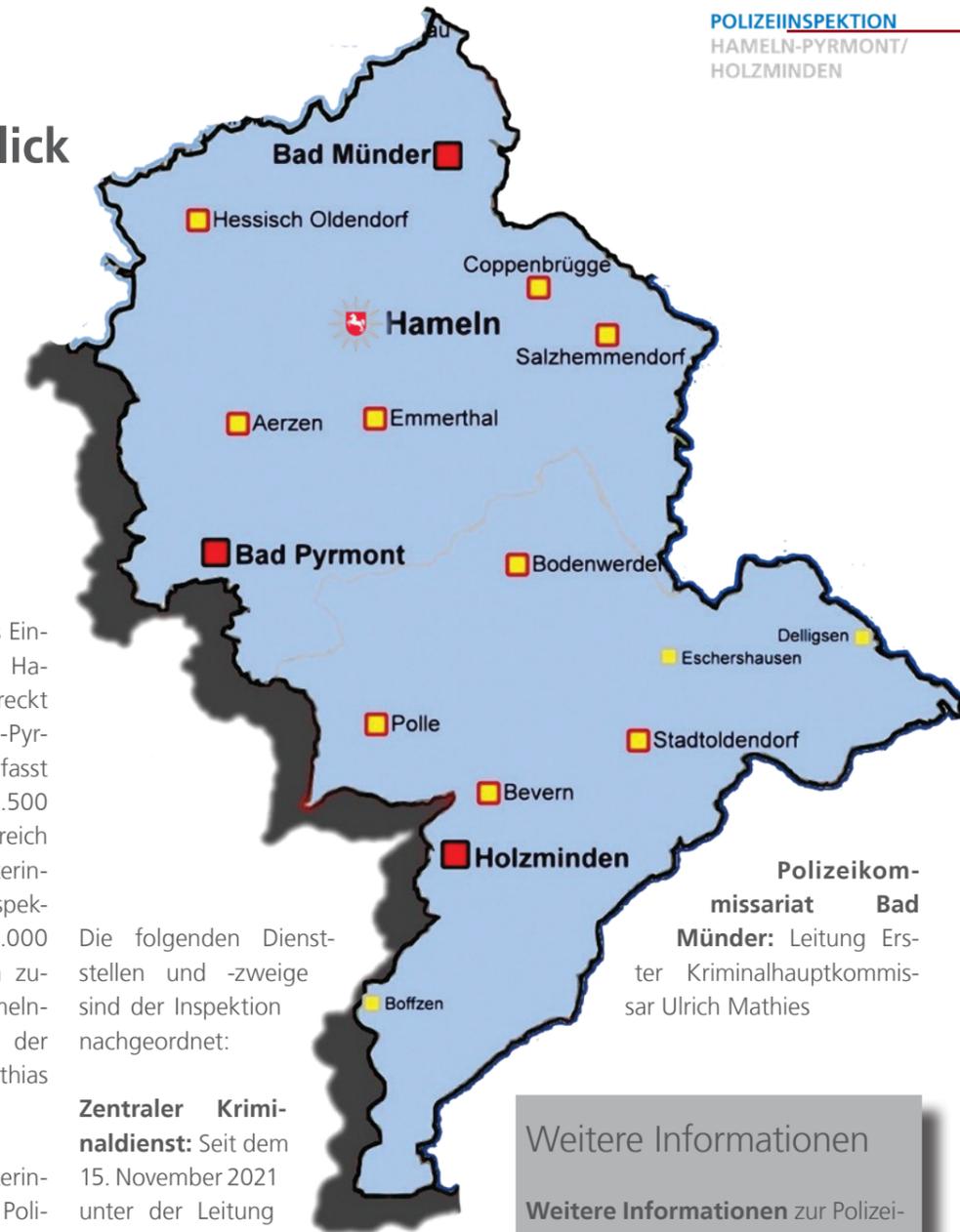
Mehr als 450 Mitarbeitende sind täglich für die Sicherheit der Menschen in zwei Kreisen im Dienst

Zwei Landkreise, eine Polizei – das Einsatzgebiet der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden erstreckt sich über die Landkreise Hameln-Pyrmont und Holzminden und umfasst insgesamt eine Fläche von ca. 1.500 Quadratkilometern. In diesem Bereich sind die insgesamt 453 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeiinspektion für die Sicherheit von ca. 219.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zuständig. Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden steht unter der Leitung von Polizeidirektor Matthias Kinzel.

Von den insgesamt 453 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind 390 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie 63 Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Tarifbeschäftigte. Insgesamt sind hiervon sind ca. 30,53 Prozent Frauen.

Drei Kommissariate, zwölf Stationen

Der Hauptsitz der Polizeiinspektion befindet sich in der Zentralstraße 9 in Hameln. Zudem sind die Polizeikommissariate Holzminden, Bad Münster und Bad Pyrmont der Polizeiinspektion angegliedert. Mit insgesamt zwölf nachgeordneten Polizeistationen ist eine flächendeckende Polizeipräsenz im Einsatzgebiet der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden gewährleistet.



Die folgenden Dienststellen und -zweige sind der Inspektion nachgeordnet:

Zentraler Kriminaldienst: Seit dem 15. November 2021 unter der Leitung von Polizeioberärztin Dilek Baydak-Stadelmann

Sachbereich Einsatz: Leitung Polizeirätin Marina Vieth

Einsatz- und Streifendienst der Polizei Hameln: Polizeihauptkommissar Wolfgang Römer

Polizeikommissariat Holzminden: Seit dem 11. Oktober 2021 unter der Leitung von Polizeioberberater Oliver Busche

Polizeikommissariat Bad Pyrmont: Leitung Erster Polizeihauptkommissar Manfred Hellmich

Weitere Informationen

Weitere Informationen zur Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden und zum aktuellen Einsatzgeschehen sind auf der Homepage (https://www.pd-goe.polizei-nds.de/dienststellen/pi_hamel_npyrmont_holzminden/) zu finden.

Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden ist zudem in Social Media bei **Facebook** – Polizei Weserbergland, **Twitter** – @Polizei_HM und @Polizei_HOL **Instagram** – @Polizei.Hameln.CM

und im **Presseportal** unter www.presseportal.de/blaulicht/nr/57895 zu finden.



Nachwuchsgewinnung in der Polizeiinspektion

Junge Kolleginnen und Kollegen werden intensiv eingearbeitet, um sie für den Job fit zu machen und ein Wir-Gefühl zu schaffen

Jedes Jahr wird viel investiert, um Nachwuchs für die Polizei zu gewinnen. Dieser wird dann nach drei Jahren Studium an der Polizeiakademie jeweils zum 1. April und 1. Oktober eines jeden Jahres zu den Dienststellen versetzt. Um das Personal zu halten, hat die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden spezielle Maßnahmen entwickelt.

Die Administration, das Ausstatten mit Führungs- und Einsatzmittel (FEM) und die Einarbeitung sowie Qualifizierung der neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist sehr zeitintensiv. Jede Person, die sich dazu entscheidet, die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden und die nachgeordneten Dienststellen wieder zu verlassen, zieht nach sich, dass zu den Versetzungsterminen neues Personal zur Inspektion versetzt wird, das den intensiven Einarbeitungsprozess erneut durchlaufen muss. Hieraus wird ersichtlich, dass der Bereich der Mitarbeiterbindung ebenso wichtig ist, wie die Nachwuchsgewinnung.

Die zentrale Frage, die sich die Führung der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden hierbei stellt, lautet: Wie gelingt es, die neu versetzten Kolleginnen und Kollegen bestmöglich auf den bevorstehenden Dienst vorzubereiten, zu qualifizieren und an die Dienststelle zu binden?

Onboarding-Konzept

Hierfür wird ein klar definierter und strukturierter Prozess benötigt, der im Rahmen eines eigenen Onboarding-Konzeptes entwickelt wurde.

Neben Checklisten, deren Abarbeitung dafür sorgt, dass die neuen Kolleginnen und Kollegen bereits an ihrem ersten Tag mit allen Berechtigungen sowie Führungs- und Einsatzmitteln ausgestattet werden und einsatzfähig sind, finden in den ersten Wochen und Monaten diverse interne Fortbildungen zu Kernaufgaben statt. Dazu gehören die qualifizierte Aufnahme von Unfällen, Spurensuche und -sicherung am Tatort sowie Drogenerkennung im Straßen-

verkehr. Darüber hinaus nehmen die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ersten Jahr nach der Versetzung an insgesamt vier Infoabenden teil, in denen ihnen die Organisationskultur, die strategische Ausrichtung der Polizeiinspektion, die Organisationseinheiten ebenso wie die verschiedenen dienstlichen und außerdienstlichen Angebote vorgestellt werden. Des Weiteren wird die Möglichkeit des Austausches untereinander gefördert.

Wertschätzung und Bindung

Durch die entgegengebrachte Wertschätzung und die persönliche Beziehung, die durch die oben genannten Maßnahmen angestrebt werden, sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Dienststelle gebunden und die Personalfuktuation reduziert werden. Im Wesentlichen soll das Onboarding-Konzept dazu führen, dass sich jede Person mit der Organisation identifiziert und ein Wir-Gefühl erzeugt und gestärkt wird.

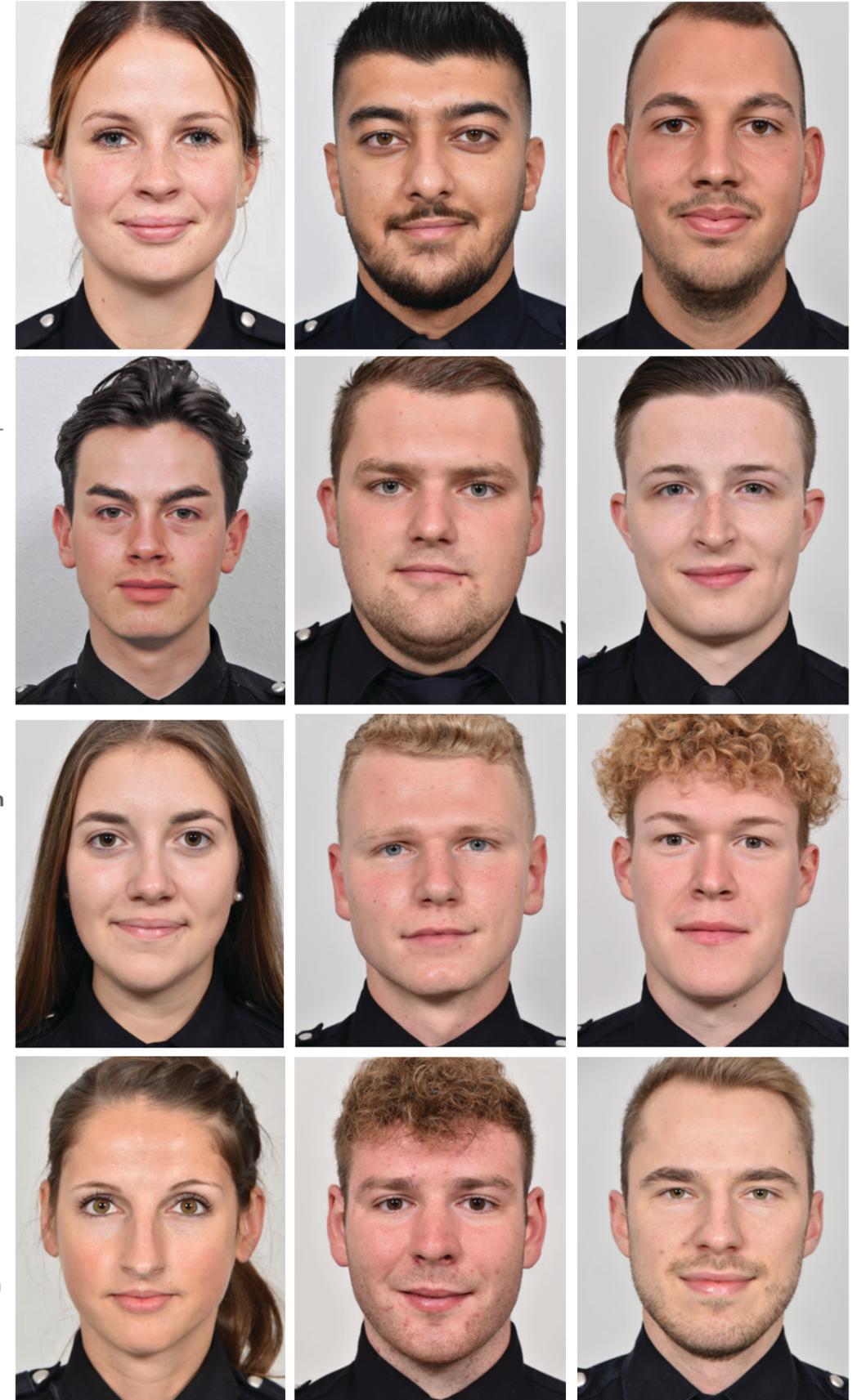
Das Gesicht der Polizeiinspektion: Jung und divers

„Wenn ich groß bin, werde ich Polizist/Polizistin!“ – viele Kinder haben diesen Traum. Der Polizeiberuf zählt zu den beliebtesten Berufsgruppen und damit dies auch weiterhin so bleibt, wird unter anderem viel in die Nachwuchsgewinnung investiert.

Dass sich dieser Aufwand lohnt, stellt die Polizeiinspektion Hameln/Pyrmont-Holzminden jährlich am 1. Oktober und aktuell auch am 1. April fest – an diesem Termin haben die Studentinnen und Studenten ihr Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen absolviert und werden zu ihren zukünftigen Dienststellen versetzt.

38 neue Kolleginnen und Kollegen

Zum 1. April 2021 und zum 1. Oktober 2021 konnte die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden insgesamt 38 Absolventinnen und Absolventen der Polizeiakademie Niedersachsen begrüßen – einige von ihnen werden auf dieser Seite präsentiert. Die vielen neuen Gesichter bereichern die Arbeit in den Dienststellen, gehen mit unverstelltem Blick und neuen Impulsen an ihre Aufgaben und machen die Polizeiinspektion so noch diverser und vielfältiger.



Social Media in der Polizeiinspektion

Die Polizei ist ansprechbar, sichtbar und bürgernah – auch im Internet

Facebook, Twitter, WhatsApp, Instagram, Youtube, Snapchat – soziale Medien sind aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken.

Durch sie lässt sich innerhalb kürzester Zeit eine Vielzahl an Menschen erreichen. Gerade in Krisen und Ernstfällen ist das aus polizeilicher Sicht äußerst relevant und kann einen direkten Einfluss auf den Verlauf eines polizeilichen Einsatzes nehmen – vorausgesetzt man verfügt über eine entsprechend große Community.

Die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden betreibt aktuell vier Social-Media-Kanäle. Auf Facebook ist die Polizeiinspektion mit der Seite „Polizei Weserbergland“ vertreten. Aktuell hat diese Seite ca. 13.500 Likes und ca.



Damit die Accounts der Polizeiinspektion attraktiv bleiben, arbeitet ein Social-Media-Team mit insgesamt 20 Mitgliedern im Hintergrund.

14.600 Abonnenten. Weiterhin werden zwei Twitter-Accounts (@Polizei_HM mit ca. 3.850 Followern und @Polizei_HOL mit ca. 2.550 Followern) betrieben. Zudem kommt der personalisierte Instagram-Account des Community-Policers Polizeihauptkommissar Carsten Minasch (@Polizei.Hameln.CM) mit ca. 4.325 Abonnenten.



Am Beispiel der durch Facebook generierten Statistiken lässt sich der Mehrwert der inspektionseigenen Facebook-Seite verdeutlichen. Im vergangenen Jahr erzielte der erfolgreichste Beitrag eine Reichweite von mehr als 292.000. Das bedeutet: 292.000 Menschen haben diesen Beitrag gesehen. Im Rahmen einer Vermisstenfahndung wurde eine Reichweite von ca. 74.000 erzielt. Somit wurde der Fahndungsaufruf durch die Facebook-Seite einer Masse von ca. 74.000 Menschen zugänglich gemacht.

Diese exemplarischen Zahlen verdeutlichen, dass durch soziale Medien enorm viele Menschen erreicht werden können.

Damit die Accounts der Polizeiinspektion attraktiv bleiben, die Community im besten Fall größer wird und so eine noch größere Reichweite erzielt werden kann, arbeitet ein Social-Media-

Team mit insgesamt 20 Mitgliedern im Hintergrund. Zu diesem Team gehören zwei hauptamtliche Pressesprecher/-in, wovon einer als Head of Social Media die Leitung des Teams innehat, und 18 weitere Kolleginnen und Kollegen, die originär im Einsatz- und Streifendienst, im Ermittlungsdienst oder in der Prävention tätig sind. Somit soll gewährleistet werden, dass möglichst rund um die Uhr ein Mitglied des Social-Media-Teams im Dienst ist.

Content und Monitoring

Zu den Aufgaben zählt das Produzieren von Content, also von Beiträgen, sowie das Monitoring der eigenen Kanäle und das Community-Management, also zum Beispiel das Beantworten von Kommentaren oder das „Liken“ anderer Seiten oder Beiträge. Neben den vorgenannten einsatzrelevanten Gesichtspunkten werden die Social-Media-Accounts der Polizei auch zur Bildung und Pflege von Bürgernähe eingesetzt.

Wie im Leben abseits des Internets, ist die Polizei auch in den sozialen Medien ansprechbar, sichtbar und bürgernah.

Die Verfügungseinheit der PI

Mit der Neuorganisation auf Landesebene hat die Einheit neue Aufgaben und Anforderungen erhalten, die es umzusetzen galt

Am 1. Oktober 2020 wurde landesweit die Neuorganisation der Verfügungseinheiten umgesetzt. Auch für die Verfügungseinheit der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden bedeutete dies nicht nur ein Anwachsen des Personals, sondern auch eine Vergrößerung des Aufgabenportfolios.

Innerhalb kurzer Zeit wurde versucht, das neue und „alte“ Personal auf die neuen Anforderungen auszurichten. Dies bedeutete, zusätzliche Ausrüstungsgegenstände zu beschaffen und auch erweiterte Ausbildungsinhalte zu vermitteln. Hierzu konnte in den Fortbildungen auf eigene Trainer, aber auch besonders auf die Trainer des SET-Stützpunktes (Systemisches Einsatztraining) zurück gegriffen werden.

Neben den auch bisher schon sehr vielfältigen Aufgaben der spezialisierten Verkehrsüberwachung und der

Begleitung von Versammlungen und Demonstrationen stiegen die Beamten und Beamten verstärkt in die enge Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ermittlungsbereichen ein. Neben eigenverantwortlichen Durchsuchungsmaßnahmen gehören jetzt auch kurzfristige Observationen und qualifizierte Festnahmen von Personen mit erhöhtem Gefährdungspotential zu den Aufgaben der Verfügungseinheit. In der Anfangsphase war das tägliche Arbeitsfeld allerdings sehr stark von der Pandemie beeinflusst. Dies betraf sowohl die Koordination und Planung verschiedener Aufgabenbereiche, als auch die Verfolgung und konsequente Umsetzung der Vorgaben der jeweils gültigen Corona-Verordnungen. Fast jeden Samstag wurde von den Einsatzkräften der Verfügungseinheit eine Demonstration der Querdenkerszene begleitet.

„Unser langer Atem bei der konsequenten Umsetzung der cor-

nabedingten Auflagen führte zu einer deutlichen Reduzierung von Verstößen durch die Teilnehmenden der Versammlungen“, heißt es vonseiten der Verfügungseinheit.

Kontrollen im Bereich des Zentralen Busbahnhofs Stadtgalerie als „verrufter Ort“ und im Bürgergarten führten zu weiteren Erkenntnissen der örtlichen Betäubungsmittelszene und dem Einleiten diverser Strafverfahren.

Als Mitglieder des Kompetenzteams „falscher Polizeibeamter“ möchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfügungseinheit unsere Zusammenarbeit mit den beteiligten Bereichen optimieren und die Einsatzbearbeitung stetig verbessern. Dies stellt nur einen kleinen Abriss der bislang durchgeführten Einsatzlagen dar und macht aber zugleich deutlich, dass eine gewisse Professionalität nur durch stetige Ausbildung erreicht werden kann.



Straftaten und Aufklärungsquote (Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden)



Kriminalitätsentwicklung

Aufklärungsquote liegt erneut über dem Landesdurchschnitt

In der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden wurden im Jahr 2021 insgesamt 10.554 Straftaten bearbeitet. Dies entspricht einem Rückgang von 5,99 Prozent (2020: 11.226). Die Strafverfahren verteilten sich mit 7.155 Taten auf den Landkreis Hameln-Pyrmont (2020: 7.879) und mit 3.399 Taten auf den Landkreis Holzminden (2020: 3.347). Wie im vergangenen Jahr liegt die Gesamtzahl der Straftaten damit wieder unter dem Zehnjahresdurchschnitt.

Durch die Häufigkeitsanzahl, also der Anzahl an Straftaten in einem bestimmten Bereich hochgerechnet auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner, kann ein Vergleich mit anderen Regionen ermöglicht werden. Für den Landkreis Hameln-Pyrmont lag die Häufigkeitszahl im Jahr 2021 bei 4.816 (2020: 5.304) und für den Landkreis Holzminden bei 4.841 (2020: 4.750). Damit liegen beide Landkreise unter der niedersachsenweiten Häufigkeitszahl von 5.899 (2020: 6.219). Die Leiterin des Zentralen Kriminaldienstes der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden, Polizeioberrätin Dilek Baydak-Stadelmann, stellt fest: „Im Vergleich zu

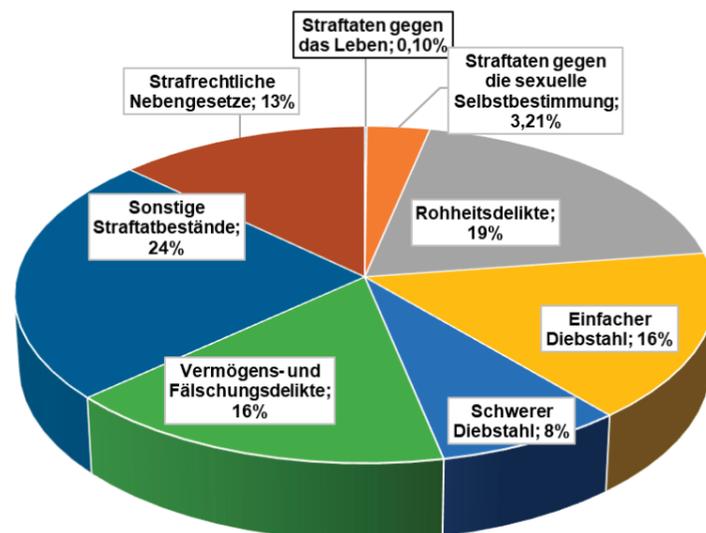
den übrigen Regionen Niedersachsens lässt sich an den Häufigkeitszahlen ablesen, dass die Region Weserbergland zu den sichersten Regionen zählt und sich die Menschen im Zuständigkeitsbereich der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden zu recht sicher fühlen können.“

Aufklärungsquote

Im Vergleich zum Vorjahr (2020:

74,39%) ist die Aufklärungsquote der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden auf 72,14 Prozent leicht gesunken, lag damit aber noch immer deutlich über dem Landesdurchschnitt von 64,07 Prozent (2020: 64,28 Prozent). Im Jahr 2021 wurden von der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden 5.630 Tatverdächtige ermittelt. Dilek Baydak-Stadelmann erklärt: „In

Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden



der hervorragenden Aufklärungsquote spiegeln sich das hohe Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die tatkräftige Mithilfe der Bevölkerung wieder. Unterstützung erfährt die Arbeit der Polizei durch modernste technische Mittel und Methoden, die bei den Ermittlungen zum Einsatz kommt. Ich bin stolz auf die erfolgreiche Arbeit unserer Ermittlerinnen und Ermittler.“

Straftaten gegen das Leben

In diesem Deliktsbereich wurden 2021 insgesamt neun Straftaten in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden bearbeitet. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang von 45 Prozent.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

Zu diesem Deliktsbereich zählen unter anderem die Vergewaltigungen, sexueller Missbrauch sowie Besitz und Verbreitung von Kinder- und Jugendpornografie. Bedauerlicherweise verzeichnete die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden hier eine Steigerung von 32,42 Prozent auf 339 Straftaten (2020: 256). Erfreulicherweise konnte jedoch eine Aufklärungsquote von 95,87 Prozent erreicht werden (2020: 94,92 Prozent).

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Nach einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (2019: 526 und 2020: 793) war mit 393 Fällen in der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass sich der bereits im letzten Jahr deutlich feststellbare Rückgang der vollendeten Delikte auch 2021 fortsetzte. Waren es im Jahr 2020 noch 480 (60,53 Prozent) Taten im Versuchsstadium und 313 (39,47 Prozent) vollendete Taten, so waren es 2021 insgesamt 339 (86,26 Prozent) Taten im Versuchsstadium und 54 (13,74 Prozent) vollendete



Taten. Dies dürfte mitunter durch die umfangreiche Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden begründet sein.

Festzustellen ist jedoch auch, dass der deutliche prozentuale Rückgang nicht analog zum Rückgang des Gesamtschadens verläuft. Im Jahr 2020 erbeuteten die Täter im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden in 313 Taten insgesamt 614.256 Euro. Im Jahr 2021 erbeuteten sie in nur 54 Taten insgesamt 362.390 Euro, was einen höheren durchschnittlichen Verlust entspricht. Polizeioberrätin Baydak-Stadelmann teilt hierzu mit: „Dies verdeutlicht nach wie vor die hohen Anforderungen an die Präventionsarbeit, die mit unvermindert hohem Engagement fortgesetzt wird.“

Diebstahlsdelikte

Im Bereich der Diebstahlsdelikte lag die Anzahl erfasster Straftaten bei 2.539. Im Vergleich zum Vorjahr konnte somit ein Rückgang von 132 Taten festgestellt werden. Die Aufklärungsquote der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden lag in diesem Bereich bei 40,29 Prozent und damit ebenfalls über der Aufklärungsquote von 34,67 Prozent in ganz Niedersachsen. Erfreulicherweise konnte im Bereich des Woh-

nungseinbruchdiebstahls ein Rückgang von 20,78 Prozent verzeichnet werden (2021: 122 und 2020: 154). Zudem konnte die Aufklärungsquote der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden in diesem Bereich nochmals auf 27,05 Prozent gesteigert werden (2020: 23,38 Prozent), womit sie leicht unter der landesweiten Aufklärungsquote von 27,85 Prozent lag (2020: 24,63%). Die Polizeiinspektion unternimmt besondere Anstrengungen, um die Zahl der Wohnungseinbrüche weiter zu reduzieren. So erfolgen unter anderem regelmäßige Präventionsstreifen durch Wohngebiete.

Rauschgiftdelikte

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 1.116 Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz erfasst. Im Vorjahr waren es noch 1.490 Fälle. Dies entspricht einem Rückgang von 25,1 Prozent. Die Aufklärungsquote lag in diesem Bereich gleichbleibend bei 96,77 Prozent (2020: 96,78 Prozent). In dieser rückläufigen Gesamtzahl bilden die Taten im Zusammenhang mit Cannabis weiterhin den deutlichen Schwerpunkt (2021: 592 und 2020: 782), gefolgt von Taten im Zusammenhang mit Amphetamin (2021: 142 und 2020: 196) und mit Kokain (2021: 86 und 2020: 125).

Cybercrime

Ein Team ermittelt gegen Internetkriminelle – bei Betrug, aber auch bei Erpressung

Wie auch in anderen Polizeiinspektionen gibt es im Zentralen Kriminaldienst Hameln einen Arbeitsbereich, der sich ausschließlich mit der Bekämpfung von Cyberkriminalität befasst – das „Team Cybercrime“.

Viele Bereiche der Polizei haben Berührungen mit dem digitalen Raum. Die Mitarbeitenden des Teams Cybercrime sind diejenigen, die bei solchen Straftaten ermitteln, die ausschließlich digital begangen werden.

Im Arbeitsalltag stellen die Ermittlerinnen und Ermittler fest, dass das Anzeigeverhalten von „leichteren“ Cybercrimedelikten, wie Kreditkartenbetrug, Identitätsdiebstahl oder Fake-Shops stark zugenommen hat. Dies dürfte auf die Veröffentlichung der neuen, modernisierten Online-Wache der Polizei Niedersachsen, aber auch auf einen Anstieg der begangenen Taten zurückzuführen sein.

Straftaten in der digitalen Welt

Einen großen Anteil am erhöhten Aufkommen hat sicherlich auch die Corona-Pandemie. Durch die pandemiebedingten Einschränkungen im sozialen Leben verlagern viele Kleinkriminelle ihre Tätigkeiten von der realen in die digitale Welt.

Im Zuge einer beschleunigten Digitalisierung ist es deshalb jetzt schon notwendig, dass sich auch Bereiche in der Polizei, die bisher mit digitalen Spuren wenig Berührungspunkte hatten, entsprechende Grundkenntnisse aneignen, während die Cyberermittlerinnen und -ermittler sich noch weiter spe-



zialisieren müssen. Als Folge gehört es auch zu deren Aufgaben, Kolleginnen und Kollegen zu finden, die Interesse an diesem Themenbereich haben und die dynamischen Entwicklungen motiviert begleiten.

In Hameln gibt es aus diesem Grund das Angebot von Hospitationen, das auch bereits mehrfach angenommen wurde und so einen sanften Einstieg in das komplexe Thema ermöglicht.

Global Player lahm gelegt

Parallel dazu sehen sich die Ermittlerinnen und Ermittler auch mit schwerer Cyberkriminalität konfrontiert. Als prominentes Beispiel für das Jahr 2021 steht die Cyberattacke auf einen global agierenden, ortsansässigen Produktionsbetrieb. Der Hackerangriff verschlüsselte das Firmennetzwerk und ließ den Arbeitsbetrieb für mehrere Wochen ausfallen. Die Produktion konnte nicht fortgeführt werden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten zuhause bleiben, es wurde Kurzarbeit angemeldet.

Die Täter forderten für Lösegeldverhandlungen eine Kontaktaufnahme

über das sogenannte Darknet. Darauf ließ sich die Firma jedoch nicht ein, sodass kein Lösegeld zur Wiederherstellung der Systeme floss. Durch den längerfristigen Ausfall der Systeme ist dennoch ein immenser finanzieller Schaden entstanden.

In derartigen Fällen profitiert das Team Cybercrime auch von der guten Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, wie der Zentralen Kriminalinspektion, dem Landeskriminalamt Niedersachsen und dem Bundeskriminalamt. Der polizeiliche IT-Spezialist ist in solchen Fällen unter anderem in der Lage, Netzwerkstrukturen zu analysieren, digitale Geldflüsse zu verfolgen und umfangreiche Internet-Recherchen zu betreiben. Mit diesen Möglichkeiten konnten die weltweit agierenden Täter identifiziert werden, gegen die etwa auch das FBI in den USA ermittelte.

„Rasante Entwicklungen werden uns zukünftig immer wieder vor neue Herausforderungen stellen, die wir als Team Cybercrime gerne annehmen“, heißt es vonseiten der Ermittlerinnen und Ermittler des Hamelner Teams.



Verkehrslagebild

Zahl der Unfalltoten erreicht Tiefstand, weniger Schwerverletzte

Mit 5.093 Verkehrsunfällen in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden haben sich im Jahr 2021 zwar ca. fünf Prozent mehr Unfälle als im Jahr 2020 auf den hiesigen Straßen ereignet, aber weniger als in den davorliegenden Jahren 2011 bis 2019 (5556).

Trotz der gestiegenen Verkehrsunfallzahl war die Anzahl der Verkehrsunfälle mit schwerwiegenden Personenschäden rückläufig. In insgesamt 163 Fällen wurden Personen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen schwer verletzt (2020: 174). Darüber hinaus konnte mit fünf tödlichen Verkehrsunfällen (mit insgesamt fünf verstorbenen Personen) der niedrigste Wert innerhalb der letzten zehn Jahre in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden festgestellt werden.

Hiernach zeigt sich, dass die Steigerung der Verkehrsunfallzahl zu keiner Erhö-

hung der schweren Personenschäden geführt hat.

Nichtsdestotrotz verdeutlichen diese Zahlen auch, dass die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit notwendig ist und auch weiterhin zu den Hauptaufgaben der polizeilichen Arbeit zählen muss. Durch repressive Maßnahmen, wie das Feststellen und Ahnden von Verkehrsordnungswidrigkeiten und -straftaten, und durch präventive Maßnahmen, wie beispielsweise die Mitarbeit in der Verkehrserziehung oder bei der Verkehrsraumgestaltung, arbeitet die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden an der Steigerung der Verkehrssicherheit auf den Straßen im hiesigen Zuständigkeitsbereich.

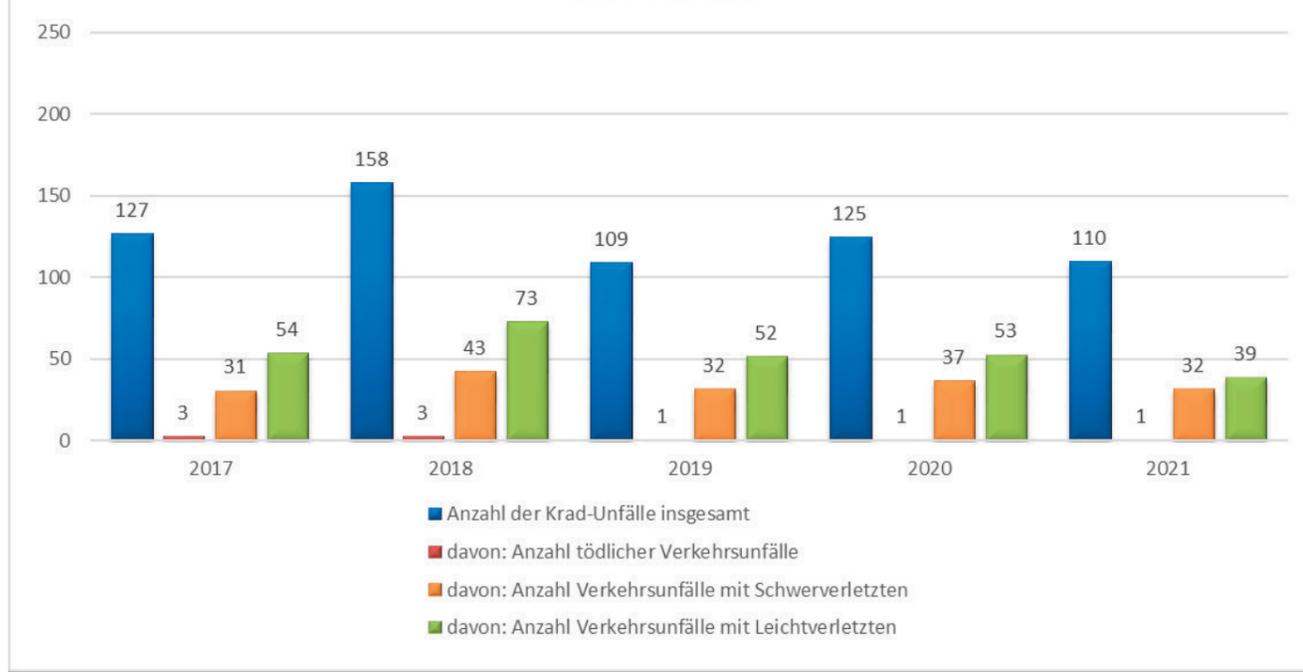
Die polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit orientiert sich vornehmlich an den sogenannten Risikogruppen, wie

den jungen Fahrenden (18 bis 24-Jährige), den Seniorinnen und Senioren, den Motorradfahrenden und den Radfahrenden sowie an den Hauptunfallursachen Alkohol und Drogen, überhöhte Geschwindigkeit und Ablenkung im Straßenverkehr. In den vergangenen beiden Jahren lagen die Fahrrad- und Pedelec-fahrenden im strategischen Fokus der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit.

Radverkehr

Im Jahr 2021 konnte im Zuständigkeitsbereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden ein deutlicher Rückgang von 244 auf 194 unfallbeteiligte Radfahrende festgestellt werden. Todesopfer gab es 2021 nicht zu beklagen (2020: 2). Die Zahl der schwerverletzten Radfahrenden sank von 36 auf 30 Personen. Im Bereich der Pedelec-fahrenden konnte ebenfalls ein Rück-

Krad-Unfälle



gang von neun auf sieben Schwerverletzte festgestellt werden.

Neben gezielten Kontrollen von Rad- und Pedelec-fahrenden beteiligte sich die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden auch an der Aktion „Hut ab – Helm auf!“, um auf das Tragen von Fahrradhelmen aufmerksam zu machen. Zudem wurden spezielle Pedelec-kurse angeboten.

Bekämpfung der Hauptunfallursachen

Wer ein Fahrzeug unter dem Einfluss von Alkohol, Drogen oder auch Medikamenten führt, gefährdet nicht nur sich selbst, sondern auch andere. Im Jahr 2021 mussten bei 465 Fahrzeug-führenden Blutproben entnommen werden, weil der Verdacht einer Beeinflussung durch Alkohol (192) oder Drogen bzw. Medikamente (273) bestand. Im Vorjahr waren es 464 (213 Alkohol / 251 Drogen/Medikamente).

Die Anzahl der durch eine Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenbeeinflussung verursachten Unfälle stagnierte 2021 bei 92. Somit bedarf es in diesem

Bereich weiterhin intensiver polizeilicher Kontrollmaßnahmen.

Neben der Beeinträchtigung durch Rauschmittel oder Medikamente stellt auch die Ablenkung durch mobile Endgeräte wie Smartphones, Navigationsgeräte oder Tablets eine der Hauptursachen für Verkehrsunfälle dar. Aus diesem Grund nimmt die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden regelmäßige Verkehrskontrollen zur gezielten Bekämpfung der Ablenkung von Fahrzeugführenden durch mobile Endgeräte vor. Hierbei wurden im Jahr 2021 insgesamt 1.611 Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Kraftfahrzeug-führende und 162 gegen Fahrrad-fahrende eingeleitet.

Weiterhin bildet das Fahren mit überhöhter oder nicht angepasster Geschwindigkeit ebenfalls eine der Hauptunfallursachen. Um hiergegen anzugehen und Verkehrsunfälle zu vermeiden, nimmt unter anderem die Polizei regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen vor. In der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden konnten im Jahr 2021 insgesamt 5.676 Ge-

schwindigkeitsüberschreitungen festgestellt werden (2020: 5601).

Ausblick

Das Ziel die Verkehrssicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, gehört zu den Kernaufgaben in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden. Aus diesem Grund wird es auch im Jahr 2022 entsprechende polizeiliche Maßnahmen geben, um dieses Ziel zu verwirklichen. Hierbei ist jedoch auch die Unterstützung aller Verkehrsteilnehmenden gefordert.

Wer die Hauptunfallursachen kennt, sich entsprechend der Straßenverkehrsordnung verhält und sich darüber hinaus den allgemeinen Gefahren im Straßenverkehr bewusst ist und sie minimiert, indem zum Beispiel ein Fahrradhelm getragen wird, kann wesentlich zur allgemeinen Steigerung der Verkehrssicherheit aktiv beitragen.

Neben dem grundsätzlich ganzheitlichen Ansatz der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei, wird im Jahr 2022 ein besonderer Fokus im Bereich der Erkennung von fahruntüchtigen Fahrzeugführenden liegen.

Mobilität der Zukunft – Rad

Radverkehr soll sicher und attraktiv sein – auch im Weserbergland

Dem allgemeinen Trend entsprechend wird der Radverkehr auch in den Städten und Gemeinden im Bereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden weiter ausgebaut und gefördert. Diese Entwicklung wird von der Inspektion mit verschiedenen Aktionen/Aktivitäten begleitet.

Bei einer länderübergreifenden Verkehrssicherheitsaktion unter dem Motto „Radfahrende im Blick“ am 5. Mai 2021 wurden im gesamten Gebiet der Polizeiinspektion die Radfahrenden verstärkt ins Auge gefasst und kontrolliert.

Hierbei wurden mehr als 200 Fahrräder und Pedelecs bzw. Fahrrad-fahrende und Pedelec-fahrende einer intensiven Überprüfung unterzogen. Dabei konnten insgesamt ca. 80 Verstöße festgestellt werden. Den größten Anteil an den Verstößen haben falsche Verkehrsflächennutzung, etwa das Befahren eines Radweges in falscher Richtung oder die Nichtbenutzung eines verpflichtenden Radweges, und Mängel im technischen Zustand der Fahrzeuge dargestellt.

Aktion „Hut ab – Helm auf!“

Außerdem hat sich die Polizeiinspektion mit drei eigenen Motiven an der Aktion „Hut ab – Helm auf!“ in den sozialen Medien beteiligt. Den Trend, dass immer mehr Radfahrer einen Helm tragen, will die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden weiter vorantreiben.

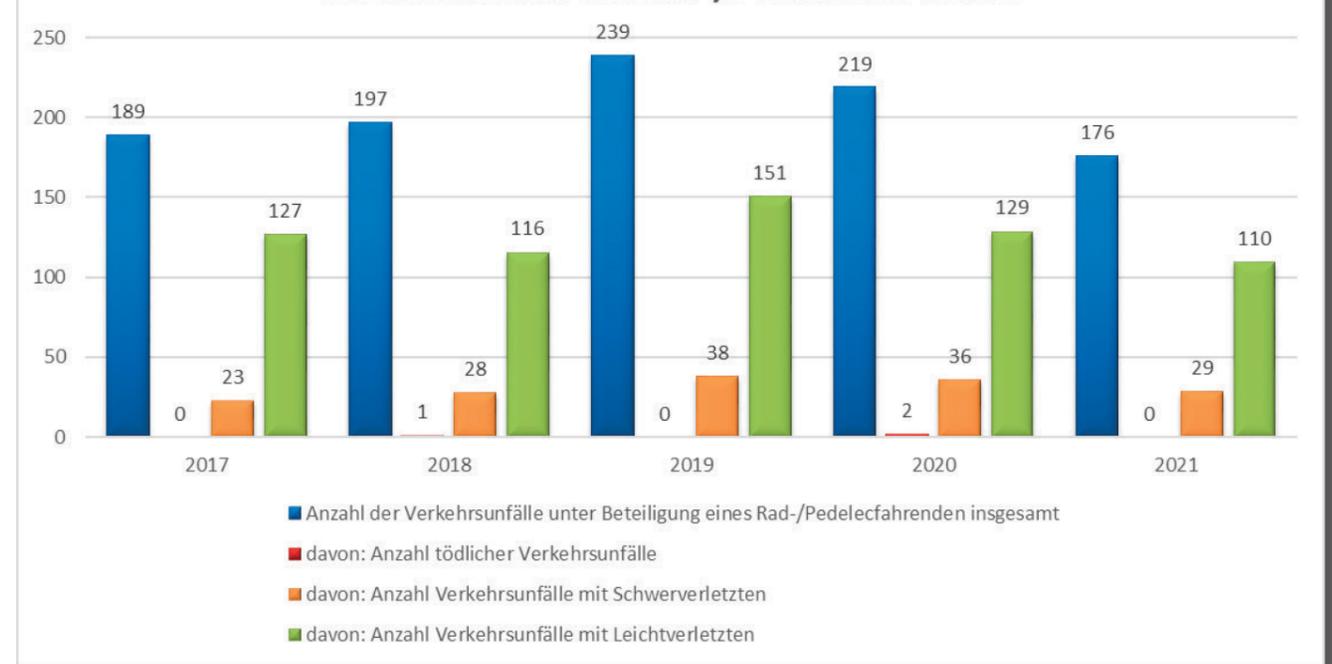
Um noch mehr Menschen zu motivieren, einen Helm zu tragen, wurde deshalb in Kooperation mit der Verkehrswacht Hameln eine Plakat-Aktion zum Thema initiiert. An 18 Orten entlang des Weserradweges und an viel befahrenen

Radwegen wurden Plakate der Verkehrswacht mit den Slogans „Ich trag Helm“ und „mit Köpfchen fahren“ aufgehängt. Als Blickfang diente zusätzlich ein ausgerangierter Fahrradhelm. Die Plakate blieben über einen Zeitraum von sechs Wochen im Stadtgebiet hängen.

Kurse für Pedelec-fahrende

Den in den vorangegangenen drei Jahren steigenden Unfallzahlen mit Beteiligung von Pedelec-Fahrenden wurde in der Polizeiinspektion mit dem Angebot von Pedelec-Kursen entgegen gewirkt. Acht Kurse fanden in Holzminden, Stadtdorf und Hameln statt. Dabei wurde mit den Teilnehmenden das Aufsteigen, das Anfahren, das Fahren von Kurven und das richtige Bremsen geübt. Zuvor erfolgten eine Einweisung in die Technik der Räder sowie einige Hinweise und Erklärungen zu verkehrsrechtlichen Besonderheiten und der Klassifizierung der Elektroräder. Eine Thematik, die auch in diesen Kursen niemals fehlte, war die Wichtigkeit, einen Sturzhelm zu tragen.

Verkehrsunfalllagebild PI Hameln-Pyrmont/Holzminden: Verkehrsunfälle mit Rad-/Pedelec-fahrenden



Unsere Arbeit 2021



Präventionsteam geht neue Wege, um Kinder auch unter Pandemiebedingungen für den Straßenverkehr fitzumachen

Um zu verhindern, dass ein weiterer Schuljahrgang ohne die Radfahrausbildung und die damit einhergehenden wichtigen praktischen Übungen in den Straßenverkehr geschickt wird, hat sich das Präventionsteam der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden im zweiten Pandemie-Jahr mit einer mobilen Verkehrsschule auf den Weg gemacht. Es besuchte die Grundschulen in Bad Pyrmont, Hameln, Emmerthal und Fischbeck.

Wie schon im Vorjahr konnte die Radfahrausbildung der Viertklässlerinnen und Viertklässler pandemiebedingt zunächst nicht wie gewohnt in den Jugendverkehrsschulen stattfinden, da bis zum 10. Mai 2021 Schulfahrten an außerschulische Lernorte untersagt waren. Deswegen kam die Polizei in die Schulen: Auf dem Schulhof und im realen Straßenverkehr wurde unter anderem das Anfahren vom Fahrbahnrand und das Linksabbiegen geübt. Aufgelockert wurden die Übungseinheiten

mit einigen Geschicklichkeitsübungen, die die Koordinationsfähigkeit der Kinder trainieren sollten. In Holzminden konnten die Schülerinnen und Schüler die ausgefallenen Trainingseinheiten erstmals in einer Ferienfahrradschule nachholen. Dieses Angebot wurde von der Verkehrswacht Weser-Solling verwirklicht und stieß auf reges Interesse.

Auch bei den abschließenden Radfahrprüfungen waren neue (Einbahn-)Wege



erforderlich. Mit einem Hygieneplan und einer neuen Wegführung konnte die Fahrradprüfung in Hameln mit immerhin der Hälfte der üblichen Anzahl an Schülerinnen und Schüler auf dem Rathausplatz abgenommen werden. Bei den anderen Schulen fanden die Prüfungen im Schulumfeld statt. In Bad Pyrmont wurden die Fahrradprüfungen nach den Sommerferien mit den Fünftklässlerinnen und -klässlern nachgeholt. In Bad Münder finden die Ausbildung und Prüfungen zu Beginn der vierten Klasse statt und konnten daher in gewohnter Weise im August und September absolviert werden.

Die Radfahrausbildung von Schülerinnen und Schüler hat einen sehr hohen Stellenwert, da den Kindern die Erfahrung und das Wissen für eine sichere Teilnahme am Straßenverkehr fehlt. Aus diesem Grund wird die Polizeiinspektion auch 2022 wieder intensiv an der Beschulung von Schülerinnen und Schülern teilnehmen.



Fortbildungen in der Polizei: Demokratiefeindliche Hetze im Netz und Massenbeeinflussung durch die Nationalsozialisten

Auch 2021 setzte die Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden die interne Fortbildung über Gefahren und Risiken für die Demokratie fort. Nach den geschichtlichen Rückblicken zur Polizei in der Weimarer Republik im Rahmen einer Ausstellung im Kunstkreis Hameln 2020 standen jetzt coronabedingte Onlinevorträge zu demokratiegefährdendem Verhalten in den „sozialen Medien“ im Vordergrund.

Welche Taktiken werden angewandt, um im Netz Stimmungen zu beeinflussen? Wie wird mit Bildern und vermeintlich lustigen/satirischen Sprüchen versucht, Institutionen und Menschen herabzuwürdigen. Welche Rolle spielt die Polizei und das Verhalten Einzelner dabei? Was kann man selbst tun, um nicht in „digitale Fallen“ zu geraten? Zum Jahresende wandte sich der Blick zudem zurück in die Geschichte, auch direkt im Weserbergland. Die Fertigstellung des Dokumentations- und Lernortes Bückeberg bot Gelegen-

heit, gemeinsam mit Geschäftsführer Alexander Rimmel über Vortrag und Vor-Ort-Führungen die Propaganda und Massenbeeinflussung durch die Nationalsozialisten ab 1933 nachzuvollziehen.

Zudem bestand die Möglichkeit, sich mit der Diskussion über die Einrichtung des Lern- und Erinnerungsortes auseinanderzusetzen und sich von der Umsetzung vor Ort ein eigenes Bild zu

machen. Am Ende zog Inspektionsleiter Matthias Kinzel folgendes Fazit: „Wir kennen die kritischen öffentliche Diskussionen über die Sinnhaftigkeit des Lernortes. Auch eine gefestigte Demokratie braucht der fortwährenden Erinnerung und Kenntnis der Instrumente, die zur Festigung von Diktatur, Ausgrenzung und Krieg geführt haben. Ich kann nur jedem empfehlen sich den Lern- und Erinnerungsort Bückeberg anzusehen – es lohnt sich!“



Unsere Arbeit 2021

Wie die Kriminal- technik Cannabis- Plantagen untersucht.

Die Kriminaltechnik kommt unter anderem bei Delikten mit einem hohen Spurenaufkommen oder bei Kapitaldelikten zum Einsatz. Neben der Spurensuche/-sicherung am Einsatzort, gehört auch die Laborarbeit zum Tätigkeitsbereich. In der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden sind aktuell fünf Mitarbeitende mit einer Spezialausbildung als Kriminaltechnikerinnen und -techniker tätig.

Die Arbeit der Kriminaltechnik war im Jahr 2021 in großem Umfang durch Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz geprägt. Dazu gehörten sowohl kleinere „Bunker“ als auch „Growboxen“ in Wohnhäusern sowie größere Cannabis-Plantagen in leerstehenden Gaststätten und Einfamilienhäusern. Bei einer Indoor-Plantage wurden ca. 3.100 Cannabispflanzen mit einem Straßenverkaufswert von mehr als einer Million Euro entdeckt. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Arbeitsabläufe bei der Tatortarbeit gleich sind,



Cannabis-Plantagen die Kriminaltechnik aber aufgrund ihrer Dimensionen immer wieder vor neuen Herausforderungen stellen. Der Fortschritt sowie das Wissen der Täter ist groß.

Wie läuft die Arbeit der Kriminaltechnik bei einer Indoor-Plantage ab? Am Einsatzort wird zunächst die Spurensicherungsbekleidung angelegt, um eine Kontamination von vornherein zu vermeiden. Die Indoor-Plantage selbst stellt schon eine erhebliche Gefahr dar, insbesondere in Bezug auf Wasser, Starkstrom und bauliche Veränderungen. Ist hier die Sicherheit für die Kräfte

gegeben, findet die Raumtaufe statt: Die einzelnen Räume werden durch fortlaufende Asservatenummern beziffert werden. Anschließend folgt die fotografische Dokumentation mit unterschiedlichen technischen Geräten.

Bevor die Pflanzen abgeerntet, gezählt und abtransportiert werden können, müssen „flüchtige“ Spuren, die bei der Aberntung verloren gehen, gesichert werden. Bei größeren Plantagen wird ein Querschnitt des Pflanzenmaterials, der abhängig von der Raumgröße ist, gesondert gesichert und zur Wirkstoffbestimmung an das LKA Niedersachsen gesandt. Im Anschluss erfolgt die endgültige Spurensuche/-sicherung aller gerichtsverwertbaren Spuren. Sobald die Spurensuche abgeschlossen ist, wird die Plantage zurückgebaut.

Nach der Spurensuche/-sicherung am Einsatzort ist die Arbeit für die Kriminaltechnik noch nicht beendet. Eine ergänzende Spurensuche findet im eigenen kriminaltechnischen Labor statt. Die Asservate werden im Vorgangsbearbeitungssystem erfasst, Lichtbildmappen sowie Spurensicherungsberichte gefertigt.



Die Verfügungseinheit im Corona-Einsatz

Die Bewältigung von besonderen Einsatzlagen, zu denen auch immer wieder Versammlungen zählen, gehören zwar zum täglichen Geschäft der Verfügungseinheit, sind in der Vergangenheit aber eher die Ausnahme gewesen. Seit Beginn der Corona-Pandemie ist aber vieles anders. Es sind insbesondere Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Corona stehen, die im täglichen Aufgabenkalender der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu finden sind.

In erster Linie sind die Kontrollen zur Einhaltung des Infektionsschutzgesetzes und der Corona-Verordnung zu nennen. Hierbei handelte es sich etwa um das Überprüfen der Maskenpflicht im öffentlichen Raum und im Personennahverkehr, das Kontrollieren der Einhaltung von Quarantäneanordnungen und die Überprüfung der Einhaltung der Corona-Verordnung in Gaststätten und bei Friseuren – eine Aufgabe, die neben dem Risiko, sich selbst zu infizieren, den eingesetzten

Kolleginnen und Kollegen auch eine Menge Kritik einbrachte, da Maßnahmen zum Schutz vor Corona-Infektionen teilweise konsequent abgelehnt wurden.

Im Landkreis Hameln-Pyrmont führten diese Kontrollen zu 897 Anzeigen, die in den meisten Fällen als Ordnungswidrigkeit an die zuständige Bußgeldstelle des Landkreises übermittelt wurden. Teilweise mussten die eingesetzten Kräfte auch Widerstände brechen, sahen sich Anzeigen der kontrollierten Menschen gegenüber und wurden auch immer wieder bei ihren Maßnahmen gefilmt und im Netz veröffentlicht. In diesen Fällen wurden auch Gegenanzeigen wegen falscher Verdächtigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gefertigt.

Zu einem „Dauerbrenner“ entwickelten sich Demonstrationen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Im Rahmen angezeigter und später im Jahresverlauf auch nicht angezeigter Versammlungen wurden durch die

Verfügungseinheit insgesamt 18 Corona-Demonstrationen (sogenannte „Querdenkerdemos“) begleitet. Hierbei war die Verfügungseinheit im gesamten Zuständigkeitsbereich eingesetzt. Nur durch die Begleitung dieser Versammlungen wurden insgesamt 511 Einsatzstunden (ohne Vor- und Nachbereitung) von der Verfügungseinheit geleistet. Die Anzahl der Versammlungsteilnehmenden variierte hierbei von 5 bis zuletzt 500 Personen. Für die Einsatzkräfte war hierbei besonders belastend, dass Teilnehmende regelmäßig staatliche Institutionen und deren Maßnahmen grundsätzlich ablehnten. Zudem wurden Einsatzkräfte bei der Durchsetzung von Maßnahmen durch Teilnehmende verletzt.

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass auch im Jahr 2021 die zusätzliche Einsatzbelastung durch die Corona-Pandemie sehr hoch war und andere polizeiliche Aufgaben demzufolge etwas niedriger zu priorisieren waren.



Unsere Arbeit 2021

Hamelner Polizist hilft als ehrenamtliches DRK-Mitglied im Flutgebiet

In der Nacht des 14. Juli wurden Teile von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz nach massiven Regengüssen überflutet. Aus allen Teilen der Bundesrepublik kam in den nächsten Tagen und Wochen Hilfe zu den betroffenen Menschen, die zum Teil alles verloren haben. Unter den Helfenden war auch Polizeioberrat Mirco Siever vom Einsatz- und Streifendienst der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden, der sich seit acht Jahren ehrenamtlich beim DRK engagiert.

Siever und weitere Helferinnen und Helfer aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont waren eine Woche im Einsatz.

Der Einsatzauftrag umfasste die Etablierung einer Einsatzabschnittsleitung für den Bereich „Gesundheit“ im Gebiet Bad Neuenahr – Ahrweiler inklusive der umliegenden Ortschaften. Zu Spitzenzeiten waren ca. 500 Einsatzkräfte unterschiedlichster Organisationen in die Hilfsarbeiten involviert. Im Rahmen des Einsatzauftrages wurden unter anderem Rettungsdienst-Einsätze, sowie

diverse Sanitätsstreifen koordiniert, die Unterbringung von Einsatzkräften geplant und umgesetzt und die Betreuung und Verpflegung der ca. 10.000 Bewohnerinnen und Bewohner des Einsatzgebietes organisiert.

Unvorstellbares Ausmaß

„Ich bin seit 2011 bei der Polizei und arbeite seit 2016 im Einsatz- und Streifendienst der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont. Dies war, nach der Flüchtlingswelle 2015, mein zweiter Einsatz im Rahmen des Katastrophenschutzes“, berichtet Siever. „Der Schaden, den die Wassermassen verursacht haben, hat ein Ausmaß, das man sich so nicht vorstellen kann. Auf dem Bild sieht man, mit welcher Energie die Wassermassen gewütet haben. Die Fahrbahnoberfläche ist auf einer Tiefe von ca. 1,5 Metern vollständig beschädigt. Die Kanalisation liegt stellenweise frei.“

Und weiter schildert er seine Eindrücke: „Ganz persönlich kann ich sagen, dass die Eindrücke, die man in so einem

Einsatz gewinnt, prägend sind. Auf der einen Seite sieht man das Leid der Bevölkerung. Die Menschen graben teilweise barfuß und mit blanken Händen in Schuttmassen, die höchstwahrscheinlich durch freigesetzte Chemikalien verseucht sind, fragen nach Essen, da sie sich seit Tagen von angespülten Konservendosen ernähren und haben kein fließendes Wasser oder Strom.

Auf der anderen Seite ist da ein Apparat aus Behörden und Organisationen, die da sind, um den Menschen zu helfen. Die unterschiedlichsten Hilfsorganisationen aus diversen Bundesländern arbeiten Hand in Hand zusammen, schaffen unkompliziert Lösungen für Probleme, die sonst nur umständlich und mit viel Bürokratie gelöst werden können.

Auch die Zusammenarbeit zwischen den Hilfsorganisationen und der Polizei lief nahezu reibungslos. Anfallende Probleme konnten auf kurzem Dienstweg gelöst und Informationen schnell ausgetauscht und den Betroffenen so schnell geholfen werden.“

Prävention in der PI

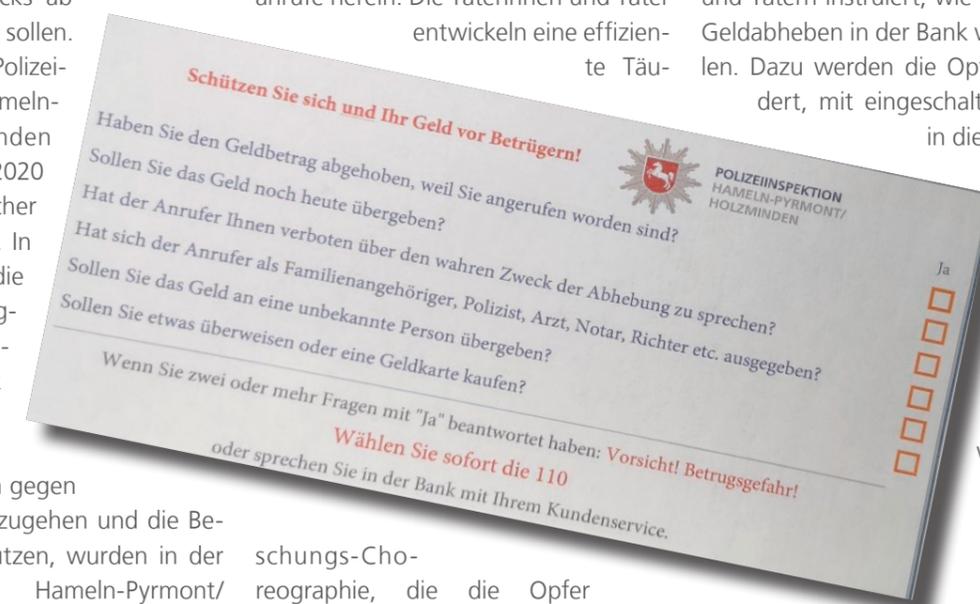
Präventierer übergeben 2.500 „Kuverts gegen Betrug“

Seit Jahren schon häufen sich Anrufe bei Seniorinnen und Senioren, in denen sie mit fiesen Tricks abgezockt werden sollen. Im Bereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden wurden im Jahr 2020 allein 793 solcher Delikte angezeigt. In 313 Fällen waren die Täter dabei erfolgreich und erbeuteten Schmuck und Bargeld im Gesamtwert von 614.256 Euro. Um gegen

diese Masche vorzugehen und die Betroffenen zu schützen, wurden in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden neben anderen präventiven Maßnahmen spezielle Umschläge in Zusammenarbeit mit den hiesigen Banken eingeführt. Die aktuellen Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik 2021 zeigen, dass die Präventionsarbeit der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden Wirkung zeigt. So verringerte sich die Anzahl an Anzeigen auf 393 Fälle, wovon 54 Fälle vollendet wurden. Trotz der niedrigeren Anzahl vollendeter Taten, erbeuteten die Täter insgesamt 362.390 Euro, was einen höheren durchschnittlichen Verlust entspricht.

Immer wieder fallen gerade ältere Menschen auf betrügerische Telefonanrufe herein. Die Täterinnen und Täter entwickeln eine effiziente Tä-

gebracht. Mit genauen Anweisungen werden die Opfer von den Täterinnen und Tätern instruiert, wie sie sich beim Geldabheben in der Bank verhalten sollen. Dazu werden die Opfer aufgefordert, mit eingeschaltetem Handy in die Bank zu gehen.



Die Täter wollen schließlich mithören, was dort gesprochen wird.

schungs-Choreographie, die die Opfer „überzeugt“. Sie verfügen über eine Art Werkzeugkasten mit typischen Täuschungstaktiken, die sie wie Bausteine zu unterschiedlichen Betrugsmaschen zusammensetzen. Unter Vorspiegelung von Notlagen, Einbrecherlegenden oder mit sogenannten Schockanrufen werden sofortige Zahlungen von hohen Bargeldbeträgen gefordert. Da die skrupellosen Betrüger die große Hilfsbereitschaft der älteren Menschen ausnutzen, kommt es durch diese perfide Betrugsmasche zu hohen Vermögensschäden. Teilweise werden die Opfer um ihre gesamten Lebensersparnisse

Nach dem Vorbild der Polizei Gütersloh und der Polizeiinspektion Göttingen wurden die sogenannten „Kuverts gegen Betrug“ im Design der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden entworfen. Die Kuverts sollen mittels aufgedruckter Fragen beim Übergeben von Geldbeträgen in den Banken an die Kunden auf einen möglichen Betrug hinweisen. Ansprechpersonen dieser Präventionsaktion sind die Geldinstitute und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Servicebereich.

Betrügereien aufdecken

Die Fragen können dabei maßgeblich zur Aufdeckung solcher Telefonbetrügereien dienen und Vermögensschäden abwenden. Insgesamt übergaben Polizeihauptkommissar Christian Rusniok vom Polizeikommissariat Holzminden und Kriminalhauptkommissar Oliver Bente, Beauftragter für Kriminalprävention bei der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden in ihrem Zuständigkeitsbereich 2.500 „Kuverts gegen Betrug“ an 15 Geldinstitute.



Sicherheitspartnerschaften

Polizei geht im Netzwerk gegen Lärm und Autoposer in Hameln vor

Im Sommer 2020 hat sich in der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden eine „Arbeitsgruppe Tuning“ gegründet. Ziel der Arbeitsgruppe und der Netzwerkpartnerschaft zwischen Stadt Hameln, dem Landkreis Hameln-Pyrmont und der Polizeiinspektion war und ist die Bekämpfung der negativen Auswirkungen des „Autoposer“-Phänomens im Stadtgebiet. Inzwischen gibt es erste positive Ergebnisse.

Durch eine Vielzahl schriftlicher und telefonischer Beschwerden erstatteten Anwohnerinnen und Anwohner in den vergangenen Jahren mehrere Anzeigen aufgrund von Lärmbelästigungen durch Kraftfahrzeuge. Hierzu beteiligten sich alle Akteurinnen und Akteure der Netzwerkpartnerschaft an einem breiten Maßnahmenpaket, das auch schon nach kurzer Zeit gute Ergebnisse erzielte. Zielführend hierfür war und ist die ausgezeichnete Netzwerkarbeit zwischen der Stadt Hameln, dem Landkreis Hameln-Pyrmont und der Polizeiinspektion.

Durch eine enge Vernetzung und spontane Absprachen und Abstimmungen „auf dem kurzen Dienstweg“ zwischen der Stadt und der Polizei, war das Hauptziel – die Erarbeitung einer Unterlassungsverfügung – schnell und konsequent vorbereitet. Diese Unterlassungsverfügung sollte sich als Schlüssel zur Bekämpfung des Problemphänomens „Autoposer“ herausstellen.

Während die Beamtinnen und Beamten der Polizeiinspektion gezielt Verkehrsordnungswidrigkeiten im Zusammen-



hang mit der Verursachung unnötigem Lärms verfolgten, bereitete der Sachbereich „Recht“ der Stadt Hameln den rechtliche Teil der Unterlassungsverfügung vor. Letztendlich konnten durch die effiziente Arbeit des Netzwerks im November 2020 und im August 2021 zwei Unterlassungsverfügungen an zwei Wiederholungstäter zugestellt werden.

Rechtmäßigkeit gewürdigt

Der Betroffene aus dem Verfahren von 2020 beantragte vor dem Verwaltungsgericht Hannover gegen die Verfügung vorläufigen Rechtsschutz. Das Verwaltungsgericht Hannover lehnte den Antrag als „zulässig, aber unbegründet“ ab und würdigte zusätzlich umfangreich die Rechtmäßigkeit der Maßnahme.

Die zuvor eingereichte Klage durch den Betroffenen wurde vier Monate später in vollem Umfang zurückgenommen und das Verwaltungsgericht stellte das Verfahren mit einer Kostenübertragung an den Kläger ein. Somit bezahlte der Betroffene neben dem angedrohten Zwangsgeld in Höhe von 1.000 Euro und den dazu gehörigen Kosten in

Höhe von 144 Euro auch die gerichtlichen Verfahrenskosten.

Weniger Beschwerden

In Begleitung einer umfangreichen Pressearbeit der Polizei, auch in Zusammenarbeit mit den örtlichen Printmedien scheinen diese Maßnahmen zielführend für die Bekämpfung des angesprochenen Problemphänomens. Die Zahl der Beschwerden ist aus polizeilicher Sicht zurückgegangen, „Mehrfachtäter“ sind zurzeit nicht bekannt.

Aufgrund des stark erhöhten Kontrolldrucks und damit einhergehenden Gesprächen zwischen Einsatzkräften und Verursacherinnen und Verursachern ist bereits eine Sensibilisierung für das Lärmproblem im Innenstadtbereich festzustellen. Vereinzelt kommt es noch zu Verstößen, die bei der Feststellung durch die Polizei weiterhin protokolliert werden. Auch hier ist das ganzheitliche Tätigwerden der Netzwerkpartnerinnen und -partner Stadt Hameln, Landkreis Hameln-Pyrmont sowie der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden der Schlüssel zum Erfolg und wird auch im laufenden Jahr fortgesetzt.



Prävention in der PD

Wir klären auf und beraten



Prävention

„Sign for help“: Polizeipräsidentin appelliert an Opfer häuslicher Gewalt, sich an die Polizei zu wenden und Hilfe zu holen

Die Bekämpfung von Gewalt im sozialen Nahraum ist Gwendolin von der Osten, Präsidentin der Polizeidirektion Göttingen, ein besonderes Anliegen. Einer der Schwerpunkte in den Dienststellen und dem Behördenstab der Polizeidirektion Göttingen liegt deswegen

eine Familientragedie, sondern eine schwere Straftat, die mit allen der Polizei zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muss. Eine Aktion, an der sich die Präsidentin ebenfalls beteiligt hat, ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen.

Der Internationale Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ am 25. November erinnert an den Todestag der Schwestern

Mirabal in der Dominikanischen Republik. Sie setzten sich für die politische Freiheit in ihrem Land ein, wurden immer wieder inhaftiert und verhört, gingen als Widerstandskämpferinnen in den Untergrund und wurden am 25. November 1960 vom Geheimdienst ermordet. Zu Ehren dieser mutigen Frauen wurde 1981 auf dem ersten latein-

amerikanischen feministischen Treffen in Bogotá, Kolumbien, ihr Todestag zum Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen ausgerufen.

Resolution der Vereinten Nationen

1999 verabschiedete auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution, die den 25. November zum „International Day to Eliminate Violence Against Women“ erklärte. 2001 startete die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes die Fahnenaktion „frei leben ohne Gewalt“, die diesen Tag in Deutschland bekannt machte.

In vielen Städten und Gemeinden wird der 25. November als „Orange Day“ gewürdigt. Dieser Name wurde im Zuge der von den Vereinten Nationen initiierten „Orange the World“-Kampagne festgelegt. Die Farbe Orange symbolisiert dabei eine Zukunft ohne Gewalt gegen Frauen.

Opfern eine Stimme geben

In der Polizeidirektion Göttingen begleiten die Polizeidienststellen an diesem Tag traditionell die Aktivitäten von Gleichstellungsbeauftragten, von Frauenhäusern, der Beratungs- und Interventionstellen und des Weissen Rings im Netzwerk Häusliche Gewalt. Alle Behörden und Institutionen stehen an diesem Tag gemeinsam für das Ziel, Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu stoppen und den Opfern mit einem stummen Zeichen eine Stimme zu geben.

Stummer Hilfeschrei

Das Zeichen, mit dem Opfer auf sich aufmerksam machen können, hat auch Gwendolin von der Osten in ihrer Videobotschaft an alle von häuslicher Gewalt betroffenen Opfer gezeigt und damit geworben, dieses weltweit bekannte „Sign for help“ als stummen Hilfeschrei anzuwenden, wenn keine andere Lösung möglich ist.

Damit verbunden ist die dringende Botschaft an Familienangehörige, die Nachbarschaft, Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen sowie Freundinnen und Freunde, Zeichen von Gewalt zu erkennen, nicht wegzuschauen und zu

helfen. Das Video, das auf allen Social Media-Kanälen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen veröffentlicht wurde, ist Teil einer Kampagne, die daneben eine klassische Pressemitteilung sowie die Beteiligung an der Aktion „Zonta Says No“ des Zonta Clubs Göttingen umfasst. Die Facebook-Seiten Göttingen, Weserbergland und Hildesheim erstrahlten zudem im knalligen Orange der Aktion. In mehreren Polizeiinspektionen fanden



„Wir haben die Entwicklung genau im Blick und werden auch künftig einen Schwerpunkt unserer polizeilichen Arbeit auf diesen Bereich legen.“

anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen unterschiedliche Aktionen statt.

Eine besondere Aktion in diesem Rahmen fand im Bereich der Polizeiinspektion Hameln-Pyrmont/Holzminden statt. Der Arbeitskreis der Gleichstellungsbeauftragten im Landkreis Hameln-Pyrmont, die Polizei, das Frauenhaus Hameln und der Weisse Ring stellten anlässlich des Aktionstages einen Tat-

ort auf dem Senior-Schläger-Platz nach und luden dazu ein, den Tatort zu betreten und sich über das Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu informieren und das Thema weiter in den Fokus zu rücken.

„Straftaten im familiären Umfeld werden von uns sehr ernst genommen – damit wollen wir auch das Vertrauen in die Polizei stärken und Opfer motivieren, sich an uns zu wenden. Wir

haben die Entwicklung genau im Blick und werden auch künftig einen Schwerpunkt unserer

polizeilichen Arbeit auf diesen Bereich legen. Jeder Mensch hat ein Recht auf Respekt, Würde und Unversehrtheit. Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt“, sagt Gwendolin von der Osten.

Das Video, in dem sich Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten zum Thema häusliche Gewalt äußert, ist unter folgendem Link zu finden: <https://www.facebook.com/polizeidirektion.goettingen>



Prävention

Lena und Lilly möchten wieder in die Schule

Die anhaltenden COVID-19-Pandemie führte auch 2021 zu Einschränkungen, sodass dreiviertel der geplanten Präsenzveranstaltungen an Grundschulen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Göttingen abgesagt werden mussten. Insgesamt gelang es aber immerhin, 1.230 Kindern aus 64 Schulklassen das aktuelle Medienstück der Präventionspuppenbühnen der Polizeidirektion Göttingen mit Standorten in Göttingen und Hildesheim zu präsentieren.



In der vorstellungsfreien Zeit entwickelte die Präventionspuppenbühne das Konzept „Zielgruppenorientierte Ausrichtung der Präventionspuppenbühne in der digitalen Präventionsarbeit“. Ziel ist es, die Reichweite ihres Präventionsauftrags zukünftig auch digital zu gewährleisten und langfristig zu verstärken, indem aktuelle Schwerpunktthemen auf digitalem Wege in die Schulen gebracht werden. Digitale Prävention stellt damit eine Alternative zu Schulbesuchen dar, wird den Präsenzunterricht und präventive Workshops mit Schulklassen allerdings nicht ersetzen.

Erste Kurzvideos zur Thematik Cybermobbing wurden bereits 2020 erstellt und über die Sozialen Medien der Polizeidirektion Göttingen verbreitet.

Anlässlich des internationalen jährlichen ‚Safer Internet Day (SID)‘ im Februar 2021 erstellte die Präventionspuppenbühne am Standort Hildesheim ein kindgerechtes Video zum Thema „Wem glaubst du? Meinungsbildung zwischen Fakt und Fake“. Dieses Thema ist für die übliche Zielgruppe im Bereich Mediensicherheit – Kinder im vierten

Grundschuljahrgang – relativ schwer zu begreifen. Kettenbriefe sind allerdings ein in der Altersgruppe bereits weit verbreitetes Phänomen und sie gehören in die Kategorie „Fake-News“. In voller Eigenarbeit ist so ein digitales Paket zum Thema „Kettenbriefe“ entstanden, das den Grundschulen zum Safer Internet Day als Download zur Verfügung gestellt werden konnte. Es kann im Unterricht jederzeit ohne aufwändige Vor- oder Nachbereitung eingesetzt werden und erklärt sich durch ergänzende Moderation von selbst. Auf diese Weise erreichte die Präventionspuppenbühne zum SID nicht wie sonst nur wenige ausgewählte Klassen, sondern alle Schulkinder des vierten Jahrgangs des Einzugsgebietes mit insgesamt etwa 5.000 Kindern.

Fit im Netz

Hinter allen scheinbar einfachen und alltäglichen Verhaltensweisen im Internet stecken Gefahren, die Kinder kennen sollten, um sich selbst und andere schützen zu können. Polizeiliche Präventionsbotschaften werden deshalb durch Spielsequenzen in Verbindung

mit zielgruppengerechter Moderation vermittelt. Während der Interaktion mit den Schülerinnen und Schülern werden Lösungsmöglichkeiten und praktische Hilfen erarbeitet. Die Präventionspuppenbühne widmet sich seit mehr als vier Jahren dem Thema „Fit und Fair im Netz: Auf dich kommt es an!“ und wird durch die Beauftragten für Jugendsachen der Präventionsteams und durch die Kontaktbereichsbeamtinnen und -beamten vor Ort unterstützt. Jede Rückkehr nach pandemiebedingten Veranstaltungspausen hat bislang gezeigt, wie wichtig diese Arbeit ist. Insbesondere während der Corona-Pandemie ist das Thema Mediensicherheit nicht nur als Schlagwort, sondern als notwendige Fähigkeit zu betrachten.

Das Präventionsvideo zum Thema „Kettenbriefe“ ist unter folgendem Link zu finden:

www.pd-goe.polizei-nds.de/praevention/puppenbuehne/saferinternetday2021_achtung_kettenbriefe/



Technik & Ausstattung

Auf alle Lagen vorbereitet



Klimafreundlicher Fuhrpark und moderne Einsatzmittel

Fast die Hälfte der Polizeifahrzeuge fährt inzwischen elektrisch

Auch im vergangenen Jahr hat die Polizeidirektion Göttingen in Technik und Ausstattung investiert. Neben Ausrüstungsgegenständen und IT-Technik lag ein besonderer Investitionsschwerpunkt erneut im Bereich des Fuhrparks.

Als einer der zentralen Bausteine steht die Elektromobilität für ein nachhaltigeres und klimaschonenderes Verkehrssystem. Gleichzeitig wird die mobile Weiterentwicklung als innovative Lösung verstanden, nicht zuletzt um die Herausforderungen und Probleme der Zukunft bewältigen zu können. So trägt die Beschaffung neuer Einsatzfahrzeuge in der Polizeidirektion Göttingen neben den Zielsetzungen der Klimaneutralität sowie der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auch einen maßgeblichen Anteil an der Steigerung der Verlässlichkeit der Polizei. Die Mittelzuweisung aus dem Konjunkturpaket 2020 ermöglichte den Behörden des

Landes Niedersachsen die notwendige Investition in die ökologische und zeitgemäße Umgestaltung des Fuhrparks.

Insgesamt sind der Polizeidirektion Göttingen 4,42 Millionen Euro aus Mitteln des Konjunkturpakets zugeflossen, die landesweite Zuweisung betrug 37,5 Millionen Euro.

Nach Finalisierung der Bestellprozesse konnten hieraus im vergangenen Jahr 108 Fahrzeuge für die Polizeidirektion Göttingen beschafft werden: Dazu zählen 26 Funkstreifenwagen, davon 15 Plug-in-Hybrid Passat GTE, 19 zivile Funkstreifenwagen, davon 12 vollelektrische VW ID.3, sechs atypische Funkstreifenwagen, 21 zivile Fahrzeuge, davon 16 vollelektrische VW ID.3 und 36 Großraumfunkstreifenwagen/zivile Großraumfunkstreifenwagen. Dies entspricht einem Anteil an Elektrofahrzeugen von ca. 40 Prozent.

Die Großraumfunkstreifenwagen finden insbesondere in den Verfügeinheiten der Inspektionen Verwendung, da selbige im Rahmen einer Organisationsanpassung personell verstärkt wurden.

Ausbau der Ladeinfrastruktur

Zudem sind im Jahr 2021 weitere Voraussetzungen für die Ausweitung der Ladeinfrastruktur im Rahmen eines Landesprojektes geschaffen worden. Daran anknüpfend ist im Jahr 2022 der Ausbau zu den bereits vorhandenen Ladekapazitäten an den fünf Hauptstandorten Göttingen (Dienstgebäude Groner Landstraße sowie Dienstgebäude Otto-Hahn-Straße), Northeim, Hameln und Nienburg vorgesehen.

Der Begriff Mobilität wird auch im Bereich der zivilen Fahrten künftig neu definiert. Im Jahr 2021 wurden daher zusätzlich 16 VW ID.3 – vollelektrische Fahrzeuge ohne polizeispezifischen

Ausbau mit Blaulicht/Martinshorn und Funk – aus Mitteln des Konjunkturpakets für den neutralen Nutzungs-/Einsatzbereich beschafft. Die vollelektrischen Fahrzeuge können durch die Mitarbeitenden innerhalb der Polizeidirektion Göttingen für jede Art von dienstlichen Fahrten genutzt werden.

Laufleistung des Fuhrparks

Innerhalb der Polizeidirektion Göttingen werden insgesamt 547 Kraftfahrzeuge in verschiedenen Fahrzeugkategorien in verschiedenen Dienstverrichtungen genutzt. Zusammengefasst haben alle Fahrzeuge im Jahr 2021 eine Strecke von etwa 9.750.000 Kilometern zurückgelegt – dies entspricht etwa 1.772 Umrundungen der Bundesrepublik Deutschland. Die Fahrleistung hat dabei Treibstoffkosten in Höhe von etwa einer Million Euro verursacht.

Schutzausstattung ergänzt

Die Schutzausstattung für Einsatzlagen mit hoher Eigengefährdung wurde im vergangenen Jahr weiter ergänzt: Neben den bereits flächendeckend zur Verfügung stehenden sogenannten Plattenträgern der Schutzklasse 4 wurden mehr als 1000 Funkstreifenwagen der Polizei Niedersachsen mit ballistischen Schutzhelmen ausgestattet. Diese verfügen zusätzlich über ein ballistisches Visier, wodurch der Schutz der Beamtinnen und Beamten nochmals verbessert wird. Mit etwa 1,6 Kilogramm (ohne Visier) ist der Helm für seine Schutzklasse relativ leicht. Durch ein intelligentes Verstell-System, bestehend aus einem Drehknopf, dem Gurtsystem sowie den Innenpolstern, ist es möglich, den Schutzhelm auf die individuelle Kopfgröße des Trägers bzw. der Trägerin in kurzer Zeit anzupassen. Für eine materialschonende Lagerung auf den Funkstreifenwagen sind Schutztaschen vorhanden.

Aus einer zentralen Beschaffung des Landes Niedersachsen hat die Polizei-

direktion Göttingen darüber hinaus insgesamt 1.288 LED-Cliplampen erhalten. Diese wurden nach einem Verteilschlüssel auf die Dienststellen der fünf Polizeiinspektionen verteilt. Das Modell eignet sich vor allem als Lese- und Schreiblampe bei der Aufnahme von Sachverhalten bei Dunkelheit. Vorteilhaft sind besonders die zahlreichen Befestigungsmöglichkeiten an der Uniform, zum Beispiel an den Schulterclipsen oder der Brusttasche. Eine Besonderheit der Lampe ist der integrierte UV-Modus, mit dem es möglich ist, amtliche Dokumente oder auch Banknoten anhand von latenten Sicherheitsmerkmalen auf Echtheit zu überprüfen. Mit Hilfe des UV-Lichtes können diese Merkmale sichtbar gemacht werden.

Neben den Cliplampen steht den Einsatzkräften zukünftig auch ein neues Taschenlampen-Modell zur Verfügung. Auch hier profitiert die Polizeidirektion Göttingen von einer Zentralbeschaffung des Landes und erhält insgesamt ca. 800 Stück. Mit 1.300 Lumen ist dieses Modell deutlich heller als sein Vorgänger. Außerdem ist es besonders robust und bis zu zwei Meter Tiefe wasserdicht.

An der Linsenkrone sind drei eingelasene, besonders gehärtete Kugeln eingearbeitet, wodurch es möglich ist, in Notfällen mit der Taschenlampe eine Fahrzeugscheibe einzuschlagen. Durch den Lithium-Ionen-Akku kann sie einfach per USB-Kabel wieder aufgeladen werden. In hellster Stufe beträgt die Laufzeit zwei Stunden und 30 Minuten.

Aus einem anderen Blickwinkel

Um Verkehrsordnungswidrigkeiten und -straftaten insbesondere im Schwerverkehr besser dokumentieren zu können, beschafft die Polizeidirektion Göttingen sogenannte Action-Cams, die zur Beweissicherung außerhalb des Einsatzfahrzeuges, etwa an der Dachreling, angebracht werden können.

Speziell bei der Bekämpfung einer der Hauptunfallursachen – Ablenkung im Straßenverkehr – hat sich dieses Einsatzmittel in einem Pilotprojekt in der Polizeidirektion Oldenburg als sehr hilfreich erwiesen. Dem Anfangsverdacht eines Verstoßes folgend, wird die Kamera manuell aktiviert und damit die beweissichere Dokumentation gestartet. Die Aufnahmen werden auf ein mitgeführtes Tablet übertragen.





POLIZEI
NIEDERSACHSEN



FLUCHTWAGEN GESTOPPT,

DNA ENTSCHLÜSSELT.

unddeintag?

BEWIRB DICH JETZT
bei der Polizei Niedersachsen.

polizei-studium.de
POLIZEI.NIEDERSACHSEN.KARRIERE

Schlusswort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

der Sicherheitsbericht 2021 der Polizeidirektion Göttingen hat Ihnen nun einen umfassenden Einblick in die Arbeit unserer Dienststellen im vergangenen Jahr gewährt. Wir haben einerseits Resümee gezogen, andererseits aber auch einen Blick in die Zukunft gewagt.

Die Corona-Pandemie hat uns als Polizei nun schon im zweiten Jahr beschäftigt. Während es 2020 insbesondere darum ging, uns auf die neue Situation einzustellen und den Gesundheitsschutz unserer Mitarbeitenden zu gewährleisten, sahen wir uns im Verlauf des Jahres 2021 einer zunehmenden Welle des Protests gegen die bestehenden Regelungen zur Eindämmung des Corona-Virus gegenüber. Besonders zum Jahresende hin begleiteten unsere Einsatzkräfte eine Vielzahl nicht angezeigter Versammlungen sowie angezeigte Gegenversammlungen.

Besonders erschreckend: Die Teilnehmenden an den nicht angezeigten Zusammenkünften missachteten bewusst die geltenden Corona-Regeln, verweigerten eine Kooperation mit der Polizei, trugen zumeist keine Mund-Nasen-Bedeckung, hielten sich nicht an Mindestabstände und gefährdeten damit nicht nur sich selbst, sondern trieben die Ausbreitung des Virus noch weiter an – ein absolut inakzeptables Verhalten, das von uns in entsprechender Weise geahndet worden ist.

Die Proteste forderten uns und werden uns vermutlich auch in diesem Jahr noch begleiten. Gleichzeitig hat diese Vielzahl an Einsätzen aber auch gezeigt, dass die Polizei sich auf neue Herausforderungen schnell einstellen und sie bewältigen kann. Dafür und für ihren Einsatz für unsere Demokratie möchte ich mich ausdrücklich bei allen Mitarbeitenden der Polizeidirektion Göttingen bedanken.



Die Corona-Pandemie hat nicht nur Tausende Menschen auf die Straße gebracht, sie hat auch zum Teil dafür gesorgt, dass sich Kriminalitätsphänomene noch verstärken – etwa die Gewalt im sozialen Nahraum. Die Polizeidirektion Göttingen verzeichnet in diesem Bereich seit Jahren einen Anstieg der Fallzahlen, das Jahr 2021 bildete da keine Ausnahme. Wir haben die Bekämpfung der häuslichen Gewalt deswegen zum Schwerpunkt gemacht und die Sachbearbeitung in diesen Fällen neu aufgestellt, um in einem breiten Schulterschluss mit Ämtern und Beratungsstellen Fälle von Gewalt im häuslichen Umfeld schneller identifizieren und den Betroffenen die nötige Hilfe zukommen lassen zu können, um aus der Gewaltspirale auszubrechen. Diese Arbeit werden wir auch im laufenden Jahr fortsetzen. Denn Gewalt im sozialen Nahraum ist keine Familienangelegenheit – es ist eine schwere Kriminalitätsform, die mitunter Leben kosten kann.

Die Corona-Pandemie hat uns mit all ihren negativen Auswirkungen gefordert, doch sie hat auch positive Entwicklungen nach sich gezogen – etwa in der Arbeitswelt. Sie war Motor für die Di-

gitalisierung und hat auch in unserer Behörde neue Arbeitsmodelle hervorgebracht. Diesen Schwung wollen wir im neuen Jahr nutzen und weiter daran arbeiten, ein attraktiver Arbeitgeber für unsere Mitarbeitenden, aber auch für den Nachwuchs zu sein. Auch die Mobilität der Menschen hat sich durch die Pandemie zum Positiven verändert – das Fahrrad findet als umweltfreundliche Alternative zum Auto immer mehr Akzeptanz. Wir als Polizei werden künftig also verstärkt dafür sorgen, dass sich Radfahrende sicher auf den Straßen in unserem Zuständigkeitsbereich fortbewegen können.

Sie sehen – die Polizei ist eine lernende, sich stetig fortentwickelnde Organisation, die Trends erkennt und schnell auf neue Umstände reagieren kann. Und das ist auch unser Anspruch, dem wir für Ihre Sicherheit auch in Zukunft gerecht werden. Darauf können Sie vertrauen.

Gwendolin von der Osten

Gwendolin von der Osten

Impressionen



Impressum

Herausgeber
Polizeidirektion Göttingen
Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten

Groner Landstraße 51
 37081 Göttingen
 Tel.: +49 (0)551 / 491-0
 www.pd-goe.polizei-nds.de

Redaktion/Koordination
 SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Natalie Bornemann-Zarczynska

Layout
 SB Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Natalie Bornemann-Zarczynska
 Nicole Kappei

Bildnachweise
 Die abgebildeten Fotos wurden von den folgenden Urheber/-innen freigegeben:

Polizeiakademie Niedersachsen,
 Landeskriminalamt Niedersachsen
 DEWEZET (S.71)
 Pixabay (www.pixabay.com S.17-21, 32, 34,35,)
 ProPK (S.36,38)
 iStock/JovanGeber (S.17)
 iStock/solarseven (S.39)
 iStock/olemedia (S.42)
 iStock/deepblue4you (S.46)
 iStock/s-photo (S.47)
 Veronika Zimina (Vektor Illustration S.18, 19, 20, 21)

Ausgabe PI Göttingen

www.pixabay.de (S.58)
 Stadt Göttingen (S.64)
 iStock/Rklfoto (S.66)

Ausgabe PI Hameln-Pyrmont/Holzminden

www.pixabay.de (S.58)

Ausgabe PI Hildesheim

www.pixabay.de (S.61)

Ausgabe PI Nienburg/Schaumburg

iStock/JOHNGOMEZPIX (S.57)

Ausgabe PI Northeim

www.pixabay.de (S.53, 61)
 iStock/MichaelJay
 M. Radke (S.68)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der Vervielfältigung bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung durch die Herausgeberin.

Druck

Goltze Druck GmbH & Co. KG, Göttingen



Zuverlässigkeit

Jederzeit hilfsbereit, kompetent und partnerschaftlich



POLIZEIDIREKTION
GÖTTINGEN